Antifaschistisches Infoblatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 101 | Winter 2013 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



Die Aufarbeitung des NSU-Terrors ?



Inhalt

AIB 101 4 · 2013

Rubriken

Titel

NS-Szene

Braunzone

Antifa

Diskussion

Gesellschaft

Rassismus

Geschichte

Repression

International



6

Foto: Christian Mang



32

Foto: flickr-"FataNera"



54

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt
www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
9A93 A6CE EBBE 6DB5 D1CB 21C4 C5E4 FDA9 E521 4388

Titelfoto: Theo Schneider

Editorial

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,



Das rauschende Fest ist vorbei. Die Brände sind gelöscht, der Rauch hat sich verzogen, der Sekt ist alle und der Kater kuriert. Ein Dankeschön an alle, die mit uns die 100. Ausgabe gefeiert haben, an alle, die uns beim Feiern geholfen haben, an die Acts und DJ's, an die, die auf das AIB angestoßen und dem AIB gratuliert haben und die von Nah und Fern angereist sind. Es war ein würdiges Fest und wir sind motiviert an die nächsten 100 Ausgaben gegangen. Die erste davon liegt nun vor und wir beginnen mit einem weiteren Kapitel der notwendigen Aufarbeitung des NSU-Komplexes und ziehen eine Bilanz der NSU-Untersuchungsausschüsse. Man mag seine Hoffnung in die staatlichen Aufklärungsbestrebungen der NSU-Morde legen, oder ihnen jegliche politische Effektivität absprechen – eine antifaschistische Betrachtung der Arbeit der Bundes- und der Landesausschüsse lohnt sich dennoch. Hierbei sollten vor allem die Dunkelfelder wie behördlicher Rassismus, die Rolle der VS-Spitzel und das Netzwerk um den NSU im Fokus stehen.

Der rassistischen Mordserie des NSU folgte eine kriminalistische Überprüfung ungeklärter Tötungsdelikte zwischen 1990 und 2011 mit dem Ergebnis, dass bei 746 Taten Anhaltspunkte für eine mögliche politisch rechte Motivation festgestellt werden könne. Davon seien laut der Neuen Osnabrücker Zeitung 849 Opfern betroffen. Die »offiziellen« rund 60 gezählten neonazistisch motivierten Morde, wurden erst im Februar 2012 durch die Bundesregierung um neun Morde des NSU und zwei weitere Taten ergänzt. Die offiziellen Angaben liegen stets weit unter den Zählungen von Journalist_innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen (vgl. AIB 89).

Unsere Reihe »Antifa International«, in der wir unregelmäßig über antifaschistische Bewegungen, Aktivitäten und Akteure in einzelnen Ländern berichten, wird in der vorliegenden Ausgabe mit einem ersten Blick nach Spanien fortgeführt – ein weiterer, ergänzender Bericht aus Spanien soll folgen.

In unserer Reihe über Faschismustheorien wird der Ansatz von Paxton vorgestellt. Sein fünfstufiges Modell versucht anhand von historischen Beispielen das Entstehen und Funktionieren von faschistischen Gesellschaften bzw. Staaten zu skizzieren und ist als solcher Ansatz eine Betrachtung wert.

Den Beitrag »Antifa in der Krise?!« von »Avanti – Projekt undogmatische Linke, Berlin« auf Seite 32 möchten wir als Diskussionsstarter über Perspektiven von Antifapolitik in Bezug auf aktuelle rassistische Mobilisierungen, staatliches Migrationspolitik und selbstorganisierte Refugee-Proteste verstanden wissen: In der nächsten Ausgabe werden wir im Schwerpunkt genau diesen Themenkomplex diskutieren und fordern dazu auf, uns produktive Beiträge dafür zukommen zu lassen. Was ist die Perspektive der Antifa in den antirassistischen Kämpfen? Welche Kritik an staatlichem Vorgehen muss formuliert werden? Wie sind die aktuellen rassistischen Mobilisierungen einzuschätzen? Und wie ist ihnen zu begegnen?

Im sogenannten »Brechmittel-Prozess« (vgl. AIB 80 und 92) vor dem Landgericht Bremen ist Ende Oktober das Verfahren gegen den beschuldigten Polizeiarzt gegen Zahlung einer Geldauflage endgültig eingestellt worden. Der Angeklagte hatte 2004 einem Mann aus Sierra Leone über eine Nasensonde Brechsirup verabreicht, um verschlucktes Beweismaterial sicherzustellen, bis dieser daran starb. Es folgten lange Verfahren. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hatte Deutschland 2006 für diese Zwangsmaßnahmen verurteilt, mittlerweile wird Brechmittel nicht mehr eingesetzt.

Wir möchten Euch das neu erschienene Buch »Rechtspopulismus kann tödlich sein« über Skandinaviens extreme Rechte wärmstens empfehlen. Ein Autor des AIB hat an diesem Sammelband mitgeschrieben, dessen Bedeutung erst gerade wieder deutlich wurde. Bei den im November 2013 stattgefundenen Kommunal- und Regionalwahlen in Dänemark wurde die rechte Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti) mit einem Plus von zwei Prozentpunkten (auf 10,1 Prozent) die drittgrößte kommunalpolitische Kraft in Dänemark. ■

Korrektur:
In der Printfassung der Ausgabe 100 haben sich Fehler eingeschlichen: Im Artikel auf S. 36 ff. sind die Fußnoten falsch gesetzt. Richtig ist: Fußnote 1 bezieht sich auf Daniela F., Fußnote 2 bezieht sich auf M. Engel und Fußnote 3 gehört auf Seite 37, Satz 7.



»Thüringer Heimatschützer« wegen Raubüberfall verurteilt – Komplize ist Beamter einer litauischen Polizei-Sondereinheit

Wegen der Selbstenttarnung des NSU stand auch der »Thüringer Heimatschutz« (THS), die einstige Dachorganisation Thüringer Neonazis seit 2011, wieder im Blick von Sicherheitsbehörden und Öffentlichkeit.

Auch Michael H. aus dem Raum Weimar gehörte zu diesem Kreis. Er war ab 2006 in verschiedenen Funktionen bei der NPD sowie dem Jugendverband »Junge Nationaldemokrten« (JN) in Thüringen aktiv und sattelte dann in den Bereich der organisierten Kriminalität über (siehe AIB Nr. 87). Er war u.a. Angeklagter im Thüringer »Bandidos-Verfahren«. Im Jahr 2011 wandte sich H. an die Thüringer Polizei und bot sein Insiderwissen über einstige Kameraden aus dem THS an. Er belastete mehrere »Heimatschützer« aus der Region Saalfeld-Rudolstadt, welche ihm von einem Raubüberfall im Jahr 1999 auf einen Geldboten in Pößneck erzählt hatten. Diese hätten auch eine Schusswaffe und über 70.000 Mark erbeutet, mit denen ein Bordell übernommen werden sollte. Die Polizei ging der Spur nach, konnte den Verdacht bestätigen und nahm im September 2012 mehrere Personen fest. In den Aussagen belasteten diese sich gegenseitig.

Ende Oktober 2013 begann der Prozess am Landgericht Gera gegen Sven-Kai R., Rocco P., Marcel E. und seinen Bruder Mirko E., alle aus dem Raum Saalfeld-Rudolstadt, sowie den aus Litauen stammenden Raymond R.. Daneben waren drei weitere Personen involviert: Marcel K. aus Pößneck, der zwar aus Spanien ausgeliefert wurde, aber wegen Verfahrensfehlern nicht angeklagt werden konnte und zwei weitere Litauer: Andrej V., der inzwischen verstorben ist und Rolandas C., bei dem der Staat Litauen die Auslieferung verweigerte. Im Prozess wurde deutlich, dass es in den 1990er Jahren intensive Kontakte zwischen den Neonazis aus der Thüringer Saaleregion und dem Umfeld der Organisierten Kriminalität in Litauen gegeben hat. Diese betrafen insbesondere den gegenseitigen Austausch von Prostituierten und die Unterstützung bei Bordellen. Die THS'ler waren zu Bordell-Besuchen in Litauen und schmuggelten dort auch geklaute Autos hin. Umgekehrt erhielten sie mehrfach Besuch von einer dortigen Gruppierung, mit der sie arbeitsteilig im Oktober 1999 den Überfall durchführten.

Die deutschen Täter koordinierten die Aktion, hörten den Polizeifunk ab, fuhren die Fluchtwagen, schafften Geld und Schusswaffe beiseite. Die aus Litauen stammenden Personen überwältigten den Geldboten. Maßgeblich involviert war hierbei Andrej V., der damals als Elitepolizist bei einer Spezialeinheit zur Anti-Terror-Abwehr in Litauen arbeitete und in diversen Kampfsporttechniken erprobt war. Nebenbei soll er sich als Zuhälter im Prostitutionsgewerbe Geld dazuverdient haben. Mit dem Geld aus dem Überfall wurde u.a. 1999 das Bordell »Blue Velvet« von einigen THS-Aktivisten übernommen.

Die Verlesung der Vorstrafenregister beim Prozess dauerte über eine Stunde. Obwohl sich dort zahlreiche neonazistisch motivierte Taten wiederfanden, stellte weder die Anklage noch das Gericht einen politischen Bezug her. Da sich alle fünf Angeklagten mehr oder weniger geständig zeigten und die Tat über 14 Jahre zurücklag, erhielten sie bei der Urteilsverkündung am 11. November 2013 Bewährungsstrafen zwischen eineinhalb und zwei Jahren. Vertreten wurden die Angeklagten durch bekannte Verteidiger aus dem Rocker- und Neonazi-Milieu.

Da Anfang November 2013 eine neue unbekannte DNA-Spur im ausgebrannten Wohnmobil neben den Leichen von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos (NSU) publik wurde, die bei weiteren Straftaten in drei Bundesländern aufgefallen sein soll, gibt es bei der »Litauen-Connection« weiteren Klärungsbedarf. Grund: Die Straftaten, bei denen die Wohnwagen-DNA ebenso in Hessen und NRW auftrat, sollen den Behörden nach einer »litauischen Tätergruppe« zugeordnet worden sein. Die Thüringer Landesregierung soll auf eine Kleine Anfrage hin nun weitere mögliche Verwicklungen zwischen Litauen und der Thüringer Neonazi-Szene untersuchen. ■

Weiterere Neonazi-Spitzel im NSU-Umfeld aufgeflogen

Die Zeitschrift »Der Spiegel« berichtete am 5. September 2013, dass eine Gewährsperson mit Tarnnamen »Alex« für das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz spitzelte. Der Informant ist nach Recherchen der Internetseite haskala.de der Neonazi Andreas Rachhausen aus Saalfeld. Rachhausen organisierte im Jahr 1992 eine der größen Neonazi-Demonstrationen Thüringens. In Rudolstadt meldete er eine Gedenkdemonstration für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß an, zu der 2.000 Neonazis anreisten. Die Thüringer Landesregierung berichtete 2012: »[Rachhausen] ... entzog sich im Jahr 1993 einem Haftbefehl des Kreisgerichts Rudolstadt. Aufgrund polizeilicher Ermittlungen konnte der Aufenthaltsort im Ausland festgestellt und nach knapp zwölf Monaten mit der Auslieferung in die Bundesrepublik Deutschland der Haftbefehl vollstreckt werden.« Nach damaligen Informationen fand Rachhausen Unterschlupf beim Altnazi und Holocaustleuger Thies Christophersen in Dänemark. Als das spätere NSU-Trio 1998 auf der Flucht eine Autopanne hatte, wies der angeklagte NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben Andreas Rachhausen an, das Fluchtauto zurück nach Thüringen zu holen. Noch im Jahr 2009 unterstützte er die Thüringer NPD beim Landtagswahlkampf. Im selben Jahr organisierte er auch ein Konzert der rechten Hooligan-Band »Kategorie C / Hungrige Wölfe« in seiner Firmenhalle in Saalfeld. Das Konzert soll auf Wunsch seiner Mitarbeiter als Betriebsfeier in Saalfeld organisiert worden sein. Rachhausen betreibt zusammen mit dem Neonazi Enrico R. die Firma »Klimavida« (»HERA«), zu deren Auftragnehmern der Hauptbahnhof Berlin, SAP, Porsche, Aral und andere namhafte Firmen gehörten.

Als weiterer Spitzel wurde der Fall des V-Manns »Tarif« alias Michael See u.a. durch die Homepage publikative.org öffentlich. 1994 soll See sich selbst der Behörde als Quelle angedient haben. Er hatte sich bereits in den frühen 1990er Jahren an die Spitze der »Kameradschaft Leinefelde« im thüringischen Eichsfeld gesetzt, deren Wehrsportgruppe geleitet und war vor allem im Raum Nordhausen aktiv. Er gab die Neonazi-Publikation »Sonnenbanner. Nationales Sozialistisches Monatsblatt« heraus. Nachweislich unterhielt er gute Kontakte zur Neonazi-Szene um die »Kameradschaft Jena« und den »Thüringer Heimatschutz«, aus der später der NSU erwachsen sollte. Nach seiner Heirat hieß Michael See dann Michael von Dolsperg und trat unter seinem neuen Namen als Wahlkandidat für die NPD in Hannoversch Münden an. Im Jahr 2002 zog er nach Schweden, um »nach altem germanischen Stammesrecht zu leben«, die Kontakte zur deutschen Neonaziszene rissen aber nicht ab. Michael von Dolsperg soll noch bis 2008 Mitglied der neonazistischen »Artgemeinschaft« gewesen sein. Wie nah Michael See dem NSU-Trio wirklich gewesen ist, darüber könnten die Akten des VS Auskunft geben. Doch wurde seine Akte im November 2011 geschreddert, sieben Tage nachdem der NSU sich selbst enttarnt hatte. Die Aktenvernichtung geschah am selben Tag, als der Generalbundesanwalt Ermittlungen wegen der »Gründung einer rechtsgerichteten terroristischen Vereinigung« einleitete. ■

Mehr Informationen:
http://haskala.de/2013/04/10/gp-alex/
www.publikative.org/2013/10/06/vermeintlicher-nsu-vordenker-als-v-mann-enttarnt/

Dresden: Mahngang-Verbot von 2011 rechtswidrig

Das Verwaltungsgericht Dresden hat im Oktober 2013 nach fast dreijährigem Rechtsstreit das faktische Verbot des antifaschistischen Mahnganges »Täterspuren« im Jahr 2011 in Dresden für rechtswidrig erklärt. Die Beauflagung der geplanten Demonstration durch die Versammlungsbehörde Dresden für den 19. Februar 2011, die unter dem Verweis des Trennungsgebotes zwischen Neonazis und Antifaschist_innen eine Verlegung aus der Altstadt in die Dresdner Neustadt vorsah, war dem Urteil nach unverhältnismäßig. In seinem Urteil verweist das Verwaltungsgericht darauf, dass ein Trennungskonzept, wenn überhaupt, nur dann für sämtliche Aktionen gegen die Neonazidemonstration hätte angewendet werden dürfen, wenn dies ausdrücklich auch für eine eher bürgerlich geprägte Menschenkette gegolten hätte und tatsächlich alle Elbquerungen gesperrt worden wären. Aus Sicht des Bündnisses »Dresden Nazifrei« ist der Einwand des Gerichtes noch schwerwiegender, dass es sehr viel mildere Varianten des Umganges als das Trennungskonzept mit der Trennlinie Elbe gegeben hätte, die nicht angewendet wurden. ■



Der Bundes-NSU-Untersuchungsausschuss

Neue Fragen statt einfacher Antworten

Heike Kleffner

Heike Kleffner ist Journalistin und Expertin für neonazistische Gewalt. Sie war Referentin der Linksfraktion im Bundestag für den NSU-Untersuchungsausschuss.

Drei Monate nach dem offiziellen Ende des Bundestagsuntersuchungsausschusses zum NSU und der Abgabe des 1.400 Seiten umfassenden Abschlussberichts scheinen dessen Ergebnisse kaum noch mehr zu sein als winzige Spurenelemente im politischen, medialen und öffentlichen Diskurs zum NSU und zur extremen Rechten. Die Verlautbarungen aus den Koalitionsverhandlungen von CDU und SPD, man werde »alle 47 Empfehlungen« des Untersuchungsausschusses umsetzen, entpuppen sich bei genauerem Hinsehen an vielen Stellen vor allem als Versprechen, die komplette Wunschliste der ordnungspolitischen Horrorszenarien vieler CDU/SPD-Innenpolitiker endlich in die Tat umzusetzen: Dazu gehören vor allem mehr Geld und Befugnisse für das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) – dem der Untersuchungsausschuss im Abschlussbericht noch die Hauptverantwortung für das Versagen der Nachrichtendienste im NSU-Komplex attestiert hatte. Die Mehrheit der BfV-MitarbeiterInnen hatte als ZeugInnen vor dem Untersuchungsausschuss dann auch eine Haltung an den Tag gelegt, als wenn es sich beim NSU quasi um eine Art unvorhersehbaren Betriebsunfall gehandelt habe, der nun dazu führe, dass die an sich fehlerfreie Arbeit der Geheimdienste zu Unrecht kritisiert würde. Entsprechend muss das vollmundige Reformversprechen bei einer derartigen Haltung der MitarbeiterInnenschaft – einmal abgesehen von der politischen Agenda der Behördenleitung und des Bundesinnenministeriums – als Schaufenster- und Symbolpolitik gewertet werden. Hinzu kommt die noch immer fehlende effektive parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste bzw. deren Abschaffung als Konsequenz aus dem NSU-Skandal.[1]

Geht es nach CDU und SPD, sollen auch die Position des Generalbundesanwalts und des BKA gestärkt werden. Auch hier, ohne dass das BKA erkennbare Konsequenzen aus seiner Verantwortung im NSU-Komplex gezogen hätte: Dazu gehören unter anderem, dass eine der wenigen greifbaren Spuren in der rassistischen Mordserie – nämlich die Herkunft der Ceska-Pistole – in einem völlig unangemessenen Schneckentempo bearbeitet wurde, dass die BKA-Beamten zu den vehementesten Verfechtern der Ermittlungsrichtung »Organisierte Kriminalität« in der so genannten »BAO Bosporus« gehörten und dass BKA-Beamte die Verantwortung dafür trugen, dass die im Januar 1998 beschlagnahmte Adressliste von Uwe Mundlos – bei der es sich, wie man heute weiß, um das »Who-is-Who« der ersten UnterstützerInnen-Generation des Trios Zschäpe, Mundlos, Böhnhardt gehandelt hat – »mangels Relevanz« in einer Asservaten-Plastiktüte verschwand.

Dennoch – oder gerade deswegen – ist eine Auseinandersetzung mit den Ergebnissen des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag – ebenso wie in Bayern[2] (vgl. Seite 12) – dringend notwendig. Zum einen, weil deutlich geworden ist, dass Rassismus zu den zentralen Ursachen des Staatsversagens im NSU-Komplex gehört.[3] Und zum anderen, weil es anhand der Ergebnisse notwendig ist, die bisherigen Analysen über die Neonaziszene der 1990er Jahre – d.h. der in der Welle rassistischer Pogrome, Gewalt, staatlichen Wegschauens, Verharmlosens und Vertuschens sozialisierten »Generation Terror« zu überdenken.

Von unabhängigen Beobachter_innen wie dem Projekt NSU-Watch sowie von den Nebenklagevertreter_innen ist an anderer Stelle schon auf die wichtigsten Lücken und offenen Fragen des Abschlussberichts hingewiesen worden – insbesondere in Bezug auf Rassismus, das NSU-Unterstützer_innennetzwerk und die Frage der Motivation für die zahlreichen Aktenvernichtungen beim BfV, dem Bundesministerium des Innern und in den Ländern. Bislang kaum beleuchtet wurde allerdings eine Frage, die sich seit dem 4. November 2011 wie ein roter Faden durch die vielen Diskussionen, Texte und Veranstaltungen zum NSU-Komplex zieht: Wie viel Staat steckt in der Neonaziszene der 1990er und 2000er Jahre? Und muss es aufgrund der Informationsfülle zu bis

1| Vgl. AIB Nr. 96: »Verfassungsschutz abschaffen!«

2| Vgl. Abschlussbericht »Untersuchungsausschuss Rechtsterrorismus in Bayern« zum Download auf www.bayern.landtag.de/de/482_9270.php

3| Vgl. dazu u.a. Imke Schmincke/Jasmin Siri »NSU-Terror: Ermittlungen am rechten Abgrund«, transcript Verlag, Oktober 2013; Kritik der Nebenkläger-VertreterInnen am Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschuss zum Download auf www.diefirma.net; Heike Kleffner »Verharmlosen, Ignorieren, Verschweigen« in: RAV-Infobrief 10/2012 zum Download auf www.rav.de



Foto: Christian Mang

dato unbekannten V-Leuten in der Neonaziszene sowie den Aussagen von V-Mann-Führern und Verfassungsschutzchefs vor den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen eine Neubewertung der Entwicklung der Neonaziszene der 1990er Jahre geben?

Die Aufbauarbeit des V-Leute-Systems

Tatsächlich geben die Abschlussberichte des bayerischen NSU-Untersuchungsausschusses und des Bundestagsuntersuchungsausschusses, das Scheitern des NPD-Verbotsantrag im Jahr 2002 sowie zahlreiche Recherchen von Medien und antifaschistischen Projekten eine eindeutige Antwort auf die Frage, wie viel Staat in der Neonaziszene der 1990er Jahre steckt: Mittlerweile muss davon ausgegangen werden, dass es kaum eine überregional aktive bzw. relevante Neonazistruktur ohne V-Leute von Inlandsnachrichtendiensten gegeben hat. Und ohne das V-Leute-System wäre den sowohl im Hinblick auf die Anzahl der AktivistInnen als auch Organisationen überschaubaren und hierarchischen Neonazistrukturen der 1990er Jahre der Sprung zur Neonazibewegung in den 2000er Jahren nicht gelungen. Die Bewegung von heute zeichnet sich dadurch aus, dass sie vielerorts sozial verankert ist, teilweise aus der Mitte der kleinstädtischen und dörflichen Gemeinschaften kommt bzw. dort festen Anschluss hat, in ihrer sozialen Herkunft ebenso breit gefächert ist wie in ihrer Altersstruktur und in ihren politischen und sozialen Modellen und Organisationsformen: In der Neonazi-Bewegung von heute gibt es für jeden ein Zugehörigkeitsangebot: von den militanten »Autonomen Kameradschaften« über NPD-Ortsvereine, über szeneeigene mittelständische Bauunternehmen, subkulturelle Musikszenen bis hin zu Hochschulgruppen und parlamentarischer Arbeit in den Landtagsfraktionen der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. In den frühen 1990er Jahren dagegen waren Neonazis in einer klar abgegrenzten Szene organisiert, deren vermeintlich »rebellisches Image« und sozio-politisches Angebot sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene richtete.

Zum V-Leute-System der 1990er Jahre gehörte unter anderem, dass V-Leute von ihren V-Mann-Führern vor Hausdurchsuchungen und Strafverfolgung geschützt und systematisch neonazistische Führungskader als V-Leute angeworben wurden. Dazu gehört auch, dass V-Leute die Zahlungen der Nachrichtendienste zwar einerseits in den allermeisten Fällen in die eigene Tasche gesteckt – und nur in den wenigsten Fällen direkt in die Neonazibewegung investiert – haben. Aber andererseits standen ihnen aufgrund der steuerfreien V-Mann-Honorarzahlungen, durch die Ausstattung u.a. mit Autos und Handys Zeit und Ressourcen zur Verfügung, um als »Vollzeit«-Aktivisten neonazistische Strukturen auf- und auszubauen.

Interessanterweise hatte das Bundeskriminalamt (BKA) schon im Februar 1997 in einem so genannten Positionspapier und anhand von zehn mit Beispielen untermauerten Thesen dieses System massiv kritisiert.[4] So bemängelte das BKA unter anderem: V-Leute wirkten »maßgeblich in führenden / exponierten Positionen an der Vorbereitung von Veranstaltungen / Versammlungen / Aktionen« mit; es sei fraglich, »ob bestimmte Aktionen ohne die innovativen Aktivitäten dieser Quellen überhaupt in der späteren Form stattgefunden hätten«; aus »Quellenschutzgründen« würden Warnungen an die Exekutive so spät weitergeleitet, dass Aktionen nicht mehr verhindert werden könnten; es bestünden »konkrete Anhaltspunkte«, dass V-Personen unter anderem über Telefonüberwachungsmaßnahmen informiert worden seien; erst »durch die Übernahme recht hoher Telefongebühren, Reisekosten und Bereitstellung entsprechender Technik« sei »die

4| Der Abschlussbericht des 2. PUA, BT-Drucksache 17/14600 dokumentiert das Thesenpapier ausführlich ab S. 218 im Unterkapitel »Problematisierung der Verfassungsschutz-Quellenführung durch das BKA«; der Bericht steht als Download auf der Homepage des Deutschen Bundestages zur Verfügung. www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/ua/2untersuchungsausschuss/

5| Ebenda, ab S. 268, Unterkapitel »Angaben des Tino Brandt gegenüber Thorsten Heise«.

6| Ebenda, S. 270

7| Ebenda, S. 284ff, Unterkapitel »Der V-Mann Piatto«.

8| Vgl. AIB Nr. 97: »Ku-Klux-Klan - Ableger in Deutschland«

9| Vgl. AIB Nr. 95: »Nick Greger – Umgestiegen statt ausgestiegen«

10| Vgl. www.nsu-nebenklage.de, Bericht vom 12.11.2013

➔

Mehrzahl der Quellen überhaupt finanziell als auch materiell in der Lage, Kontakte zu knüpfen und aufrecht zu erhalten.« Wenn der Verfassungsschutz über Ermittlungsverfahren gegen eine Quelle informiert würde, gäben die Quellenführer Anweisungen zum Verhalten gegenüber der Exekutive, und es bestünde die Gefahr, »dass Ermittlungs- und Beweisansätze vernichtet und strafprozessuale Maßnahmen verhindert« würden (vgl. Seite 22). Zehn Jahre später prahlte der langjährige V-Mann des Thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Tino Brandt, bei einem Gespräch mit Neonazikader Thorsten Heise – im übrigen mehr als fünf Jahre nach Brandts öffentlicher Enttarnung als Geheimdienstzuträger – unter anderem damit, dass er vor Telefonüberwachungen und Hausdurchsuchungen von seinem V-Mann-Führer gewarnt worden sei und dann z.B. seinen Computer in einem Bahnhofsschließfach vor der Polizei in Sicherheit gebracht hätte.[5]

Quellenschutz vor Strafverfolgung

Zu den zentralen neonazistischen Organisationen der 1990er Jahre gehörte die von Michael Kühnen als Kader- und Leitungsorganisation für die neonazistische Szene Ende der 1980er Jahre aufgebaute »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« (GdNF). Deren AktivistInnen bauten in der ersten Phase der rassistischen Mobilisierung der 1990er Jahre zahlreiche neonazistische Vorfeldorganisationen in den neuen Bundesländern auf, waren an dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 beteiligt und koordinierten insbesondere die bundesweiten Rudolf-Heß-Aktionstage anlässlich des Todestags des Hitlerstellvertreters und strömungsübergreifenden Neonazi-Idols.

Zudem muss man sich noch einmal die Bedeutung der GdNF als Koordinierungsgremium einer rasant anwachsenden neonazistischen Szene und der Rudolf-Heß-Aufmärsche als dem zentralen jährlichen flügelübergreifenden Ereignis der Neonaziszene der 1990er Jahre vor Augen führen – an dessen Rändern beispielsweise am 17. August 1992 in Rudolstadt (Thüringen) Absprachen für das ab dem 22. August 1992 beginnende Pogrom in Rostock-Lichtenhagen stattfanden und später zahlreiche internationale Kampagnen der Neonazis geplant wurden. Die GdNF und das Rudolf-Heß-Aktionskomitee profitierten erheblich von dem Prinzip »Quellenschutz vor Strafverfolgung«, hielten Tausende von PolizistInnen und AntifaschistInnen über Jahre auf Trab und schufen einen der zentralen Kristallisationspunkte für die im Entstehen begriffene Neonazibewegung.

Auch die Strukturen des Neonazinetzwerks Blood&Honour hätten ohne das Prinzip »Quellenschutz vor Strafverfolgung« nicht über Jahre hinweg die Begleitmusik zu Mord und Totschlag liefern und eine extrem rechte Erlebniswelt aufbauen können. Beides hatte und hat eine Ausstrahlung weit über den engen Kern der Neonaziszene hinaus in die vorpolitischen Milieus von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, insbesondere in ländlichen Räumen der neuen Bundesländern – und stellte und stellt einen essentiellen Baustein der Neonazibewegung in Form von extrem rechten Parallel- und Erlebniswelten dar.

Ausführlich dokumentiert der Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses hier unter anderem den Werdegang der V-Leute von Blood&Honour Marcel D. alias VM Hagel/VM 2100 des thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz[6] und Carsten Szczepanski alias Piatto, langjähriger V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes.[7]

Mit »Piatto«, wegen versuchten Totschlags an einem nigerianischen Lehrer und Asylsuchenden 1995 zu acht Jahren Haft verurteilt[8] und von 1994 bis zum Jahr 2000 V-Mann des LfV Brandenburg, erreichte das V-Leute-System ein bis dato unbekanntes Ausmaß: Sein V-Mann-Führer holte ihn für Freigänge von der Justizvollzugsanstalt (JVA) Brandenburg ab, fuhr ihn zu Neonazitreffen und -konzerten; das Landesamt für Verfassungsschutz bewirkte, dass seine Post in der JVA Brandenburg nicht mehr kontrolliert wurde. Das Ergebnis: Carsten Szczepanski konnte über Jahre ungehindert das Neonazifanzine »United Skins« erstellen, das für die Werbung von Konzerten, Bands und CDs aus dem Blood & Honour-Netzwerk sowie für dessen bewaffneten Arm »Combat 18« eine extrem hohe Bedeutung hatte. Auch in der Praxis war Carsten Szczepanski in den vordersten Reihen zu finden: Er war unter anderem am Aufbau rechtsterroristischer Strukturen in Berlin-Brandenburg und der Planung von Anschlägen gegen politische GegnerInnen Ende der 1990er/ Anfang der 2000er Jahre beteiligt[9].



Foto: Christian Mang

Auch die Auswirkungen und Folgen des V-Mann Systems hatte das BKA in seinem Positionspapier im Jahr 1997 schon beschrieben: »Die Mehrzahl der Quellen sind nach dem Ergebnis der Ermittlungen überzeugte Rechtsextremisten. Bei diesen entsteht der Eindruck, unter dem Schutz des VS im Sinne ihrer Ideologie ungestraft handeln zu können und die Exekutive nicht ernst nehmen zu müssen« so das BKA Anfang 1997.

[1]



Foto: Deutscher Bundestag – Lichtblick / Achim Melde

[1] Der Untersuchungsausschuss (Bund) empfängt eine türkische Delegation.

Nun steht außer Frage, dass Neonazis diesen Spielraum, der ihnen durch den Quellenschutz und das V-Leute-System geboten wurde, in vielen Regionen erfolgreich genutzt haben: Sowohl individuell, weil sie auch bei schwersten Straf- und Gewalttaten kaum mit ernsthaften juristischen Konsequenzen zu rechnen hatten, als auch strukturell, weil trotz interner Machtkämpfe, wechselnder Organisierungsmodelle und staatlicher Verbote der Sprung von der Szene zur Bewegung sowie von isolierten Gruppen zu vor Ort fest verankerten Strukturen gelungen ist. Zu diskutieren wäre vor allem, ob es der im Vergleich zu heute wesentlich besser organisierten und zahlenmäßig viel größeren, unabhängigen Antifabewegung in den 1990er Jahren nicht häufiger gelungen wäre, die neonazistische und rassistische Mobilisierung zurückzudrängen – wenn es kein derart extensives V-Leute-System gegeben hätte.

Und noch zwei weitere Aspekte des NSU-Komplexes sollten mehr Diskussionen nach sich ziehen: Zum einen die Frage nach den eigenen rassistischen Vorurteilen. Denn mit wenigen Ausnahmen haben auch unabhängige AntifaschistInnen und JournalistInnen an den Tatorten der rassistischen NSU-Mord- und Sprengstoffserie bis zur Selbstenttarnung des NSU-Kerntrios am 4. November 2011 weder die Verlautbarungen der Polizeipressestellen hinterfragt noch den Kontakt zu den betroffenen Angehörigen und Communities gesucht. Und zum anderen der Aspekt, die eigenen Analysen rechten und rassistischen Terrors ernst zu nehmen. Aktuell bedeutet dies auch, sich mit der steigenden Zahl rassistisch und antiziganistisch motivierter Brandanschläge und der rassistischen Mobilisierung gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsheime auseinander zu setzen.

Viele offene Fragen

Zu Recht haben KritikerInnen der Untersuchungsausschüsse darauf hingewiesen, dass allzu viele Fragen im NSU-Komplex noch immer offen sind – und die lange Liste vermeintlicher Zufälle, Ungereimtheiten und neuerlichen polizeilichen Fehlverhaltens täglich länger wird – wie beispielsweise, dass der als mutmaßlicher Unterstützer des NSU angeklagte Holger Gerlach im Zeugenschutzprogramm in Vorbereitung auf den NSU-Prozess am OLG München vom BKA nach Angaben der Zeugin Sylvia Sch. aus Hannover im Sommer 2012 zu einem Treffen mit ihr selbst und ihrem Ehemann Alexander Sch. – einem in der Neonaziszene gut vernetzten Freund von Gerlach aus Hannover – gebracht worden sei[10].

Die Kritik wird oft verbunden mit der Forderung nach einer Fortsetzung des Untersuchungsausschusses im neu gewählten Bundestag. Derzeit scheint dies jedoch eher unwahrscheinlich. Umso notwendiger ist es, die Zäsur, die der NSU-Komplex darstellt, nicht ad acta zu legen, sondern weiterhin nach eigenständigen Analysen und Antworten zu suchen. Dazu gehört auch, die Arbeit der Untersuchungsausschüsse im Thüringer Landtag sowie im sächsischen Landtag kritisch zu begleiten und den NSU-Prozess kontinuierlich und aufmerksam zu verfolgen, z.B. durch Unterstützung für das Projekt NSU-Watch. Denn Antworten im NSU-Komplex hat es bislang nur dann gegeben, wenn sie von einer breiteren medialen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit massiv eingefordert und gesucht wurden. Die Angehörigen der NSU-Mordopfer und die Verletzten der NSU-Sprengstoffanschläge warten drängender denn je darauf, dass das Versprechen des »rückhaltlosen Aufklären« eingelöst wird. Diese Aufklärung, das versteht sich von selbst, kann nicht alleine den Strafverfolgungsbehörden, parlamentarischen Gremien wie Untersuchungsausschüssen, Medien und den Gerichten überlassen bleiben. ■

Mehr Informationen unter: www.nsu-watch.info

Der Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss

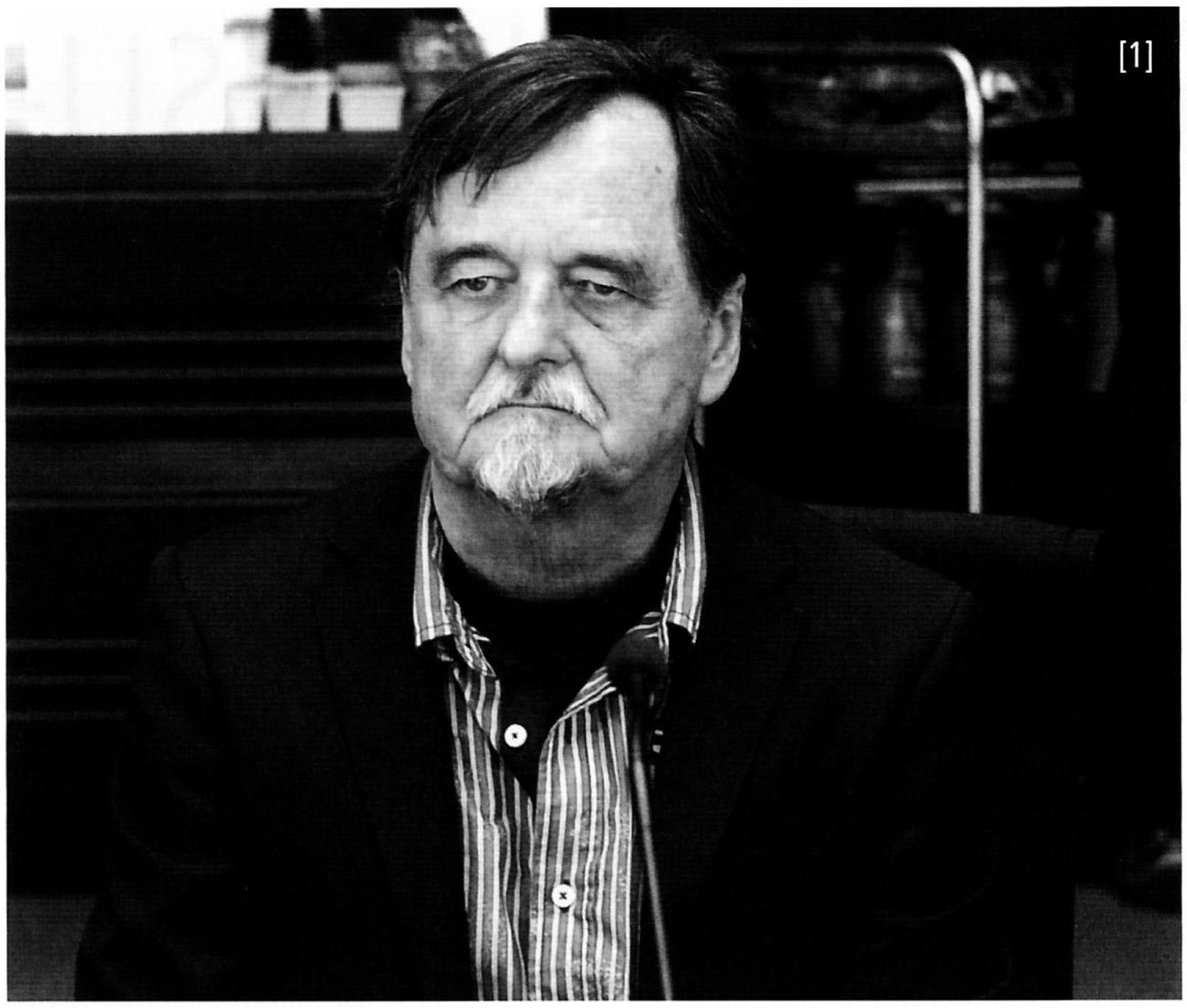
Blicke in den VS-Abgrund



Der Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss startete mit einem Resümee der 1990er Jahre in Thüringen. Nach Berichten diverser Sachverständiger waren die früheren Verantwortungsträger_innen in Politik, Polizei und Behörden vor allem darum bemüht, das Problem der rechten Gewalt zu verharmlosen und zu entpolitisieren. Diejenigen, die antifaschistisch aktiv wurden und sich der rechten Ideologie entgegenstellten, wurden durch den politischen Kurs der damaligen Landesregierungen zum eigentlichen Problem erklärt und das Erstarken rechter Strukturen relativiert. Das bestätigten später auch jene, die dafür Mitverantwortung trugen, wie der damalige Innenstaatssekretär Michael Lippert bei seiner Befragung. »Rechte Skinheads« seien in Thüringen nur ein »wirrer Haufen« gewesen, der sich an Tankstellen traf und randalierte. Das eigentliche Problem sei der »schwarze Block« gewesen: »Der Schwarze Block war eine aufgerüstete Einheit mit Standorten in Göttingen und Berlin, die Entglasungen durchführte und einmarschierte« so Lippert selbstsicher. Rechte Strukturen hatten wenig Druck zu spüren bekommen. Die Sonderkommission gegen Neonazis (»Soko Rex«) im LKA wurde erst torpediert und dann 1997 aufgelöst. Sie führte ein Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen die Neonazigruppe »Thüringer Heimatschutz« (THS), zu dem auch die NSU-Mitglieder Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe gehörten. Später wurde noch eine weitere Möglichkeit zum Verbot des THS bei einer anderen Ermittlungsgruppe vereitelt. Ausgehobene Waffenlager des THS und Bomben-Platzierungen durch das NSU-Trio in Jena wollte man damals der Gruppierung nicht anhängen, es seien schließlich nur Taten Einzelner gewesen.

Blicke in den VS-Abgrund

Nach zahlreichen Anhörungen von Verfassungsschützern, Polizisten, Politikern und anderen wurde die desaströse Arbeit des Verfassungsschutzes (VS) belegbar. Darunter zählte die Spitzel-Anwerbungspraxis bei Führungspersonen der Thüringer Neonazi-Szene. Diese versorgte der Verfassungsschutz neben hohen Bargeldsummen auch mit Handys, Faxgeräten, Computern und Reisekosten. Äußerungen von ehemaligen V-Leuten wie Tino Brandt, sie hätten das Geld in die Szene zurückfliessen lassen versuchte dessen V-Mann-Führer im Ausschuss zaghaft zu dementieren. Die 200.000 DM für Brandt seien in »alle möglichen technischen Spielereien« geflossen, »das neueste Handy (...) in seinem Fahrzeugpark, die Fahrzeuge waren immer mal wieder kaputt, da ist viel in den Reparaturbereich geflossen«. Durch Nachforschungen des Ausschusses wurde bekannt, dass der VS in einigen Fällen die Anwaltskosten von Thüringer Neonazis bezahlt sowie Anti-Antifa-Flugblätter abgestimmt bzw. Korrektur gelesen haben soll. Daneben wurde über den Ausschuss deutlich, wie der Verfassungsschutz seine Quellen vor Strafverfolgung schützte. Er besuchte regelmäßig Thüringer Gerichte und die Staatsanwaltschaft um Einsicht in Verfahren gegen Neonazis aus Thürin-



[1]

Foto: Deutscher Bundestag – Lichtblick / Achim Melde

[1] Der frühere Chef des Thüringer Verfassungsschutzes, Helmut Röwer.

gen zu nehmen. Zeugen berichteten, dass auf diesem Wege auch eine Verfahrenseinstellung erwirkt werden sollte und ihnen Vorwarnungen zu Razzien bekannt waren. Auch räumte ein V-Mann-Führer vor dem Ausschuss direkt ein, dass er problematische Gegenstände seiner Quelle an sich genommen habe, damit die Polizei bei einer Razzia diese nicht findet. Kennzeichen von Observations-Autos der Polizei wurden an rechte Spitzel verraten. Außerdem wurden zum Teil Aktenmanipulationen beim VS bekannt. So fehlen z.B. in den V-Mann-Akten des ehemaligen Bundeskassenwartes von Blood & Honour beim Thüringer Verfassungsschutz alle Treffberichte. Bei der damaligen Freundin des angeklagten NSU-Unterstützers Ralf Wohlleben, mit der man sich angeblich nur fünf mal traf, tauchten schließlich über 40 Übergabequittungen für Informantenhonorare auf. In einem anderen Fall fand man in einem Panzerschrank im Landesamt Quittungen über mehrere zehntausend DM zu einer ominösen Quelle mit Decknamen »Günther«, den es offiziell nie gab und von der nur der Präsident Kenntnis gehabt haben soll. Der weigert sich bis heute preiszugeben, ob »Günther« real existierte oder ob die Vorwürfe zutreffen, dass er sich damit Geld in die eigene Tasche steckte.

Die Arbeitsweise des Ausschusses

Eine Besonderheit beim Thüringer Untersuchungsausschuss ist, dass dieser immer wieder versucht, auch in die Tiefe der Strukturen einzudringen, was Abläufe und Personen innerhalb von Behörden und Referaten einerseits angeht, aber andererseits auch Detailinformationen zu Strukturen und Akteuren innerhalb der neonazistischen Szene. Neben einer relativ klaren Route taucht der Ausschuss immer wieder in »Nebenstraßen« ab. Dazu zählt auch die Aufdeckung von Details zur Verwicklung von weiteren Verfassungsschutz-Spitzeln und damals teilweise hochrangigen Akteuren im Umfeld des Jenaer Neonazi-Trios, zum Beispiel die V-Leute »GP Alex« (alias Andreas Rachhausen / THS, Saalfeld) und »Hagel« (alias Marcel ›Riese‹ Degner / Blood&Honour, Gera) oder die Informantin »Jule« (alias Juliane Walther, Ex-Freundin von Ralf Wohlleben, Jena). Ein Beispiel für solche »Nebenstraßen«: 1998 verschwanden bei der Thüringer Polizei vertrauliche Fahndungsakten und wurden an die Neonazi-Szene weitergereicht. Aus dieser riefen dann zwei führende Aktivisten bei der Polizei an und boten gegen Geld einen Rückkauf an. Der Thüringer Verfassungsschutz klinkte sich ein und versuchte die Akten unter Legende wieder zurückzukaufen. Am Ende stellte sich heraus, dass diejenigen, die die geklauten Akten offerierten, selbst als V-Leute für den Thüringer Verfassungsschutz aktiv waren.

Öffentlichkeit und Ausblick 2014

Im März 2013 hat der Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss seinen Zwischenbericht auf 550 Seiten vorgelegt. Mit dem Beginn des NSU-Prozesses in München reduzierte sich das öffentliche Interesse in Thüringen erwartungsgemäß. Regelmäßig begleitet wird der Ausschuss von der Internetseite »Haskala.de«, die das Ziel verfolgt, möglichst viele Inhalte und Aussagen von Zeugen aus dem Ausschuss transparent zu machen, da es keine öffentlichen Ausschussprotokolle gibt. Es bleibt fraglich, inwiefern der Ausschuss seinem eigentlichen Untersuchungsauftrag am Ende gerecht wird und auf wie viele der zahlreichen offenen Fragen zur Neonazi-Mordserie und möglichen Verstrickungen mit den Behörden er Antworten finden kann. Und noch viel fraglicher ist, welche Konsequenzen daraus letztendlich gezogen werden. Im Anfang 2012 gesetzten Auftrag heißt es, dass der Ausschuss Schlussfolgerungen für künftige Maßnahmen zur Rechtsextremismus-Prävention, zur Verbesserung parlamentarischer Kontrolle, zur Neuorganisation der Sicherheitsbehörden und zur Verbesserung der Lage der tatsächlichen und potentiellen Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt vorschlagen soll. Dass das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz als eine mögliche Konsequenz nach dem Abschlussbericht abgeschafft wird, bleibt der fromme Wunsch Einiger, ist den aktuellen Umständen nach aber wohl eher utopisch. ■

Der bayerische NSU-Untersuchungsausschuss

Rassismus im Behördenapparat ignoriert, viele Fragen nicht beantwortet

Birgit Mair

Birgit Mair ist Diplom-Sozialwirtin (Univ.) und verantwortlich für die Wanderausstellung »Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen« sowie den dazugehörigen Begleitband.

Kontakt:
www.opfer-des-nsu.de

Fünf Menschen türkischer bzw. griechischer Herkunft wurden in Bayern durch Neonazis des NSU ermordet. Knapp ein Jahr lang tagte bis Juli 2013 der bayerische NSU-Untersuchungsausschuss (UA). Eine Analyse der Aussagen der vernommenen Zeug_innen kommt zu folgendem Ergebnis: Rassismus und Vorurteile in der Mitte der Behördenapparate gepaart mit einer konsequenten Ignoranz und Unterschätzung der Neonaziszene sind Ursachen für die Nicht-Aufklärung der Mordserie.[1]

Die Frage, ob die NSU-Aufklärung in Bayern gescheitert ist, ist mit einem klaren Ja zu beantworten. Die in Bayern vernommenen Behördenvertreter_innen gaben meist nur das zu, was ihnen von anderer Seite bereits nachgewiesen worden war. Sie mauerten häufig, antworteten einsilbig, inhaltsleer oder im Gestus der Selbstrechtfertigung. Trotz der Bemühungen einiger Abgeordneter im bayerischen NSU-UA blieb die Aufklärung lückenhaft.

Erneute rassistische Äußerungen

Im Abschlussbericht des bayerischen NSU-UA heißt es, ein in der Presse unterstellter ›alltäglicher, latenter Rassismus‹ als Ursache dafür, dass Spuren in Richtung Rechtsextremismus nicht verfolgt worden seien, war in keinem Fall festzustellen.[2] Diese offizielle Einschätzung negiert zum Beispiel die zum Teil rassistischen Äußerungen, die ein Teil der vernommenen Polizeibeamten von sich gab.

Einige Zeugen diffamierten die NSU-Opfer und deren Angehörige erneut als Drogendealer und Kriminelle. So behauptete ein damaliger Ermittler in einer öffentlichen Sitzung, dass ein Mordopfer eine kriminelle Figur in jeder Richtung gewesen sei.[3] Beweise für diese Behauptung liegen nicht vor. Ein weiterer Ermittler berichtete von einer türkischen Drogenmafia mit Sitz in Holland, die ihre Finger wie eine Krake[4] über ganz Europa ausstrecken würde und bezeichnete einen Menschen als Mischling.[5]

Ein Kriminalpolizist beschrieb den NSU-Tatort in Kassel als «Türkenmeile«. Außerdem wiederholte er die frei erfundene und bereits vor Jahren widerlegte Geschichte eines »Zeugen«, wonach das erste Mordopfer, Enver Simsek, in Drogengeschäfte verwickelt gewesen sei.[6] Angeblich hätte Simsek gemeinsam mit dem Zeugen Drogen geschmuggelt.[7]

Erst sechs Jahre später prüfte die Polizei die Angaben des zeitweilig im Gefängnis sitzenden Zeugen nach. Sie kam zu dem Ergebnis, dass dieser gelogen hatte.

Latenter Rassismus?

Die Polizei betrieb in Bayern Dönerimbisse, um die vermeintlichen Geschäftspraktiken der türkischen Community auszuspionieren. Über zwanzig Monate lang wurden diese betrieben, doch kriminelle Machenschaften wurden nicht festgestellt. Die einzige Bedrohung ging von einem Rassisten aus, der mit Hinweis auf das damalige Fahndungsplakat der Mordserie sagte, die Türken müssten halt so heimgeschickt werden, wenn man sie nicht anders vertreiben könne. Erstaunlich ist, dass dieser rassistische Vorfall im bayerischen NSU-Untersuchungsausschuss nicht öffentlich besprochen wurde. Eine Schilderung des Vorfalls findet sich im Abschlussbericht des NSU-UA des Bundestags.[8] Eine der im Zusammenhang mit den NSU-Morden durchgeführte polizeiliche Operative Fallanalyse (OFA) aus dem Jahr 2006 enthielt Rassismus: »Vor dem Hintergrund, dass die Tötung von Menschen in unserem Kulturraum mit einem hohen Tabu belegt ist, ist abzuleiten, dass der Täter hinsichtlich seines Verhaltenssystems weit außerhalb des hiesigen Normen- und Wertesystems verortet ist.«[9] Im bayerischen Abschlussbericht heißt es dazu immerhin: Einzelne Formulierungen in der Operativen Fallanalyse des LKA Baden-Württemberg lassen Vorurteile

1| Meine Analyse beruht auf der Auswertung von mehr als 80 beobachteten Sitzungsstunden des UA »Rechtsterrorismus in Bayern – NSU« im Münchner Maximilianeum sowie der Lektüre des mehr als 200 Seiten umfassenden Abschlussberichtes.
2| Abschlussbericht NSU-UA Bayern, S. 151
3| Werner St. vom PP Mittelfranken im bayerischen NSU-UA am 5. Februar 2013



Foto: Birgit Mair



Foto: Christian Mang

und z.B. eine diskriminierende, latent ausländerfeindliche Haltung erkennen.[10]

Bayerische Neonaziszene wenig beleuchtet

Eines förderte der bayerische NSU-UA deutlich zutage: Dass die neonazistische Szene von Sicherheitsbehörden ignoriert bzw. verharmlost wurde. Rechte Terrorkonzepte waren einem relevanten Teil der vernommenen Beamten nicht bekannt. Bei den kurzzeitig durchgeführten Ermittlungen in der rechten Szene hatte man sich mit einer Alibi-Überprüfung bei einer zentralen Figur der Nürnberger Neonazi-Szene[11] begnügt und einige »Gefährderansprachen« bei Neonazis im Nürnberger Raum durchgeführt.

Viele Fragen wurden im UA nur am Rande behandelt. Zwar wurde bekannt, dass Anfang 1995 Uwe Mundlos an einem Neonazi-Treffen in dem früheren Szene-Treffpunkt »Tiroler Höhe« teilgenommen hatte. Nicht bekannt ist, wer außer Mundlos noch im Auto saß und warum die späteren NSU-Terroristen in den Jahren 1995 und 1996 im Visier der mittelfränkischen Polizei waren.[12] Auch die Rolle der zeitweiligen Kontaktperson des späteren NSU, Mandy S.[13], wurde im Ausschuss nur marginal beleuchtet. Zur Zeit der ersten NSU-Morde lebte sie in Bayern und hatte u.a. Kontakt zur Fränkischen Aktionsfront (F.A.F.). Deren Anführer Matthias Fischer stand namentlich auf der 1998 gefundenen »Garagenliste« des späteren NSU. In Bezug auf die Skandale rund um die beiden bayerischen Neonazi-V-Männer Kai Dalek und Tino Brandt wurde im UA kaum Druck ausgeübt. In einer der letzten Sitzungen des NSU-UA wurde bekannt gegeben, dass das bayerische Innenministerium dem Ausschuss die angeforderten Unterlagen zu weiteren Neonazi-V-Leuten immer noch nicht bereitgestellt hat. Auch die Frage, wie der Wahrheitsgehalt einer im Juni 2013 im UA getätigten Behauptung eines Polizeibeamten überprüft werden kann, blieb bisher ungeklärt. Der Beamte hatte unter anderem erklärt, bei einer Besprechung der Ermittlungsgruppe »BAO Bosporus« sei von einem »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) als möglichem Urheber der Mordserie die Rede gewesen.[14] Ob der UA in Bayern fortgesetzt wird, ist unklar. Ob diese Fortsetzung viel bringen würde, ebenso. ■

4| Josef W. vom PP München im bayerischen NSU-UA am 19. Februar 2013 sowie Abschlussbericht NSU-UA Bayern S. 94
5| Josef W. vom PP München im bayerischen NSU-UA am 19. Februar 2013
6| Siehe Aufsatz von Birgit Mair »Ich habe noch nie einen Neonazi auf einem Fahrrad gesehen«, nsu-watch.info
7| Werner Störzer vom PP Mittelfranken im Bayerischen NSU-UA am 5. Februar 2013
8| im ek, Semiya/Schwarz, Peter (2013), S. 131 ff. und S. 151 ff.
9| NSU-UA des Bundestags, S. 879
10| NSU-UA des Bundestags, S. 878
11| Abschlussbericht NSU-UA Bayern, S. 143
12| Wolfgang G. vom PP Unterfranken im bayerischen NSU-UA am 20. Februar 2013
13| Bündnis 90 / Die Grünen, Zwischenbilanz UA »NSU — Rechtsterrorismus in Bayern«
14| Konrad P. von der Kripo Rosenheim im bayerischen NSU-UA am 18. Juni 2013

Der sächsische NSU-Untersuchungsausschuss

Aufklärung im toten Winkel

Der NSU-Untersuchungsausschuss in Sachsen nähert sich dem Ende. Eingesetzt von einer Minderheit wird seine Bilanz dürftig bleiben.

Nein, ein Untersuchungsausschuss (UA) ist kein Kaspertheater. Weil das aber nicht allen klar ist, hat dessen Vorsitzender Patrick Schreiber (CDU) einen früheren V-Mann-Führer des LKA Berlin, Michael W., nochmal darauf hingewiesen. W. hatte beteuert, er wisse gar nicht, warum er hier jetzt in Dresden beim NSU-Untersuchungsausschuss sein muss. Die Fragen, vom Ausschuss vorab zugeschickt, habe er nur »überflogen« und deshalb nichts zu berichten. So ging im Oktober eine »Blockwoche« des sächsischen UA zu Ende. Gleich zehn Polizeibeamte waren geladen. Darunter einer, der seine Erinnerungen so weitgehend eingebüßt haben will, dass er sich mit dem Hinweis verabschiedete, die eben gestellten Fragen schon wieder vergessen zu haben. Es ist nun keineswegs so, dass der sächsische Untersuchungsausschuss »Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen«, wie er offiziell heißt, keine bedeutenden Fragen hätte. Aber zumindest, was die öffentliche Wahrnehmung angeht, steht der Ausschuss im Schatten seines Pendants im Bundestag und des Prozesses in München.

Der sächsische UA wurde am 7. März 2012 auf Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Grüne eingesetzt, die Regierungsfraktionen CDU und FDP sowie die NPD enthielten sich. Dass hier unter den demokratischen Fraktionen keineswegs Einigkeit über den Gang der Aufklärung besteht, ist eine sächsische Eigenheit; die andere, dass bis zur ersten Zeugenvernehmung nochmal mehr als ein halbes Jahr ins Land ging. Man könnte das als Indiz für einen überschaubar geratenen Aufklärungswillen werten.

Das häufigste Argument gegen einen UA war anfangs die Anwesenheit der NPD; deren Funktionär Arne Schimmer nimmt an den Sitzungen regelmäßig teil. Dass die Partei jetzt genau weiß, wie viele V-Leute ihr das hiesige Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) eingepflanzt hat, verdankt sie jedoch einer Indiskretion, von der man nicht weiß, ob sie Versehen oder Absicht war: Das LfV Sachsen hat einen Vermerk mit der entscheidenden Zahl – 17 – unaufgefordert dem Ausschuss geschickt, so als gelte es, die Befürchtungen zu nähren, derentwegen dem UA Aktenbestände aus Bundesbehörden gar nicht erst zugestellt werden.

Die Handwerker vom »Verfassungsschutz«

Herausgekommen ist schließlich ein UA, dessen Vorsitzender so zum Vorsitz kam: »Ein paar Leute hatten keine Zeit«.[1] Schreiber agiert dennoch souverän, wenn auch gegen den Trend unter den Ausschussmitgliedern seiner Koalition, die kaum Fragen stellen. Bisweilen verblüffen eher die Antworten: Als Schreiber im Mai 2013 vom sächsischen Innenminister Markus Ulbig (CDU) wissen wollte, welche Rolle das Internet heute für »Rechtsextremisten« spielt, bezeichnete Ulbig das Internet als »sehr bemerkenswert« und las dann mehrere Absätze aus einer früheren Landtagsdrucksache vor, aus der hervorgeht, dass »Extremisten« heutzutage das Internet benutzen.

Der UA hat Experten geladen und zur Einordnung des Phänomens »Rechtsextremismus« unter anderem Uwe Backes angehört; andere Koryphäen der Extremismustheorie hatten abgesagt.[2] Backes sagte, er habe sich »gelegentlich gewundert«, wenn er in Verfassungsschutz-Berichten lesen musste, dass es in Deutschland keinen Rechtsterrorismus gäbe. Er habe sich dann überlegt, »worauf das zurückzuführen sein könnte«. Darauf hat der UA bis jetzt keine Antwort, weiß aber schon mehr zu den Leuten, die solche Schlüsse gezogen haben. Gefragt nach der Personalpolitik des sächsischen LfV sagte Alfred D., der Anfang der 1990er Jahre als »Aufbauhelfer« für

1| Martin Machowecz: Waren da noch Fragen?, in: DIE ZEIT, 05.07.2012, Nr. 28. Schreiber sagte der Zeitung auch, dass er durch den Ausschuss gelernt habe, »dass Rechtsextremisten genauso schlimm sind wie die Linksextremen.« Die hätten ihm einmal Hundekot in den Briefkasten gesteckt.

2| Vgl. AIB # 99 S. 26 und AIB # 51 S. 26



[1]

[1] Gordian Meyer-Plath: Der frühere V-Mann- Führer von Carsten Szczepanski ist seit 1. August 2013 Präsident des Verfassungsschutzes in Sachsen.

den Geheimdienst aus Bayern nach Sachsen kam, dass jeder Auswerter werden konnte, der einfach eine Initiativbewerbung nach Dresden geschickt hat. »Da hat es Tischler gegeben, Handwerker«, »alles Mögliche« eben, solange nur keine frühere Stasi-Mitarbeit bekannt war.

Polizei war nah am »Trio«

Abseits aller Stilblüten ist der UA nach bald 30 Sitzungen in den Mühen der Ebene angelangt und fördert Stück für Stück auch Neues zutage. So war die Zielfahndung des Thüringer Landeskriminalamtes, die nach dem Untertauchen von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe im Januar 1998 die Fahndung führte, oft in Sachsen und hat hiesige Behörden enger eingebunden, als es die Akten verraten. Die Maßnahmen konzentrierten sich insbesondere 1998 bis 2000 auf Chemnitz, wo der NSU zu dieser Zeit tatsächlich untergetaucht war. Telefonüberwachungen und Observationen richteten sich gegen Personen wie die ehemaligen »Blood&Honour«-Größen Jan Werner und Thomas Starke sowie gegen Mandy Struck. Das sind die Leute, bei denen die Ermittlungsbehörden heute davon ausgehen, dass sie den NSU tatsächlich unterstützt haben.

Die damaligen Maßnahmen waren Sache der Polizei, hatten aber einen fragwürdigen Ursprung. Der Thüringer Zielfahnder Sven W. räumte etwa ein, dass er die – wohl gar nicht falschen – Hinweise auf Jan Werner und Thomas Starke von einer »Verfassungsschutz«-Behörde erhalten habe. In den Akten steht nichts zu solchen Spuren und zu der Frage, wer sie gelegt hat. So ist es auch bei Mandy Struck, deren Wohnung im Laufe des Jahres 2000 mehrfach observiert wurde – zeitweise parallel von den VS- und den Landeskriminalämtern in Thüringen und Sachsen. Im Mai 2000 entstand dort, in der Chemnitzer Bernhardstraße, ein Observationsfoto, das Uwe Böhnhardt verblüffend ähnelt. Das BKA hat das damals auch so gesehen.

Unregistrierte Akten

Zu einem Zugriff kam es nie und das berührt einen zentralen Fragekomplex des UA. Es gab ferner, so weit bisher bekannt, nicht einmal den Versuch für ein konzertiertes Vorgehen. Als im Jahr 2003 das Thüringer LKA die Suche einstellte, lautete die These noch immer, das »Trio« sei in Sachsen. Das hat nur niemanden mehr interessiert. Die sächsische Polizei übernahm zuvor keine federführende Rolle und das LfV mit seiner »Operation Terzett« hatte sich schon 2000 wieder aus der Suche herausgezogen.

Der Fall Sachsen zeigt, dass die so genannten »Schnittstellenprobleme« – aktuell ein Vorwand, das BfV massiv aufzuwerten – nicht unbedingt eine Frage föderaler Struktur sind. Hier haperte es nicht an der Kommunikation mit den thüringischen Nachbarn, sondern hier lag zuvorderst der Austausch zwischen den eigenen Behörden brach. Eine Antwort auf die Frage, warum das so ist – oder: warum es gerade in diesem Fall so war – gibt es nicht und die Aussichten, sie noch im UA zu klären, stehen schlecht. Bis zum Frühjahr 2014, wenn der Abschlussbericht entstehen soll, gibt es nicht mehr viele Termine und die für den UA relevanten Themen werden bis dahin nur angeschnitten sein.

Das heißt nicht, dass alles umsonst war. Vielmehr hatte der UA bereits Folgen: Im Juli 2012 hat der damalige sächsische LfV-Präsident Reinhard Boos um Versetzung gebeten, nachdem, so die Mitteilung des Amtes, unregistrierte Akten mit NSU-Bezug »zufällig im Schrank eines Mitarbeiters«, in einem »toten Winkel« gefunden wurden. Ein knappes Jahr später ist das nochmals passiert, diesmal waren Akten – darunter eine zur »Operation Terzett« – im »Altarchiv« des LfV aufgetaucht. Das kostete den bisherigen LfV-Vize, Olaf Vahrenhold, den Job. An der Spitze des Amtes steht nun ein Mann, der sich mit dem Thema NSU auskennt: Gordian Meyer-Plath, früherer »V-Mann-Fahrer« von Carsten Szczepanski, alias V-Mann »Piatto«. ■

Der NSU-Prozess

Zwischenstand aus München

Nach großer Aufregung an den ersten Verhandlungstagen schien das öffentliche Interesse an dem NSU-Prozess über die Sommermonate deutlich nachzulassen. Mittlerweile sind wesentliche Beweiserhebungen für die einzelnen Morde erfolgt. Mit der Vernehmung von Angehörigen der NSU-Mitglieder und zahlreicher Neonazizeugen hat das Interesse der Presse aber wieder stark zugenommen.

Prozessauftakt: Pressepannen und Druck auf die Nebenklage

Über den missglückten Prozessauftakt, die fehlerhafte Auswahl und Zulassung der Pressevertreter_innen sowie das ungeschickte Agieren des Gerichts gegenüber der Öffentlichkeit wurde bereits ausführlich berichtet. Wichtig ist allerdings, dass der vorsitzende Richter mit seinem zum Teil sturen Verhalten von Anfang an deutlich gemacht hat, dass er im Zweifel seine Entscheidungen durchdrückt, auch wenn dies in der Öffentlichkeit auf erhebliche Kritik stößt. Damit hat Richter Götzl ein Bild von sich geschaffen, das er immer wieder erfolgreich einsetzt. Als er beispielsweise unmittelbar nach der Verlesung der Anklageschrift fast beiläufig anmerkte, es käme eine Abtrennung des den Anschlag auf die Kölner Keupstraße betreffenden Anklageteils in Betracht, wenn sich weiterhin neue Nebenkläger_innen melden würden, hatte dies auf einen Teil der Nebenklagevertretung eine stark disziplinierende Wirkung. Allein mit dieser Drohung erreichte Götzl nicht nur, dass sich nur noch sehr wenige weitere Verletzte des Bombenanschlags dem Verfahren anschlossen, sondern auch dass die Nebenklagevertretung zeitweise in die Defensive bzw. unter Rechtfertigungsdruck geriet.

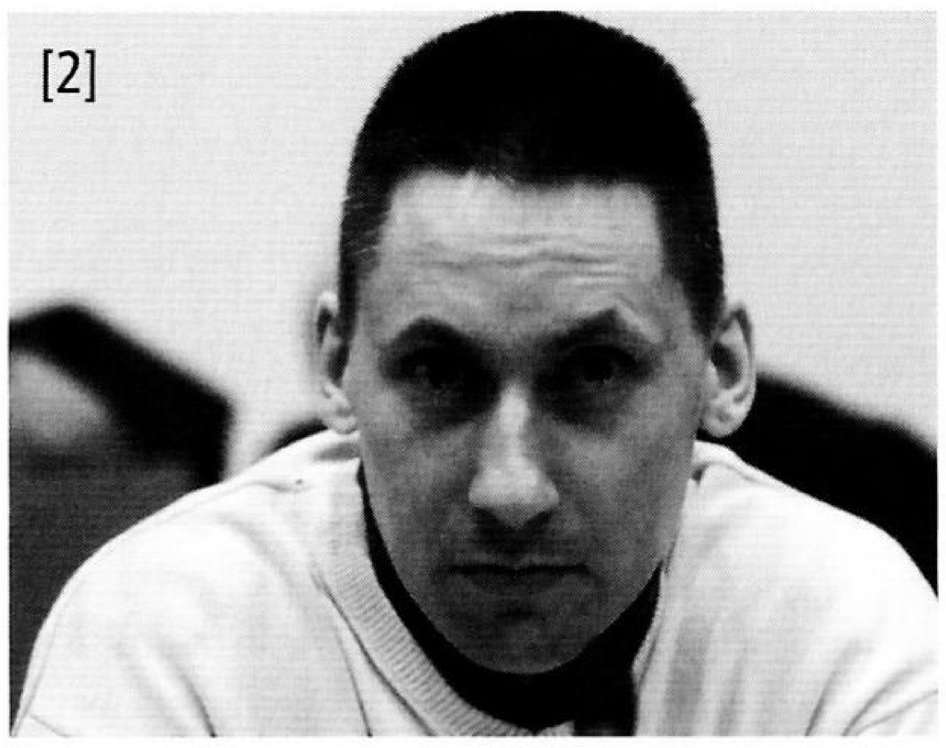
Aussagen der Angeklagten

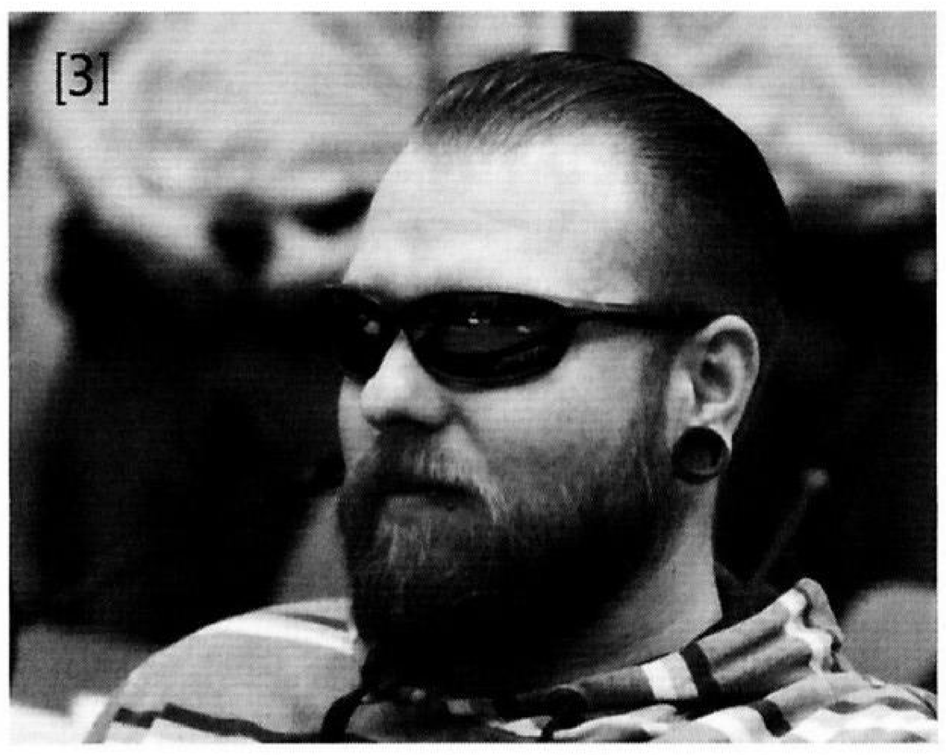
Lediglich die Angeklagten Carsten Schultze und Holger Gerlach haben Angaben zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen gemacht und beide spielten ihre Rolle völlig herunter. Schultze war zum Tatzeitpunkt Heranwachsender. Gegen ihn wird nach einem vorliegenden psychiatrischen Gutachten Jugendrecht angewandt werden. Er hatte bereits frühzeitig Angaben gemacht. Allerdings gab Schultze bei seinen Vernehmungen gegenüber dem BKA und der BAW immer gerade so viel zu, wie man ihm aus anderen Ermittlungen vorhalten konnte. Schultze ist der wichtigste Zeuge für die Tatbeteiligung des Angeklagten Wohlleben. Er hat angegeben, eine Pistole mit Schalldämpfer in dessen Auftrag gekauft und später an das Trio weitergegeben zu haben. Der Ankauf dieser Waffe durch Schultze und Wohlleben wurde gegenüber der Polizei von dem Verkäufer, einem Mitarbeiter eines Neonaziszeneladens angegeben. Schultze konnte diese Ceska bei erstaunlich dilettantisch durchgeführten Wahllichtbildvorlagen nicht identifizieren.

Auch wenn bisher der genaue Weg der Ceska von der Schweiz bis zum Ankauf durch Schultze und Wohlleben noch nicht bewiesen wurde, steht fest, dass ansonsten keine andere Waffe mit Schalldämpfer Verwendung fand. Klar ist, dass Schultze und Wohlleben eine Waffe mit Schalldämpfer weitergeleitet haben, und die ursprünglich in der Schweiz verkaufte Ceska nebst Schalldämpfer wurde im Brandschutt des Hauses in Zwickau gefunden. Eine Verurteilung Schultzes und Wohllebens dürfte damit sicher sein. Weil eine solche Waffe mit Schalldämpfer offensichtlich nicht zum Drohen, sondern für Mordanschläge Verwendung findet, dürfte auch der Vorsatz der beiden feststehen.

Trotz allem bleibt es das Ziel der Verteidigung Schultzes, unter Anwendung der so genannten Kronzeugenregelung möglichst eine Bewährungsstrafe zu erreichen. Dies dürfte nach der bisherigen Beweisaufnahme allerdings sehr schwierig werden, lässt aber die Erwartung zu, dass Schultze im Laufe des Prozesses noch weitere Angaben machen wird. Dass Schultze mehr weiß, als er bislang erzählt hat, wird deutlich, denn er konnte im Prozess nicht nur von einem Telefonat Wohllebens mit einem der beiden Uwes berichten, in dem diesem erzählt wurde, die Abgetauchten hätten jemanden angeschossen, sondern berichtete auch von einem weiteren Sprengstoffanschlag in Nürnberg. Die-











Die Angeklagten im NSU-Prozess vor dem Münchener Oberlandesgericht:

[1] Beate Zschäpe
[2] Ralf Wohlleben
[3] André Eminger
[4] Holger Gerlach
[5] Carsten Schultze

ser Anschlag auf eine kleine Kneipe mittels einer »Taschenlampenbombe« konnte verifiziert werden.

Holger Gerlach hat zugegeben, den »Dreien« Ausweispapiere zur Verfügung gestellt und eine Waffe überbracht zu haben. Allerdings hat er bislang lediglich schriftliche Erklärungen über seine Verteidiger abgeben lassen. Seine Aussage, er habe bei der Unterstützung der drei nicht mit erheblichen Straftaten gerechnet, ist unglaubwürdig. Allerdings braucht ihn die Anklage auch, weil er die Rolle Beate Zschäpes als gleichberechtigtes Mitglied beschrieben hat. Aus diesem Grunde wurde Gerlach während der Vernehmungen im Ermittlungsverfahren offensichtlich mit Samthandschuhen angefasst, sein Schweigen in der Hauptverhandlung verhindert bislang, dass auf ihn größerer Druck ausgeübt wird.

Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben und André Eminger verweigern die Aussage. Eine Verurteilung der drei wird nur auf der Basis von Indizien möglich sein, wobei die Aussagen Schultzes und Gerlachs für die beiden Erstgenannten ausreichen dürften.

Von allergrößter Bedeutung sind die Funde in der Brandruine des Hauses in der Frühlingsstraße in Zwickau. Hier wurde u.a. ein Computer mit dem fertigen Bekennervideo des NSU sowie Vorversionen gefunden, Ausspähnotizen zu den Tatorten der vorgeworfenen Straftaten, zahlreiche Waffen und Sprengstoff, die Handschellen, die der ermordeten Polizistin Kiesewetter und ihrem Kollegen abgenommen wurden, sowie Bekleidung mit Spuren von Tatorten. Es wurde deutlich, dass Beate Zschäpe sich im Alltagsleben zwischen all diesen Beweismitteln bewegt hat und diese gesehen haben muss. Sie hat den Computer benutzt, auf dem das Bekennervideo bearbeitet wurde. Ob sie selbst an dem Machwerk mitgearbeitet hat, muss sich noch herausstellen. Die Beweisaufnahme hat auch ergeben, dass Zschäpe in der Wohnung Feuer gelegt hat. Sie verließ das Haus als der Brand ausbrach und es fanden sich Benzinspuren an ihren Socken. Ihre Rolle als gleichberechtigtes Mitglied der Gruppe dürfte sich so beweisen lassen.

Am unklarsten ist bislang die Beweissituation bezüglich André Eminger. Zwar wurden auf dem Rechner in der Frühlingsstraße Daten gefunden, die ihm zugerechnet werden, bislang stand er aber nicht im Zentrum der Beweisaufnahme. Bis zum Ablauf der Beweisaufnahme dürfte sich dies allerdings noch ändern.

Am bedrückendsten verlief die Beweisaufnahme zu den einzelnen Morden. Schleppend und nur schwer zu ertragen war die Beweisaufnahme zur Todesursache, zur jeweiligen Auffindesituation und zum familiären Umfeld. Deutlich wurde, dass die Morde in praktisch allen Fällen kaltblütige Hinrichtungen waren. Die Mörder betraten die Tatorte und schossen sofort mehrfach auf den Kopf ihrer Opfer. Im übrigen bestätigte sich die Annahme, dass an allen Tatorten die Polizei hauptsächlich gegen das Umfeld der Opfer selbst ermittelte und eine rassistische Tatmotivation mit Nachdruck ausschloss. ■

»Ein Maximum an Aufklärung zu erreichen ...«

Interview mit Rechtsanwalt Alexander Hoffmann

War es schwierig, beim NSU-Verfahren zur Nebenklage zugelassen zu werden?
Ich vertrete eine Frau, die Opfer des Bombenanschlags in der Kölner Keupstraße ist. Für die unmittelbar durch die Nagelbombe verletzten Personen oder die Angehörigen von Ermordeten war die Beiordnung unproblematisch. Meine Mandantin wohnte zwar in unmittelbarer Nähe der Bombenexplosion, wurde aber nicht direkt durch die Bombenexplosion verletzt. Für uns ging es darum, deutlich zu machen, dass die Benutzung einer Nagelbombe, mit der schon aufgrund der Bauart offensichtlich eine möglichst große Anzahl an Menschen schwer verletzt oder getötet werden sollte, einen versuchten Mord auch gegenüber Anwohner_innen darstellt.

Zunächst widersprach die Bundesanwaltschaft dieser Auffassung vehement. Schließlich wurde die Nebenklage für meine Mandantin dann doch zugelassen. Nachfolgend meldeten sich noch weitere Personen als Nebenkläger.

Was waren die Motivationen und Ziele der Nebenklage?
Das Ziel meiner Mandantin ist in erster Linie der Versuch, ein Maximum an Aufklärung der Geschehnisse zu erreichen. Daneben ist es ihr ein besonderes Anliegen, dass die rassistischen Ermittlungsmethoden, die die gesamte Bevölkerung der Kölner Keupstraße in den Jahren 2004 bis 2011 zu erleiden hatte, nicht unter den Teppich gekehrt werden. Geldforderungen stehen für meine Mandantin nicht im Vordergrund. Ich bin allerdings der Meinung, dass für alle Betroffenen eine erhebliche, nicht nur symbolische Geldzahlung von staatlichen Stellen zu erfolgen hat, auch um einen Ausgleich für die offensichtlich auf rassistischen Strukturen und Vorurteilen basierenden und gegen die Opfer gerichteten Ermittlungsmaßnahmen zu schaffen.

Nehmen noch viele Nebenkläger_innen am Verfahren teil?
Es nehmen immer noch alle Nebenklagevertreter_innen an der Hauptverhandlung teil. Die Nebenkläger_innen selbst erscheinen nur soweit sie entweder als Zeugen aussagen oder wichtige Beweiserhebungen erfolgen, die sie interessieren. Manche Nebenkläger_innen erscheinen überhaupt nicht, da sie sich dem Prozess und dem Medienrummel nicht gewachsen fühlen.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Angehörigen?
Die Zusammenarbeit mit den Angehörigen ist naturgemäß schwierig, da diese gleich mehrfach traumatisiert sind. All denjenigen Angehörigen, die sich regelmäßig und engagiert am Prozess beteiligen, kann ich daher nur meinen größten Respekt ausdrücken. Die Konfrontation mit der sehr stark durch Formalien geprägten Hauptverhandlung kann leicht dazu führen, dass sie erneut in eine Rolle gebracht werden, in der sie handlungsunfähig sind. Nicht alle sind bereit, sich auf den sehr aufreibenden und anstrengenden Prozess der Selbstermächtigung als handelnde Subjekte im Prozess einzulassen.

Was war die Motivation, sich gerichtlichen Beistand zu suchen und als Nebenkläger_innen am Verfahren teilzunehmen?
Eine einheitliche Motivation der Nebenkläger_innen gibt es sicher nicht. Für viele war dies aber der erste Schritt heraus aus der ihnen zugewiesenen Opferrolle.

Was haben sich die Angehörigen von dem Verfahren erwartet?
Die Angehörigen erhoffen sich natürlich Aufklärung, Wahrheitsfindung und Gerechtigkeit. Sie suchen nach öffentlicher, staatlicher Anerkennung ihrer Leidensgeschichte. Sie wollen, dass von dem Gericht als anerkannte unabhängige Institution festgestellt wird, dass die Ermordeten keine Schuld an ihrem Schicksal trifft. Sie hoffen aber auch, dass alle Verantwortlichen und nicht nur die fünf Angeklagten zur Verantwortung gezogen werden.

Haben sich ihre Erwartungen erfüllt? Was erscheint nach der bisherigen Prozesserfahrung noch realistisch?

Ein Strafprozess kann die gerade formulierten Hoffnungen und Erwartungen aus seiner Natur heraus nicht erfüllen. Der bisherige Prozessverlauf hat gezeigt, dass die strafprozessmäßige Beweiserhebung mit dem Ziel, die in der Anklageschrift erhobenen Vorwürfe zu beweisen, wenig Spielräume lässt. Der Prozessverlauf hat aber auch gezeigt, dass durchaus Möglichkeiten bestehen, den engen Rahmen zu sprengen. Der ideologische Hintergrund der Mordserie wird nur aufgrund der Initiative der Nebenklage dargelegt. Die Verwicklungen der verschiedenen Inlandsgeheimdienste können nur gegen den erklärten Willen des Gerichts und der Bundesanwaltschaft aufgeklärt werden. Die rassistischen Ermittlungen gegen die Opfer spielen formal für die gegen die Angeklagten erhobenen Tatvorwürfe keine Rolle, jede Frage in diese Richtung muss energisch durchgesetzt werden. Die engagierten Nebenkläger_innen haben erkannt, dass sie ihre Interessen, Wünsche und Hoffnungen nur selbst erkämpfen und durchsetzen können.

Wie hat sich das öffentliche Interesse am NSU Verfahren entwickelt?

Das enorme öffentliche Interesse das die ersten Wochen des Prozesses begleitet hat, ist natürlich abgeflacht. Nach wie vor besteht allerdings eine große Bereitschaft der Medien, über den Prozessverlauf zu berichten. Die Verhandlungsführung hat in den ersten 50 Verhandlungstagen besondere Schwierigkeiten für die Berichterstattung verursacht. Teilweise wurden gleichzeitig zu mehreren Mordfällen parallel Beweise erhoben. Es wurden also beispielsweise an einem Tag Zeugen zu völlig unterschiedlichen Komplexen gehört. Dies hat sowohl die Berichterstattung erschwert als auch ein sehr unübersichtliches Bild des Prozessverlaufs geschaffen. Das hatte teilweise zur Folge, dass die Presseberichterstattung sich isoliert auf einzelne Highlights gestürzt hat. Projekte wie NSU-Watch geben allerdings für Interessierte Gelegenheit, sich intensiv mit der Beweiserhebung zu beschäftigen. Einen Überblick über den Stand der Beweiserhebung muss man sich allerdings schwer erarbeiten.



Konnten die Untersuchungsausschüsse Impulse für das Verfahren geben?

Bislang konnten kaum Materialien aus den Untersuchungsausschüssen in den Prozess eingeführt werden. Die Untersuchungsausschüsse hatten andere Schwerpunkte als der Prozess vor dem Oberlandesgericht München. Ich gehe allerdings davon aus, dass die weitere Beweisaufnahme noch in erheblichem Umfang auf Ergebnisse aus den Untersuchungsausschüssen zurückgreifen wird. Das bedeutet, dass zahlreiche Zeugen, die bereits in den Untersuchungsausschüssen ausgesagt haben, auch in dem Münchner Prozess als Zeugen geladen werden müssen.

Ist Rassismus ein Thema, das im Prozess eine große Rolle spielt?

Rassismus spielt als Tatmotiv bislang eine eher geringe Rolle. Das Bekennervideo des NSU offenbart eindeutig eine rassistische Motivation. Damit ist das Thema Rassismus für das Gericht und die Bundesanwaltschaft mehr oder weniger abgehakt. Für die Nebenklage geht es auch darum, den weit verbreiteten Rassismus im Lebensalltag der TäterInnen aufzuarbeiten. Es geht darum, deutlich zu machen, durch welche Gruppierungen und Organisationen die menschenverachtende Ideologie verbreitet wurde, die die Mordtaten des NSU als logische Konsequenz verursacht hat.

Was wünschst Du Dir von der antifaschistischen Bewegung?

Ich wünsche mir, dass sie dabei hilft weiterhin den öffentlichen Druck aufrecht zu erhalten, den die Nebenkläger_innen brauchen, um ihre Position im Prozess halten zu können. Ich wünsche mir aber vor allem, dass eine breite Diskussion fortgesetzt wird, mit dem Ziel, die Spaltung der Gesellschaft in Deutsche und Nicht-Deutsche, die weniger durch die Mordtaten als durch die staatliche Reaktion, die rassistischen Ermittlungen und die Verweigerung von Hilfe und Beistand für die Opfer des NSU, vorangetrieben wurde, in den Mittelpunkt unserer Aktivitäten zu rücken. Der Kampf um gleiche Rechte für alle und der Kampf gegen institutionellen Rassismus muss ein wichtiger Bestandteil der antifaschistischen Agenda sein. ■

Mehr Informationen unter:
www.nsu-nebenklage.de



[1] Der ausgebrannte PKW von Florian H. auf dem Vorplatz des Cannstatter Wasen.

Foto: www.7aktuell.de/Oskar Eyb

Ein toter Zeuge

Andreas Förster

Es ist der Morgen des 16. September 2013. Am Rande des Stuttgarter Volksfestgeländes Cannstatter Wasen steht ein Auto. Ein junger Mann sitzt darin: Florian H. aus dem 60 Kilometer entfernten Eppingen (Landkreis Heilbronn). Schausteller bauen auf dem Wasen ein Volksfest auf und haben einen guten Blick auf das parkende Fahrzeug.

Einige sehen dann auch, wie plötzlich um 9 Uhr eine Stichflamme auf der Fahrerseite zu sehen ist, dort, wo Florian H. sitzt. Sofort brennt das Auto lichterloh. Nach wenigen Augenblicken gibt es eine Explosion, Teile des Fahrzeugs werden durch die Luft geschleudert. Als die Feuerwehr nach kurzer Zeit eintrifft, gibt es nichts mehr zu retten. Das Auto ist ausgebrannt, darin die verkohlte Leiche von Florian H.

Ein technischer Defekt? Selbstmord? Ein Mordanschlag? Ein Vierteljahr nach dem mysteriösen Geschehen ist die Ermittlungsakte zwar geschlossen, aber ob sich der 21-Jährige tatsächlich auf diese ebenso spektakuläre wie qualvolle Weise das Leben genommen hat, wie es die Polizei meint, bleibt fraglich. Die Familie glaubt nicht an einen Selbstmord aus enttäuschter Liebe, auch weil ein Abschiedsbrief fehlt. Und warum soll H. extra kilometerweit zu dem Volksfestgelände fahren, wo schon am Morgen viele Menschen anzutreffen sind, die seinen Selbstmordversuch vielleicht vereiteln könnten? Auch ist er mit seinem Auto bereits gegen 7 Uhr einer Polizeistreife in der Nähe des späteren Tatortes aufgefallen. War er dort mit jemandem verabredet?

Der Tod von Florian H. hätte wahrscheinlich weniger öffentliche Aufmerksamkeit erregt, wenn es sich bei dem jungen Mann nicht um einen angeblichen Aussteiger aus der Neonazi-Szene in Heilbronn handeln würde. H. befand sich nach LKA-Angaben im Ausstiegsprogramm »Big Rex«. Allerdings hatten die Behörden Hinweise darauf, dass sich der 21-Jährige noch nicht wirklich von der rechten Szene gelöst hatte. Auch wurde H. Ende 2011, Anfang 2012 vom Amtsgericht Heilbronn verurteilt, weil er in der Öffentlichkeit den Hitlergruß gezeigt hatte. Als Strafe sollte er 350 Euro in sieben Monatsraten an einen jüdischen Verein zahlen, geriet damit aber in Verzug.

Um seinen Ausstieg aus der Szene sollte es wohl auch bei der neuerlichen Vernehmung durch das LKA gehen. Schon ein Jahr zuvor hatte er vor den Behörden Angaben über eine angebliche rechte Terrorgruppe im Ländle gemacht, die auch Kontakte zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) unterhalten haben soll. Die Sonderermittlungsgruppe »Umfeld«, die im Frühjahr im Stuttgarter LKA ihre Arbeit aufgenommen hat und mit sogenannten Strukturermittlungen die Neonazi-Szene im Land beleuchten will, wollte H. noch einmal darüber befragen. Die Vernehmung fand jedoch nicht mehr statt – sie war für den Nachmittag des 16. September geplant, an dem H. in seinem Auto verbrannte.

Wenige Wochen nach dem Auffliegen des NSU im November 2011 war bei den baden-württembergischen Behörden ein anonymer Hinweis auf Florian H. eingegangen. H. könnte demnach Kenntnisse über den Mord an der Beamtin Michele Kiesewetter haben. Die 22-jährige Polizistin war am 25. April 2007 mit einem gezielten Kopfschuss am Rande der Heilbronner Theresienwiese regelrecht hingerichtet worden. Die Tat wird dem NSU zugerechnet.

Im Januar 2012 wurde Florian H., der zum Tatzeitpunkt erst 16 Jahre alt war, zum Polizistenmord in Heilbronn befragt. In der Vernehmung bestritt er allerdings, etwas von dem Mordanschlag zu wissen. Dafür gab er jedoch Hinweise auf eine weitere rechtsterroristische Gruppe. Das aber wurde erst kurz vor seinem Tod bekannt – durch den Anfang September veröffentlichten Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag.

In diesem Bericht gibt der Ausschuss einen Ermittlungsreport des LKA in Stuttgart vom 30. März 2012 wieder. Danach habe H. in seiner Vernehmung im Januar 2012 davon gesprochen, dass es in Baden-Württemberg eine Gruppe namens »Neoschutzstaffel« (NSS) gebe. Diese sei von H. als »zweite radikalste Gruppe« neben dem NSU bezeichnet worden. Den Aussagen des Zeugen zufolge hätten sich auch Aktivisten beider Gruppierungen einmal in Öhringen getroffen, das etwa 25 Kilometer östlich von Heilbronn liegt. Wann dieses Treffen stattgefunden haben soll, wusste H. jedoch nicht. Auch das LKA konnte offenbar nichts Näheres in Erfahrung bringen. Laut dem Ermittlungsbericht konnten die Angaben des Zeugen »nicht verifiziert« werden.

Ob H.s Tod mit seiner neuerlichen Vorladung durch das LKA zu tun haben könnte, bleibt Spekulation. Gleichwohl ist eine mögliche Verbindung zwischen baden-württembergischen Neonazis und dem NSU nicht weit hergeholt.[1] Während ihres Lebens im Untergrund unterhielten Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe über Jahre hinweg persönliche Verbindungen in die Region um Heilbronn und Ludwigsburg. Auch weilten sie dort wiederholt zu Besuchen bei Gesinnungsfreunden.

Fotos und Unterlagen, die im Brandschutt des NSU-Unterschlupfs in der Zwickauer Frühlingsstraße gefunden wurden, lassen den Schluss zu, dass es seit Anfang der 1990er Jahre bis mindestens 2004 persönliche Kontakte des Trios in den Raum Stuttgart/ Heilbronn/ Ludwigsburg/ Öhringen gegeben hat. So gibt es ein Foto, das Beate Zschäpe während ihrer Untergrundzeit in Ludwigsburg zeigt. In Zwickau wurden auch Stadtpläne von Heilbronn, Stuttgart und Ludwigsburg gefunden, die erst 2003 hergestellt worden waren. Auch auf der Adressliste, die die Polizei nach dem Untertauchen des Trios im Januar 1998 in der Bombenwerkstatt sicherstellte, waren mehrere Kontaktpersonen aus Baden-Württemberg aufgelistet. Hinzu kommt, dass auch eine ganze Reihe sächsischer und thüringer Neonazis aus dem Umfeld des Trios zeitweise im Ländle lebten.

Eine Kontaktperson von der Adressliste des Trios war der am 30. März 2003 im Alter von 28 Jahren verstorbene Michael Ellinger aus Ludwigsburg. Ellinger war Anfang der 1990er Jahre Mitbegründer der berüchtigten Neonazi-Band »Kettenhund« und galt bei den Sicherheitsbehörden als Aktivposten der rechten Szene in Ludwigsburg. Dort soll er auch einen Partykeller betrieben haben. Angeblich zeigen einige Fotos von Saufgelagen in diesem Keller auch Zschäpe und Mundlos, die Ellinger schon in den 1990er Jahren auf Konzerten in Sachsen kennengelernt hatten. Mundlos selbst hatte in einem Brief nach einem Besuch in Ludwigsburg von der Bewaffnung der Szene geschwärmt: »Wir waren vor allem über die Waffen, die sie haben, erstaunt – fast schon ein kleiner Waffenladen«, schrieb Mundlos Mitte der 1990er Jahre.

Die möglichen Verbindungen des Trios nach Baden-Württemberg sind von dem dortigen Landesamt für Verfassungsschutz angeblich nie wahrgenommen worden. Dabei zählte die Blood&Honour-Sektion in Baden-Württemberg neben Sachsen und Berlin zu den drei stärksten in Deutschland. Insbesondere gab es eine enge Vernetzung mit den sächsischen B&H-Aktivisten, von denen gleich mehrere dem Unterstützerumfeld des NSU zugerechnet werden.

Immerhin hat die Ermittlungsgruppe »Umfeld« des Stuttgarter LKA inzwischen herausgefunden, dass das Trio mindestens 31 Kontakte nach Baden-Württemberg unterhalten haben soll. Landesinnenminister Reinhold Gall wollte dann auch in einer Stellungnahme vom 30. Juli 2013 nicht ausschließen, dass das Trio zeitweise in seinem Bundesland Unterschlupf gefunden hatte. Gleichwohl gehen die Behörden dort bislang davon aus, dass es kein Unterstützernetzwerk für den NSU in Baden-Württemberg gegeben hat. ■

1| Siehe AIB 98: »Die Achse Chemnitz-Ludwigsburg«.

Der »Brandstifter-Effekt« des Verfassungsschutzes

Im November 2012 veröffentlichte die Zeitschrift »Der Spiegel« unter dem Titel »Der Brandstifter-Effekt« Informationen über ein Positionspapier des Bundeskriminalamtes (BKA) von 1997.[1] Das BKA erhob damals wegen des Einsatzes von Spitzeln in der Neonazi-Szene schwere Vorwürfe gegen den Verfassungsschutz. Die in dem BKA-Papier und dem Spiegel-Artikel aufgeworfene Frage »Haben die vielen V-Leute die rechtsextreme Szene erst stark gemacht?« dürften regelmäßige Leser_innen des AIB seit einigen Jahren mit »Ja« beantworten können. Der Grundtenor des BKA-Textes überrascht daher weniger wegen seines Inhaltes, sondern vielmehr wegen seiner Autoren. Dass die BKA-Thesen im Zuge der NSU-»Aufklärung« und des offensichtlichen Geheimdienstversagens während der rassistischen NSU-Mordserie öffentlich thematisiert wurden, kam offenbar ungelegen. Im Sommer 2013 beanstandete das Bundesinnenministerium (BMI) deswegen sogar den offiziellen Abschlussbericht des Bundestags-NSU-Untersuchungsausschusses. Das BMI forderte in einem Schreiben an den Ausschuss u.a. die Streichung einer mehrseitigen Passage über das BKA-Positionspapier. Es seien »äußerst sensible Belange des Bundeswohls« betroffen, die so nicht an die Öffentlichkeit dürften. Grund genug, das BKA-Papier auch im AIB noch mal zu beleuchten.



[1] Der Neonazi und VS-Spitzel Tino Brandt bei einem Heß-Aktionstag 1997 in Braunschweig.

Das BKA Papier

In ihrem Papier hielten die BKA-Beamten zehn brisante Thesen fest, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

These 1: Es bestehe »die Gefahr, dass Quellen des Verfassungsschutzes (VS) sich gegenseitig zu größeren Aktionen anstacheln« (»Brandstifter-Effekt«).

These 2: Aus »Quellenschutzgründen« würden Informationen des VS an die Polizei »erst so spät weitergeleitet«, dass Neonazi-Aktionen »nicht mehr verhindert werden können«.

These 3: Es bestehe der Verdacht, dass Wissen über Überwachungstechniken vom VS an seine Quellen »vermittelt« und »durch die Quellen innerhalb der gesamten Szene verbreitet« werde.

These 4: Der VS finanziere vielen seiner Quellen die Telekommunikationstechnik, die Telefonkosten und Reisen. Dadurch könnten sich die Neonazis besser vernetzen.

These 5: Die Exekutive sei über die V-Leute und ihre Aktivitäten in der Regel nicht informiert.

These 6: Wenn der VS über Durchsuchungen informiert werde, würden »die Quellen oft vorher gewarnt«. Diese würden die Warnung an »gute Kameraden« weitergeben. Es bestehe »die Gefahr, dass Beweismittel vor Eintreffen der Exekutive vernichtet werden« würden.

These 7: Wenn der VS über Ermittlungsverfahren informiert werde, bestehe die Gefahr, dass durch das Zurückziehen der VS-Quellen »Ermittlungs- und Beweisansätze vernichtet« werden würden.

These 8: Der VS versuche, enttarnte Quellen durch Leugnen oder Verschleiern weiter zu schützen.

These 9: VS-Quellen, die »als Straftäter festgestellt wurden«, würden oft »weder angeklagt noch verurteilt«.

These 10.: Die »Mehrzahl der Quellen« seien »überzeugte Rechtsextremisten«, die glaubten, »unter dem Schutz des VS im Sinne ihrer Ideologie ungestraft handeln zu können und die Exekutive nicht ernst nehmen zu müssen«.

In ihrer Analyse benannten die BKA-Polizisten neun Neonazis als vermeintliche VS-Quellen und schilderten, wie sie als Organisatoren oder Führungsfiguren von Neonazi-Aktionen aufgetreten seien. So hätte zum Beispiel die Koordination der neonazistischen Rudolf-Heß-Aktionswochen 1994 auch in den Händen von mindestens fünf VS-Spitzeln gelegen: Norbert Weidner, André Zimmermann, Kai Dalek, Michael Petri und Michael B. Erstaunlicherweise wurde das Ermitt-



[1] Der Neonazi und VS-Spitzel Norbert Weidner (mit erhobenem Arm) bei einem Heß-Aktionstag 1994 in Luxembourg-Stadt.

lungsverfahren gegen die MacherInnen der Anti-Antifa-Broschüre »Der Einblick – Die nationale Widerstandszeitschrift gegen zunehmenden Rotfront- und Anarchoterror« in diesem Zusammenhang nicht vom BKA angeführt. Als der Generalbundesanwalt 1993 wegen dieser Publikation gegen acht namentlich bekannte Neonazis wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelte, waren mit Kai Dalek und Michael Petri scheinbar auch zwei VS-Quellen unter den zeitweilig Beschuldigten.

Norbert Weidner

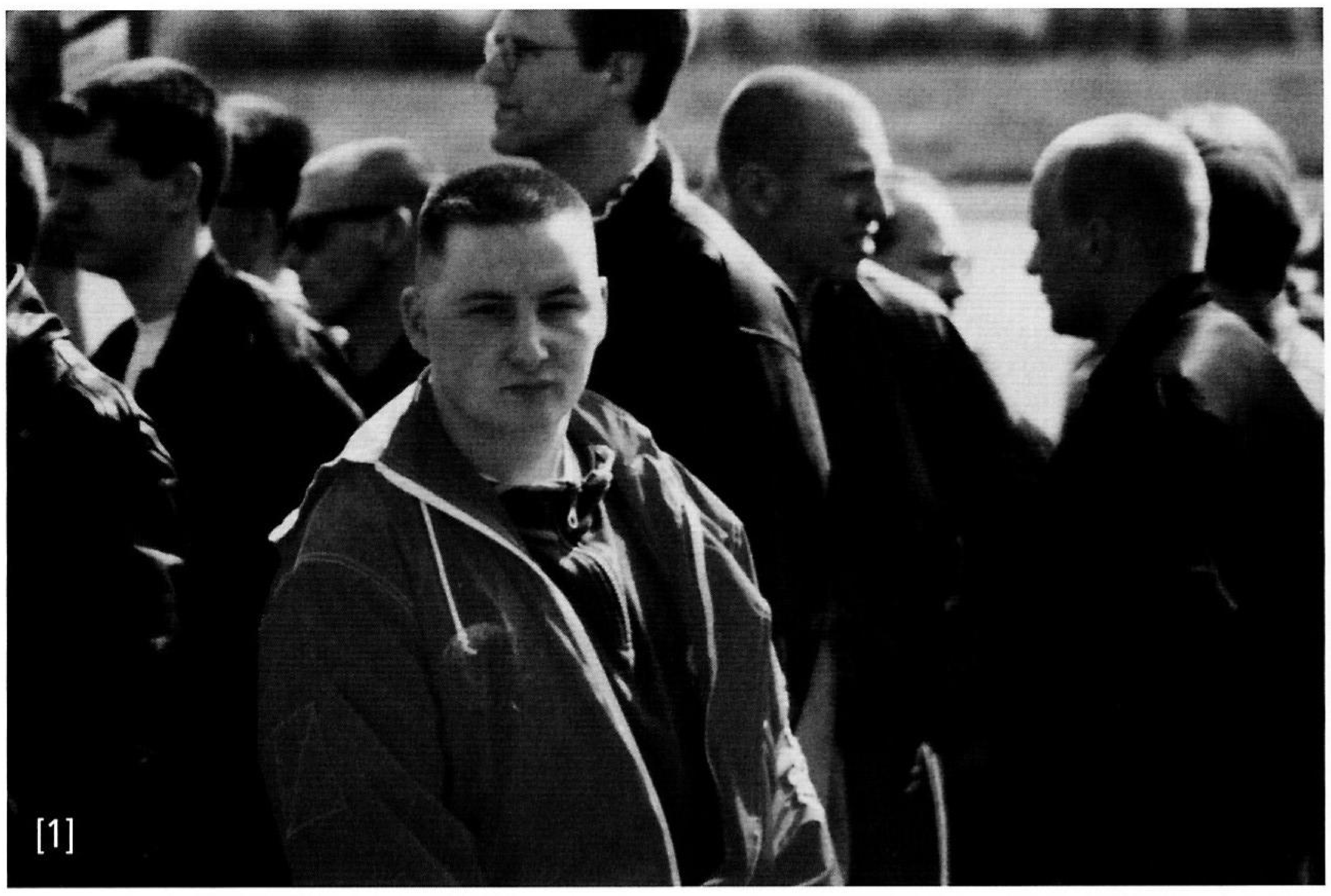
Norbert Weidner dürfte einigen älteren Antifaschist_innen noch durch ein Fernsehinterview im Zusammenhang mit dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992 bekannt sein. Der Aktivist aus dem damaligen Führungszirkel der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) fiel dem BKA mehrfach als Organisator von Neonazi-Aktionen auf. Im Februar 1994 mobilisierte er demnach zu einem konspirativen Treffen für einen FAP-Sonderparteitag, im November 1994 sei er als Veranstaltungsleiter eines FAP-Sonderparteitages in Friesenhagen aufgetreten und im Februar 1995 hätte er zu einer Aktion anlässlich eines Gerichtsprozeßes gegen »Die Bewegung« in Stuttgart mobilisiert. Die Polizei wurde scheinbar über diese Neonazi-Aktionen nicht rechtzeitig informiert. Vor dem Verbot der FAP im Februar 1995 sei Norbert Weidner sogar gewarnt worden und habe belastendes Material vernichten können. Auch als gegen Weidner in einem Verfahren gegen Gerhard Lauck von der amerikanischen NSDAP/AO ermittelt worden war, schien einiges schief gelaufen zu sein. Es habe ihn gewundert, »wie gut sein Sohn über polizeiliche und justizielle Maßnahmen informiert gewesen sei«, gab der Vater Weidners bei einer Vernehmung zu Protokoll. Der Bezug zu Gerhard Lauck schien nicht die einzige internationale Verbindung von Weidner gewesen zu sein. Laut einem internen Bericht deutscher Sicherheitsbehörden soll dieser auch Kontakt zu Neonazis in England gehabt haben. Für die Terrorgruppe »Combat 18« (C 18) unter Will Browning und die British National Party (BNP) unter Nick Griffin war er als ein »Kontakt nach DEU« aufgeführt. Weidner zog sich einige Jahre später aus der Neonazi-Szene zurück[2], um später wieder als Pressesprecher der »Deutschen Burschenschaft« an die Öffentlichkeit zu treten.[3]

Stephan W.

Stephan W. wurde ebenso wie Norbert Weidner in den 1990er Jahren von antifaschistischen Fachautor_innen als Aktivist der »Initiative Gesamtdeutschland« aus Bonn benannt[4]. Scheinbar genoss auch er die Vorzüge der Tätigkeit als VS-Spitzel: Seine Wohnung sollte im März 1995 vom BKA bei einer bundesweiten Razzia gegen Neonazis durchsucht werden. Aufgrund eines Tipps konnte er sich aber rechtzeitig nach Griechenland absetzen. Ein Jahr später fiel er dem BKA erneut auf, als er unter dem Namen »Hagen Kreutz« zu einer Großaktion anlässlich des Geburtstages von Adolf Hitler am 20. April nach Bonn mobilisierte. Für damalige Verhältnisse auffällig: Er soll für diese Aktion rund 15 Neonazis per Mobiltelefon koordiniert und sie auf Observationsfahrzeuge der Polizei hingewiesen haben. Als er wegen der Aktion schließlich doch noch von der Polizei vernommen wurde, rief der VS-Spitzel

➔

1| Vgl. DER SPIEGEL 45/2012: »Der Brandstifter-Effekt«.
2| Vgl. AIB Nr. 41: »Familie gründen, Techno hören – und das war's? Einige Eckpunkte zum Umgang mit Neonazi-Aussteigern.«
3| Vgl. AIB Nr. 73: »Die Deutsche Burschenschaft« und das Urteil des Landgericht Bonn: Az. 9 O 213/12
4| Vgl. Drahtzieher im braunen Netz, Konkret Literatur Verlag, 1996. Seite 191 f.
5| Vgl. www.aida-archiv.de: »NSU in Bayern (Teil 1)«
6| Das Verfahren wurde Ende 1997 von der Staatsanwaltschaft Gera eingestellt.
7| Vgl. www.aida-archiv.de: »NSU in Bayern (Teil 1)«
8| Beantragt wurde die Feststellung der Verfassungswidrigkeit durch das Bundesverfassungsgericht als Rechtsgrundlage zur Einleitung eines Verbotsverfahrens. In der Öffentlichkeit wurde dieser Vorgang als »NPD-Verbotsverfahren« bezeichnet.
9| Vgl. AIB Nr. 55: »Ein Diener wird geopfert« und AIB Nr. 59: »Niemand sprach über die Inhalte...«



[1]

➔

nach BKA-Angaben statt eines Anwaltes seinen VS-Quellenführer an und beschwerte sich bei ihm, »nicht vorher gewarnt worden zu sein«, dass das BKA ihn überwache. Der VS-Beamte soll per Telefon »massiv auf das Aussageverhalten« seiner Quelle eingewirkt haben. Laut einem internen Bericht deutscher Sicherheitsbehörden soll Stephan W. 1998 als Mitveranstalter für eine geplante Europatournee des englischen Holocaust-Leugners David Irving aufgefallen sein. Zeitweilig soll er demnach auch eine Vertrauensperson des Holocaust-Leugners Ernst Zündel (Kanada) gewesen sein. Besonders brisant am Fall Stephan W.: Der VS-Spitzel Peter Sch. soll ihn verdächtigt haben, in Briefbombenanschläge in Österreich involviert gewesen zu sein.

[1] Der Neonazi und VS-Spitzel André Zimmermann bei einer NPD-Demonstration am 1. Mai 1996 in Berlin.

[2] Der Neonazi und VS-Spitzel Kai Dalek (2.v.r.) mit Fotokamera und Ordnerbinde bei einer Neonazidemonstration 1991 in Dresden.

André Zimmermann

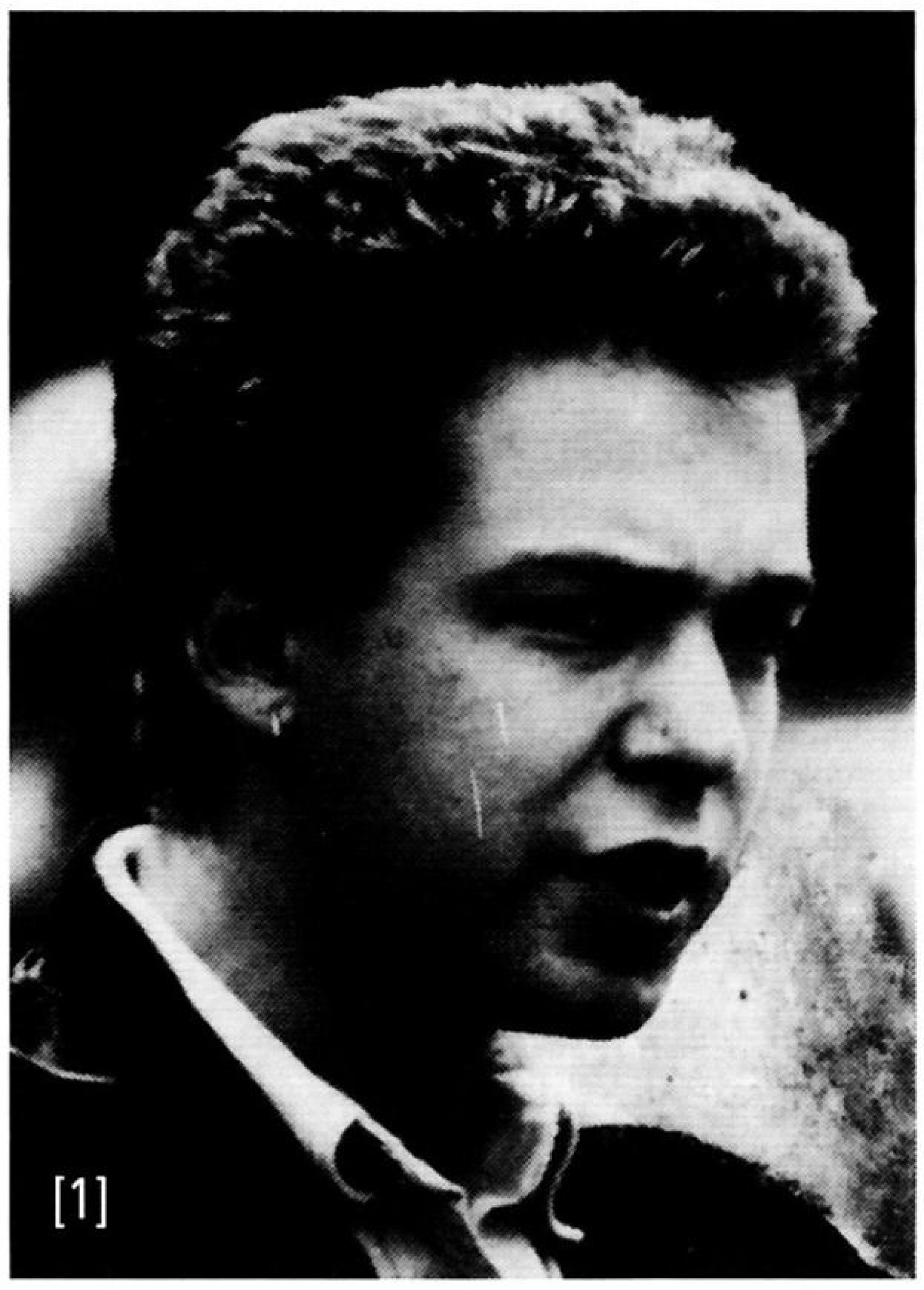
Die Verfassungsschützer hatten laut dem BKA-Papier auch André Zimmermann (»Lutscher«) von der Neonazigruppe »Sauerländer Aktionsfront« (SAF) als Quelle angeworben. Bevor er Ende 1997 bei einem Autounfall starb, galt er als ein führender Aktivist der damaligen Neonazi-Szene. Als die Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen Zimmermann einleitete, landete diese Information offenbar direkt bei ihm. Seitdem hätten »keine relevanten Gespräche« mehr am Telefon abgehört werden können. Laut BKA-Beobachtungen war André Zimmermann zusammen mit der VS-Quelle Kai Dalek in die Organisation des »Rudolf-Heß-Aktionstags« am 17. August 1996 eingebunden. Es wurde vom BKA festgestellt, dass die Aktivitäten der Quellen »weit über eine passive Rolle hinausgingen«. Zimmermann sei immerhin zum Pressesprecher des »Rudolf-Heß-Aktionskomitee« ernannt worden. Mit Dalek soll er auch im Bereich »Feindaufklärung« zusammengearbeitet haben. Im September 1996 beantragte die Bundesanwaltschaft deswegen Durchsuchungsbeschlüsse u.a. gegen die beiden VS-Spitzel. Sie sollen eine Art »Einblick 2« Broschüre geplant haben[5].

Kai Dalek

Kai Dalek geriet bereits Mitte der 1990er Jahre im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die MacherInnen der Anti-Antifa-Broschüre Einblick in den Fokus der Sicherheitsbehörden. Er soll sich demnach im Mai 1992 per Brief dem mitbeschuldigten Neonazi Stephane C. angeboten haben, eine Anti-Antifa-Publikation auf »nationaler Basis« zu layouten. Einige Jahre später habe er dann nach BKA-Erkenntnissen ein Flugblatt und Propaganda-Aufkleber für die Rudolf-Heß-Aktionen 1996 entworfen und vertrieben. Laut BKA habe Kai Dalek auch an internen Vorbereitungstreffen teilgenommen und hätte entsprechende Rundschreiben an Neonazi-Kader verschickt. Die Rudolf-Heß-Aktionen wurden damals höchst konspirativ geplant, um Antifaschist_innen und der Polizei auszuweichen. Zu der von den zwei VS-Spitzeln mitorganisierten Rudolf-Heß-Aktion 1996 im rheinland-pfälzischen Worms wurden auch die späteren NSU-Mitglieder Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe sowie der NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben mobilisiert. Nachdem Kai Dalek



[2]



[1]

[1] Der Neonazi und VS-Spitzel Michael Petri war Bundesvorsitzender der Neonazigruppe »Deutsche Nationalisten«.

am Heß-Aktionstag an der luxemburgisch-deutschen Grenze von der Polizei festgenommen worden war, soll er ein Gespräch mit einem Beamten des Staatsschutzes verlangt haben, um »eine wichtige Mitteilung« zu machen. Wenn er nicht aus der Haft entlassen werden würde, könne er bezüglich der Rudolf-Heß-Veranstaltung für nichts mehr garantieren, soll er erklärt haben. »Es könne auch zu Anschlägen kommen. Nur im Falle seiner Freilassung könne er deeskalierend eingreifen«, zitierte das BKA-Papier. Dalek schien damals über gute Verbindungen zum frühen politischen Entstehungsmilieu des NSU verfügt zu haben. Als 1995 vom thüringischen LKA gegen den Thüringer Heimatschutz (THS) wegen des Verdachts der »Bildung einer kriminellen Vereinigung« ermittelt wurde, zählte auch er zu den Tatverdächtigen[6]. Mit Tino Brandt und Kai Dalek waren mindestens zwei der zwölf Beschuldigten Spitzel der Geheimdienste. Kai Dalek (»Undertaker/Kraftwerk.BBS«) und Tino Brandt (»Till Eulenspiegel«) waren auch über das damalige Neonazi-Computer-Netzwerk »Thule Netz« miteinander vernetzt. Mit Dalek hatte der VS offenbar eine Quelle mit Kontakten zum späteren NSU-Milieu geführt. In einem Telefonverzeichnis von Uwe Mundlos fanden Ermittler auch seine Telefonnummer. Im September 1996 beantragte die Bundesanwaltschaft Durchsuchungsbeschlüsse u.a. gegen Zimmermann und Dalek. Sie sollen eine Broschüre mit Privatadressen und Telefonnummern von Politiker_innen, Jurist_innen und Polizist_innen geplant haben[7]. Kai Daleks weiterer Werdegang führte über sein Sicherheitsunternehmen »SECUGUARDS No Limits!« in Weißenbrunn bei Kronach nach Nürnberg. Hier soll er wieder als Spitzel tätig geworden sein, dieses mal allerdings im sogenannten Rotlicht-Milieu.

Michael Petri

Der frühere Bundesvorsitzende der Neonazigruppe »Deutsche Nationalisten«, Michael Petri, war scheinbar gut mit anderen VS-Quellen in der Neonazi-Szene vernetzt. So soll er laut BKA-Angaben zusammen mit den VS-Quellen Norbert Weidner, André Zimmermann und Kai Dalek an der Organisation der Rudolf-Heß-Aktionswochen 1994 beteiligt gewesen sein. 1993 war er zeitweilig zusammen mit der VS-Quelle Kai Dalek beschuldigt, an der Erstellung der Anti-Antifa-Publikation Einblick beteiligt gewesen zu sein. Über das »Nationale Info Telefon« in Mainz war 1993 dazu aufgerufen worden, Informationen über »Zecken« zu sammeln und diese unter dem Stichwort »Arbeitskreis Anti-Antifa« an ein Postfach von Michael Petri zu senden. Obwohl er eigentlich »mittellos« war, konnte Petri laut BKA-Angaben Reisen zu internationalen Neonazi-Kontakten durchführen. 1994 soll er mit der VS-Quelle Michael B. zu Gerhard Lauck in die USA und zu dem Holocaust-Leugner Ernst Zündel nach Kanada geflogen sein. 1995 folgte nach BKA-Informationen eine Reise mit seiner damaligen Freundin Melanie D. nach Dänemark, wo Gerhard Lauck verhaftet worden war.

Schlimmer geht's immer

Bereits im Jahr 2003 waren die deutschen Geheimdienste und ihre Spitzel in den Führungskreisen des deutschen Neonazismus das große Thema in Medien und Politik. Die damalige Bundesregierung war wegen des unkontrollierten Einsatzes von Spitzeln in der NPD-Führungsebene mit dem sogenannten NPD-Verbotsverfahren[8] vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Drei der sieben mitwirkenden RichterInnen äußerten massive rechtsstaatliche Bedenken an der Arbeit der Verfassungsschutzbehörden und stellten »ein nicht behebbares Verfahrenshindernis« fest. Ihrer Meinung nach würde die »staatliche Präsenz auf der Führungsebene einer Partei Einflussnahmen auf deren Willensbildung und Tätigkeit unvermeidbar [machen]«[9]. Wer damals dachte, schlimmer kann es für die Neonazi-V-Mann-Praxis der Geheimdienste nicht mehr kommen, wurde eines besseren belehrt. Die hier bekannt gewordenen Beispiele zeigen erneut, dass die Zusammenarbeit von Neonazis und Verfassungsschutz offenbar keinerlei Grenzen und Maßstäbe kennt. Wenn sich sogar das BKA gezwungen sah, auf höchster Ebene Alarm zu schlagen, muss es von einer erheblichen Gefahr für die innere Sicherheit durch VS-Spitzel ausgegangen sein. Offenbar entschieden sich die relevanten Entscheidungsträger damals trotzdem dazu, den Verfassungsschutz und seine Quellen wie gehabt weiter machen zu lassen. Das Ergebnis ist mittlerweile bekannt: Aus der von VS-Spitzeln durchsetzten und geführten Neonazi-Szene der 1990er Jahre radikalisierte sich der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) und führte über Jahre rassistische Morde durch. Der Verfassungsschutz konnte oder wollte die Täter trotz diverser Spitzel im NSU-UnterstützerInnen-Umfeld nicht stoppen. Eine ernsthafte Konsequenz ist für die deutschen Geheimdienste trotzdem nicht zu erwarten. ■

Mehr Schein als Sein – Casa Pound Phantasien in Pirna

Seit dem 11. Oktober 2013 gibt es in Pirna eine neue Neonaziimmobilie. Das so genannte »Haus Montag« wurde von dem Osloer Neonazi Eirik Ragnar Solheim gekauft, welcher es der lokalen Neonaziszene zur Verfügung stellt. Das »Haus Montag« hat sich dem italienischen Casa-Pound-Konzept verschrieben und wirbt in seinem Internetauftritt mit dem »Geist der ungarischen Revolution von 1956«. Ein auf den ersten Blick sowohl inhaltlich als auch personell skurril erscheinender Mix. Tatsächlich sind aber die personellen Verbindungen schnell abbildbar und Casa Pound-Anlehnungen als bloße Gedankenspiele und Alleingänge einzuschätzen. Schlussendlich ist es – ärgerlich genug – schlicht eine weitere Neonaziimmobilie nach bekanntem Muster.

Die Kleinstadt Pirna sowie die gesamte Region Sächsische Schweiz ist eine der Hochburgen der NPD. Zur Bundestagswahl erzielte die Partei mit 5,1 Prozent im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge bundesweit ihr bestes Ergebnis. Die Opferberatung Sachsen verzeichnete in diesem Jahr bereits 15 Gewalttaten mit rechter Motivation im Landkreis. Nun haben die Neonazis auch ein eigenes Haus, welches direkt an einer Hauptstraße in Pirna liegt. Das Objekt beherbergt offiziell die neue Kreisgeschäftsstelle der »NPD Sächsische Schweiz-Osterzgebirge« sowie das Bürgerbüro des NPD-Landtagsabgeordneten Johannes Müller.

Hinter dem Projekt »Haus Montag« steht in erster Linie der neue NPD-Kreisvorsitzende Thomas Sattelberg. Sein Weg führte ihn von der Jugendorganisation der DSU[2] über die Wiking-Jugend zur Kameradschaft »Skinheads Sächsische Schweiz« (SSS), deren Kopf er war. Außerdem war er Sänger der Rechtsrockband »14 Nothelfer«. 2001 wurde die SSS verboten und wenig später standen die Mitglieder wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung vor dem Dresdner Landgericht. Thomas Sattelberg wurde 2003 als Rädelsführer zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Wegen Fortführung der verbotenen Organisation verurteilte ihn das Gericht 2006 zu einer achtmonatigen Freiheitsstrafe.

Angesichts der seit langem bestehenden Verbindungen bzw. Überschneidungen der lokalen NPD zu rechten Gewalttätern verwundert es auch nicht, dass sich diese das Objekt von einem militanten Rechten aus Norwegen zur Verfügung stellen lässt. Eirik Ragnar Solheim war in den 1990er Jahren Anführer der militanten Neonaziorganisation »Viking« in Oslo und wurde bereits wegen Bedrohung mit Waffen verurteilt. Er wohnt in der Nähe von Oslo und versucht sich dort als Aussteiger zu präsentieren.

Ob der Kontakt über das ehemalige SSS-Mitglied Thomas Rackow, der seit einiger Zeit in Norwegen lebt, entstand, ist nicht bekannt, liegt aber nahe. So trat Rackow in Norwegen als Redner auf und auch Solheim hielt mindestens einen Vortrag in Deutschland. Im Dezember 2010 referierte er in der Sächsischen Schweiz beim 2. Jugendseminar des »Bildungswerk für Heimat und nationale Identität« zum Thema »Positive Propaganda aus Sicht der Psychologie – Modelle für die national-identitären Bewegungen Europas«.

Ein weiterer Aktivist des NPD-Hauses ist Markus Großmann. Er gehörte lange zu den Führungsköpfen Hallenser Neonazis und wird dem Umfeld des »Selbstschutz Sachsen-Anhalt« (SS-SA) zugerechnet. Heute lebt Großmann bei Pirna und verdient sein Geld unter anderem im Eventbereich »Mittelalter«. Dazu hatte er bis zum vergangenen Jahr einen Internethandel zum Verkauf von Utensilien wie Schwertern oder Lederbeuteln betrieben. Desweiteren bietet er mit der Mittelaltertruppe »manus ad ferrum«, der weitere NPD-Mitglieder aus der Sächsischen Schweiz angehören, seine Dienste an. Die Gruppe tritt nicht nur auf Mittelalterfesten auf, sondern organisiert diese auch gleich selbst.[1]

Die Betreiber des »Haus Montag« bieten also ein breites Spektrum der lokalen und überregionalen Neonaziszene. Die inhaltliche Ausrichtung des Objektes erscheint ziellos. Einerseits beherbergt das Gebäude als NPD-Immobilie deren Strukturen. Andererseits wird mit der Namensgebung und dem Internetauftritt der Eindruck eines Projektes erweckt, das parallel zur NPD agiert und an die Idee des Casa Pound angelehnt ist. Dass nun gerade

1| Weiterführend dazu: K2. Kulturkiste: Ritterliche Nazis. Erschienen 28.10.2012 unter: http://k2kulturkiste.blogsport.de/2012/10/28/ritterliche-nazis/. Im Anschluss an diesen Artikel wurde der Internethandel von Großmann eingestellt.

2| Die Deutsche Soziale Union ist eine rechte Kleinpartei. In der Wendezeit 1989/1990 war sie als Teil des Wahlbündnisses Allianz für Deutschland an der letzten DDR-Regierung beteiligt.

Neonazis in der Sächsischen Schweiz versuchen, sich Casa Pound auf die Fahnen zu schreiben, ist angesichts des regen Austauschs mit italienischen Faschisten nicht verwunderlich. So besuchten Vertreter der sächsischen Jungen Nationaldemokraten mehrfach das Vorbild in Rom. Der Pirnaer NPD-Stadtrat Olaf Rose referierte im Mai 2013 in Florenz im Rahmen einer Casa Pound Tagung zur Bombardierung Dresdens.

Die gewollte Verknüpfung zum Casa Pound der italienischen Faschisten bleibt jedoch bruchstückhaft. Das Konzept geht nicht nur von anderen Rahmenbedingungen aus, sondern hat auch eine andere Zielrichtung, als sie derzeit in Pirna zu beobachten ist. So zog es die seit circa 10 Jahren bestehende Casa-Pound-Bewegung bewusst in migrantisch geprägte Viertel und besetzte dort Häuser. Zudem stand hinter den Projekten der Versuch, Zentren für RechtsRock zu erschließen und mit eigenen Listen bei Wahlen anzutreten. Casa Pound verbindet die Vorlage der Neuen Rechten, den »Kulturkampf von Rechts« mit einer breit gefächerten Form von Aktivitäten und Beteiligungsmöglichkeiten. Ob Hausbesetzungen, Konzerte oder Freizeit-, Sport- und Kulturangebote, die Bewegung hat es in Italien geschafft, sich in der Breite aufzustellen.

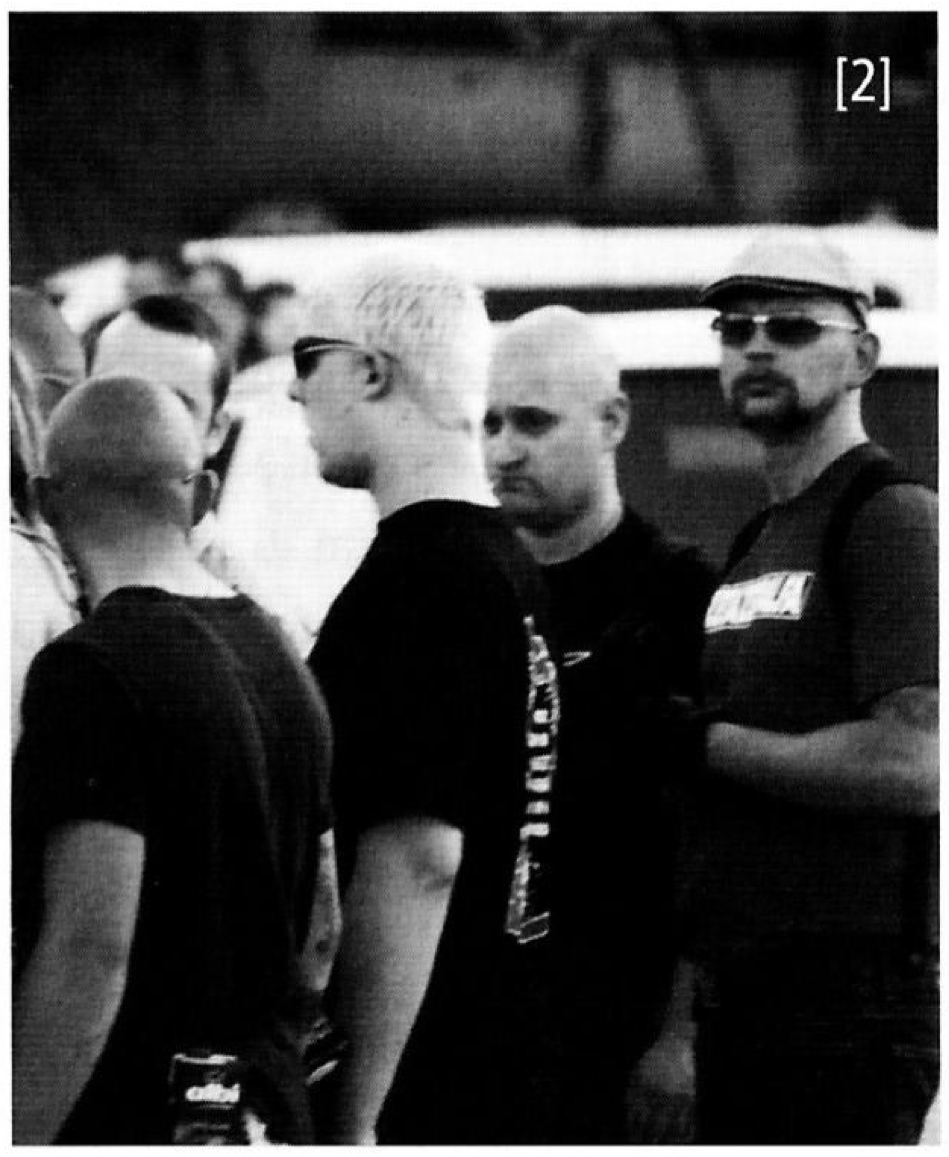
Im Gegensatz dazu steht das Projekt in Pirna. Die Region besitzt bekanntermaßen einen geringen Anteil an Migrant_innen. Die Immobilie wurde gekauft, nicht besetzt, und ordnungsgemäß mit Bauanträgen bei der Stadt Pirna ausgebaut. Für Konzerte ist das kleine Gebäude nicht geeignet. Außerdem stehen hinter dem Objekt keine »neuen freien Aktivist_innen«, sondern alte Kader der etablierten NPD-Strukturen.

Lediglich im Auftreten versucht das Projekt, den italienischen Vorbildern gerecht zu werden. Mit dem Slogan »Mehr Faschismus« wirbt die NPD auf einem Werbeplakat für ihr neues Bürgerbüro. Der NPD-Stadtrat Olaf Rose sowie der JN-Bundesgeschäftsführer Julian Monaco (Dresden) posierten in der Süddeutschen Zeitung im »Haus Montag« vor einem Casa Pound-Plakat. Auf der Facebook-Seite des »Haus Montag« findet sich ein Mix aus argentinischen KameradInnen, syrischer Freiheitsromantik und deutschen Gewaltphantasien. Antiamerikanismus und positive Bezugnahme auf das syrische Regime im Rahmen der Kampagne der europäischen radikalen Rechten »European Solidarity Front for Syria« runden das inhaltliche Potpourri ab. Darüber hinaus werden Zukunftsphantasien bemüht. Dazu dient vor allem der Roman »Fahrenheit 451«, dessen Hauptfigur Guy Montag offiziell als Namensgeber des Hauses herhalten muss. Allerdings lässt die Namensgebung auch eine weitere Deutung zu: den Rückbezug auf das italienische Vorbild. So war das »Casa Montag« das erste besetzte Haus der römischen Faschisten, bevor sie das »Casa Pound« besetzten.

Aber nur weil sich einzelne Neonazikader in der Sächsischen Schweiz wünschen, ein Casa-Pound-Projekt zu sein, sind sie dies noch lange nicht. Vielmehr bleibt das »Haus Montag« eine der vielen rechten (Schrott-)Immobilien landauf, landab – allerdings als eigener Besitz. Es ist jedoch gerade in dieser Region Aufmerksamkeit angezeigt, ob das Pirnaer Projekt (Vorbild-)Funktion haben kann und inwieweit es gelingt, ein wirkliches Zentrum zu entwickeln – wenn auch nicht als Kopie des Casa Pound. Spannend bleibt, was mit dem Objekt geschieht, wenn die NPD nicht mehr in den Landtag einziehen sollte. Der Kauf der Immobilie durch einen Dritten und die überraschende Eröffnung eines »Bürgerbüros« des Landtagsabgeordneten Müller, der nahezu seine gesamten zwei Legislaturperioden hindurch ein solches nicht für notwendig gehalten hat, kann ein Zeichen für die (finanzielle) Absicherung regionaler Strukturen für eine, bei den Neonazis gefürchtete Zeit nach dem Auszug aus dem sächsischen Landtag sein. Denn ob die NPD den Wiedereinzug schafft, steht nach den derzeitigen Prognosen noch auf der Kippe. ■



[1] Das sogenannte »Haus Montag« in Pirna.



[2] Der NPD-Funktionär Thomas Sattelberg (rechts) bei einer Neonazi-Demonstration am 17. Juni 2013 in Dresden.

Zwischen Burschenschaftlern und Identitären

Der rechte »Zwischentag« in Berlin

1| Vgl. AIB 79, AIB 83 und Online-Artikel »Zeig mir deine Freunde und ich sag dir wer du bist« auf www.antifainfoblatt.de vom 04.10.2013.

2| Vgl. AIB 97, Die europäische »identitäre Bewegung«.

3| Vgl. AIB 98, »Neue zentrale Punkte des Rechtskonservatismus«

Bereits zum zweiten Mal wurde zum »Zwischentag« als die »Freie Messe« der Neuen Rechten nach Berlin eingeladen. Neben einer Vielzahl inhaltlicher Vorträge stand die Präsentation zahlreicher Projekte des politischen Milieus im Mittelpunkt. Blieb die Zahl der TeilnehmerInnen am 5. Oktober 2013 mit über 700 zwar auf dem Niveau des Vorjahres, so gab es in diesem Jahr erstmals antifaschistische Proteste vor dem oft genutzten Veranstaltungsort, dem Logenhaus in Berlin-Wilmersdorf. Auch innerhalb des politischen Spektrums der Neuen Rechten sorgte die programmatische Ausrichtung des »Zwischentags« für Unstimmigkeiten.

Bereits seit 10 Uhr lief das umfangreiche »Begleitprogramm« zum »Zwischentag« mit mehr als 20 Beiträgen – unterteilt in Politik und Kultur. Die ausnahmslos männlichen Referenten präsentierten dort ihre politischen Projekte und Veröffentlichungen.

Während des »Politik-Podiums«, dem letzten Punkt des Hauptprogramms, waren mit mehr als 200 ZuhörerInnen alle Plätze des Saals besetzt. Moderiert von Götz Kubitschek, dem Hauptinitiator des »Zwischentags«, stellte Gabriele Adinolfi das »Centro Studi Polaris« vor. Bekannt wurde der Italiener nicht nur als Vordenker und Publizist der italienischen extremen Rechten, sondern vor allem durch seine mutmaßliche Rolle bei dem Anschlag in Bologna im Jahr 1980[1]. Im Vorfeld wurde bereits seine Teilnahme bei der Tagung öffentlich thematisiert. Auch wenn von Kubitschek der Verdacht gegen Adinolfi in Ansätzen thematisiert wurde, bot der »Zwischentag« vor allem eine Plattform für seine Projektvorstellung. Seine aktuell zentrale Rolle im extrem rechten Milieu Italiens blieb dabei wohl den meisten ZuhörerInnen verborgen.

Deutlicher in seinen politischen Aussagen war der Abgeordnete der ungarischen Rechtsaußen-Partei Jobbik, Márton Gyöngyösi, der als spontaner Redner bei einem vorherigen Tagungspunkt auftrat. Offensiv erteilte der Ungar dem Liberalismus in Europa eine Absage. Der Politiker ist für seine antisemitischen Äußerungen bekannt.

Politik statt Kultur

Parallel zum politischen Vortragsprogramm gab es diesmal auch ein Kulturprogramm, das von Buchvorstellungen, über Lesungen bis hin zu einem musikalischen Beitrag reichte. Mit dieser Programmerweiterung versuchte der Veranstalter den TeilnehmerInnen wohl vermeintlich konservative Kultur aktiv näher zu bringen und erklärte »konservativ zu sein, bedeutet ja gerade, abseits aller Erregungskurven der Öffentlichkeit das Immer-Gültige und die Kultur in den Vordergrund zu rücken«. Dennoch konnte eine Veröffentlichung zur westgermanischen Sprache im Frühmittelalter vom Verlag Inspiration Un Limited (Berlin) nur wenige Dutzend ZuhörerInnen mobilisieren.

Den vermeintlichen Höhepunkt des kulturellen Programms bildete der Auftritt von Sacha Korn als nationalistischem Pop-Rocker mit der Akustikgitarre. Doch auch dieser konnte nicht mehr Aufmerksamkeit als das übrige kulturelle Programm auf sich ziehen und ging in den Abbautätigkeiten der Veranstaltung unter.

Das »Politik-Podium« dagegen präsentierte zahlreiche aktuelle Aspekte der Neuen Rechten in 12 Einzelveranstaltungen, die auch vom Publikum in der Regel gut angenommen wurden. War die »Identitäre Bewegung« ein viel beachtetes Thema auf dem Podium, konnten vor allem die französischen Vertreter der »Identitären« aufgrund ihres beschriebenen Aktionismus das eher theorielastige Publikum begeistern.[2] Neben Adinolfi stießen vor allem zwei Debatten auf größeres Interesse: Die Ausführungen eines Redakteurs des rechten Verschwörungsmagazins Compact zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) und das Zwiegespräch zwischen Karlheinz Weißmann und dem ehemaligen Berliner Senator George Turner über Bildungspolitik.

Präsentieren und vernetzen

Auch wenn sich das Publikum vom »Zwischentag« überwiegend aus Män-

nern älterer Jahrgänge zusammensetzte, waren offensichtlich viele Angehörige verschiedenster Studentenverbindungen sowie der eher gesichtslosen »Identitären Bewegung« der Einladung zum »Zwischentag« gefolgt. Diese fanden nicht nur im Tagungsprogramm ihren Platz, sondern waren auch gleich mit drei Informationsständen – aus Deutschland, Österreich und Frankreich – vertreten. Neben den Ständen des Instituts für Staatspolitik (IfS) mit seiner Zeitschrift »Sezession«, der »Edition Antaios« von Götz Kubitschek und dem Projekt »Blaue Narzisse« um Felix Menzel waren über 30 weitere Projekte vor Ort. Als Burschenschaften waren u.a. »Germania« aus Marburg und die »Gothia« aus Berlin sowie der Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB) im Messesaal zu finden. Desweiteren präsentierten sich Verlage wie Uwe Berg, Regin und Karolinger neben den Zeitschriften des Verlegers Dietmar Munier. Eher »randständig« waren dagegen die überschaubaren Auslagen des anti-islamischen Blogs Pi-News oder der Kleinstgruppe »German Defence League«. Für den »konservativen Chick« sorgten die »exklusiven« Klamotten des Mannheimer Labels Pro-Patria aus dem burschenschaftlichen Milieu. Als internationale Vertreter fanden sich neben den »Identitären« aus Frankreich beispielsweise auch die belgische Zeitschrift TeKoS ein. Auch wenn es zahlreiche Aussteller gab, war das Spektrum der (vermeintlichen) Intellektuellen Rechten in Deutschland überschaubar.



Foto: Christian Jäger

Fast alle waren da

Ein wesentlicher Akteur fehlte in dieser Nabelschau der Neuen Rechten nur allzu offensichtlich. War im letzten Jahr die neurechte Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) und die Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (FKBF) noch umfangreich materiell und personell vertreten, fehlten diesmal beide Projekte.[3] Bereits in der Ankündigung des Messeprogramms waren die beiden Vorzeigeprojekte von rechts nicht zu finden. Im Nachgang der Tagung wurden die Differenzen zwischen der JF/FKBF und dem »Zwischentag« als Produkt aus dem Hause IfS zumindest angerissen. Der JF-Nachwuchsredakteur Henning Hoffgard kritisierte die Anwesenheit von Adinolfi sowie Gyöngyösi und bestritt die Anschlussfähigkeit des »italienischen Faschismus« für Konservative. Demnach habe die Messe eine Schlagseite bekommen, der schließlich die Absage der beiden Projekte folgte. Ein weiterer Punkt in dem nicht ganz spannungsfreien Verhältnis von der JF unter Dieter Stein und dem Institut für Staatspolitik. Trotz aller inhaltlicher Differenzen schreibt Weißmann als ideologischer Kopf des Instituts eine Kolumne für die Zeitung aus Berlin und referiert für die Stiftung.

Generationswechsel?

Am Ende des »Zwischentags« folgte die Mitteilung von Götz Kubitschek, dass die nächste »Freie Messe« von Felix Menzel veranstaltet werden wird. Dieser wurde gemeinsam mit dem Projekt »Blaue Narzisse« in den letzten Jahren nicht nur vom Institut kontinuierlich gefördert, sondern Menzel übernahm selbst auch zunehmend Aufgaben im Geflecht des Instituts für Staatspolitik (IfS). Auch wenn das Institut für Staatspolitik nicht vordergründig als Veranstalter des »Zwischentags« auftrat, waren es mit Kubitschek und Menzel vor allem Personen des IfS, die den Zwischentag organisierten. Auch das Begleitprogramm der Tagung war nur allzu deutlich von Instituts-eigenen oder ihm nahestehenden Projekten dominiert. Die zentrale Rolle des Instituts innerhalb der überschaubaren Projektlandschaft der Intellektuellen Rechten in Deutschland wurde abermals beim »Zwischentag« deutlich.

Trotz des gesteigerten Interesses gegenüber dem Vorjahr blieben antifaschistische Proteste und die mediale Auseinandersetzung gegen den »Zwischentag« die Ausnahme. ■

Das war ein politischer Mord

Zum Gedenken an Günter Schwannecke

Vor 21 Jahren ermordeten Neonazis in Berlin den Kunstmaler Günter Schwannecke. Die Günter-Schwannecke-Gedenkinitative hat 2012 einen Gedenkort geschaffen. Zusammen mit Zeitzeug_innen versucht sie, die Biografie Schwanneckes zu rekonstruieren.

Luca Rozenbaum

Auf einem Spielplatz in Berlin-Charlottenburg feierte Günter Schwannecke mit Hagen K. dessen Geburtstag. Zwei Neonazis überfielen die beiden und Hagen K. überlebte diesen Abend schwer verletzt, Günter Schwannecke stirbt wenige Tage später. Er zählt zu den mindestens 183 Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 (Stand November 2013). Im Frühjahr 2012 wurde die Günter-Schwannecke-Gedenkinitiative gegründet. Anlässlich des 20. Todestages wurde eine Gedenkveranstaltung organisiert. Über das Todesopfer Günter Schwannecke war bisher wenig bekannt. In der sog. »Jansen-Liste« zu Todesopfern rechter Gewalt der Tageszeitung »Tagesspiegel« hieß es lediglich, das Opfer sei ein »Obdachloser« und »betrunken« gewesen. Die Presseberichte aus den Jahren 1992 und 1993 waren nicht ergiebiger. Die Berliner Morgenpost stigmatisierte ihn gar als »Stadtstreicher«. Der Täter Norman Z., so viel war bekannt, stand dem rassistischen »Ku-Klux-Klan« (KKK) nahe. In der Liste der Opfer rechter Gewalt der Bundesregierung tauchte der Mord 1993 auf, in den Jahren 1999 und 2009 nicht. Der Berliner Senat wertet den Fall als unpolitisch. Innensenator Frank Henkel erklärte 2012 unter Berufung auf das Gericht, »dass es dem Täter ausschließlich um die Lust an Gewaltanwendung gegangen ist«.[1]

Aber es war anders: Schon das Landgericht Berlin hob 1993 hervor, dass die rassistische Gesinnung Norman Z.s ursächlich für die Tat gewesen sei. Z. war kein Unbekannter: das Bundeskriminalamt ermittelte 1991 gegen ihn, weil er mit dem Neonazi Carsten Szczepanski und KKK-Chef Dennis Mahon (USA) in Königs Wusterhausen die KKK-Sektion »White Storm Berlin« gegründet hatte. Szczepanski und Norman Z. verbreiteten das KKK-Fanzine »Feuerkreuz«. Szczepanski sollte noch eine zweifelhafte Karriere machen: Er wurde wegen Mordversuchs an dem nigerianischen Lehrer Steve E. zu 8 Jahren Haft verurteilt, nachdem er versucht hatte ihn im Scharmützelsee zu ertränken.[2] Im Gefängnis wurde er zu V-Mann »Piatto« und bewegte sich im NSU-Umfeld. Auch der Berliner Norman Z. war in die Neonazi-Skinheadszene verstrickt. Er nahm an einem Rudolf-Heß-Marsch in Rudolstadt teil, legte sich einen Aluminium-Baseballschläger zu und betrank sich mit anderen Neonazis hin und wieder am Lietzensee. Und noch etwas ist anders, als bisher dargestellt: Günter Schwannecke war nicht »bloß« ein Wohnungsloser. Er war ein zeitgenössischer Kunstmaler und in der Berliner Kunstszene durchaus bekannt. Diesen Umstand hervorzuheben, ist Anliegen der Günter-Schwannecke-Gedenkinitiative, welche in Gesprächen mit zwei Zeitzeug_innen sein Leben und Wirken recherchierte: Schwannecke lebte und wirkte in Braunschweig, Stuttgart, München und Westberlin. Er wurde 1934 in Braunschweig geboren und ging dort zur Schule. Von 1950 bis 1953 machte er eine Ausbildung zum Positivretoucheur. In den Jahren 1954 bis 1956 studierte er Malerei in Braunschweig und Stuttgart. Er stellte in verschiedenen Galerien aus, zum Beispiel in der Galerie Junge Kunst in Fulda. Nach einer kurzen Ehe in München ging Schwannecke 1965 nach Westberlin, wo er zahlreiche Ausstellungen hatte und Werke verkaufte. 1976 kehrte er verarmt nach Braunschweig zurück. Mit dem »Deutschen Herbst« 1977 begann er dort Fahndungsplakate neu zu illustrieren. Anfang der 1980er Jahre kehrte er nach Berlin zurück, allerdings ohne den Durchbruch zu schaffen. Er stellte in den alternativen Berliner Mehringhöfen aus, fand einen Kunstagenten und lebte in Berlin-Charlottenburg in einer Wohngemeinschaft. In dieser Zeit entstanden Werke von Punks, Kneipiers und Ärzt_innen. Günter Schwannecke war zwar politisch nicht organisiert, doch nahm er an Demonstrationen

1| Kleine Anfrage an den Senat, »Erfassung von Todesopfern rechter Gewalt in Berlin« vom 5. Dezember 2011.
2| Vgl. AIB #97, »Ku-Klux-Klan - Ableger in Deutschland«
3| Vgl. AIB #83, Die Berliner RechtsRock Szene am Beispiel der Band »Deutsch Stolz Treue«

teil. Im Jahr 1992 war er zeitweise ohne festen Wohnsitz. Zuletzt zog es ihn auf die Straße: »Ich geh die Platte putzen«, sagte er einem Freund. Er wollte frei sein von der als zu eng empfundenen bürgerlichen Gesellschaft.

Am 29. August 1992 feierte er den Geburtstag von Hagen K. Sie tranken gemeinsam auf dem Spielplatz Pestalozzistraße Ecke Fritschestraße. Bei ihnen saß eine Gruppe von vier Flüchtlingen, die dort ebenfalls den Abend verbrachten. Norman Z. und seine Freunde aus der Neonaziskinhead-Szene betranken sich am Tattag. Sie stritten sich, Norman Z. und Hendrik J. liefen durch Charlottenburg, beleidigten die Flüchtlinge auf dem Spielplatz Pestalozzistraße rassistisch und forderten sie auf, Deutschland zu verlassen. Die Flüchtlinge aus Sri Lanka wiesen das von sich. Die beiden Neonazis gingen daraufhin nach Hause und kehrten mit einem Baseballschläger zurück. Schwannecke und K. mischten sich ein und den Angepöbelten gelang so die Flucht vom Spielplatz. Daraufhin schlug Norman Z. mit seinem Baseballschläger auf die Köpfe der beiden Künstler ein. Hagen K. überlebte nach einem schwerem Hirntrauma im Krankenhaus nur knapp, doch Günter Schwannecke verstarb am 5. September 1992 an den schweren Folgen eines Schädelbruchs und Hirnblutungen. Norman Z. wurde 1993 wegen Körperverletzung mit Todesfolge und schwerer Körperverletzung zu 6 Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Er kam frühzeitig frei. Hendrik J. wurde nicht angeklagt.

Heute lebt Norman Z. in Berlin und geriet vor einigen Jahren als neonazistischer »Hammerskin« und Unterstützer der Berliner RechtsRock-Band »Deutsch Stolz Treue« (D.S.T.) erneut ins Visier polizeilicher Ermittlungen.[3] Die Günter-Schwannecke-Gedenkinitiative hat mittlerweile einiges erreicht. Im Sommer 2012 fand anlässlich des 20. Todestages Günter Schwanneckes eine Gedenkkundgebung auf eben jenem Spielplatz statt. Er wurde von der Gedenkinitiative in »Günter-Schwannecke-Spielplatz« umbenannt und ein Straßenschild wurde montiert. Zum 21. Todestag wurden gemeinsam mit dem lokalen Bezirksstadtrat Marc Schulte (SPD) der »Günter-Schwannecke-Spielplatz« sowie ein Gedenkfindling mit Erinnerungstafel eingeweiht. Außerdem wurden zwei Zeitzeug_innengespräche geführt: Der Lehrer Karl-August Holländer und der Kunstkritiker Walter Vitt berichteten ausführlich über ihren Weggefährten Günter Schwannecke. Die Interviews sind auf der Website der Gedenkinitiative dokumentiert. Dazu wurden Fotografien der Kunstwerke Schwanneckes veröffentlicht. Aus dem unbekannten, couragierten Wohnungslosen Schwannecke soll so wieder ein Mensch mit Lebensgeschichte werden. Das Straßenschild »Günter-Schwannecke-Spielplatz« wurde im September 2012 beschädigt und schließlich im November 2013 von Unbekannten gestohlen. Immerhin ist der Gedenkstein noch da. Die Günter-Schwannecke-Gedenkinitative will wieder ein Straßenschild haben und um den Gedenkort Spielplatz kämpfen. ■



[1]



[2]

[1], [2] Eine Gedenkkundgebung für Günter Schwannecke am 29. August 2012 in Berlin.

Fotos: Björn Kietzmann

Die Günter-Schwannecke-Gedenkinitiative im Internet: http://guenterschwannecke.blogsport.eu/



Antifa in der Krise?!

Ein Gastbeitrag von Avanti – Projekt undogmatische Linke, Berlin

Die aktuelle rassistische Protestwelle gegen die Unterkünfte von Geflüchteten wird oft mit der Situation in den frühen 1990er Jahren verglichen. Bis November 2013 wurden mit 21 Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte doppelt so viele Angriffe gemeldet wie im Vorjahr und laut dem TV-Magazin Report Mainz mischte die NPD bundesweit bei 47 Aufmärschen mit. Der »braune Dienstag« in Berlin-Hellersdorf am 9. Juni 2013, als sich eine Versammlung unter tatkräftiger Mithilfe von Neonazis in einen rassistischen Mob verwandelte, die Angriffe auf eine Unterkunft von Roma in Duisburg (s. S. 40 ff.) oder die Fackelmärsche in der sächsischen Kleinstadt Schneeberg, an denen sich über 1.500 Menschen beteiligten, deuten auf eine neue Konjunktur rassistischer Mobilisierung hin.

Wir wollen uns im Folgenden mit den aktuellen politischen Bedingungen beschäftigen und die politischen Unterschiede zur Situation Anfang der 1990er Jahre herausarbeiten. Wir wissen, dass wir zum Teil nur Schlaglichter werfen und Eindrücke schildern, aber wir hoffen, damit eine notwendige strategische Debatte in der Antifa anzuregen.

Die Zahl der Menschen, die in der BRD Schutz suchen, steigt seit einiger Zeit wieder. Im vergangenen Jahr wurden rund 65.000 Asylanträge in der BRD gestellt – im internationalen Vergleich eine Steigerung auf marginalem Niveau: Allein der Libanon hat 1,5 Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen. Bund, Länder und Kommunen haben auf den erwartbaren An-

stieg der Flüchtlingszahlen lange Zeit kaum reagiert und setzen nun auf eine Ausweitung von Massenunterkünften. Gleichzeitig haben Bundesinnenminister Friedrich (CSU) und andere schon frühzeitig die »Grenzen der Belastbarkeit« herbeihalluziniert und mit markigen Worten ein Bild gezeichnet, das mit der Realität nichts zu tun hat und nur dazu führt, irrationale Ängste zu bedienen. Auf diesen Zug sind NPD und andere extrem rechte Akteure aufgesprungen.

Ihre Vorgehensweise ähnelt sich dabei. Statt unter eigener Flagge zu agieren, werden wie etwa bei der »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« (BMH) unverdächtig klingende Namen gewählt und per Facebook eine Plattform geschaffen, um niedrigschwellig ein interessiertes rechtes Klientel anzusprechen. Offene Gewaltandrohungen finden auf deren FB-Seite nicht statt, vielmehr sind die Neonazis bemüht, mit einem zurückhaltenden Auftreten an rassistische Ressentiments anzuknüpfen (dies ist in Duisburg anders, s.S. 40ff). Indem kritische Kommentare ausgeblendet werden, soll das Gefühl einer unbestrittenen Hegemonie innerhalb der sozialen Netzwerke erzeugt werden. Das Ziel: Ermutigung und Selbstbestätigung der »Facebook-Freunde«. Dabei wird mit Parolen wie »Nein zum Heim« an ein »not in my backyard«-Gefühl appelliert und über die Formulierung angeblich berechtigter Bürgerinteressen Sozialneid geschürt.

Dies funktioniert nicht nur in Regionen mit einer hohen Armutsquote, sondern ebenso gut in bürgerlichen Quartieren. In Berlin-Reinickendorf umzäunten beispielsweise AnwohnerInnen einen Spielplatz, überzogen die Flüchtlingsunterkunft mit absurden Klagen und erhoben den Vorwurf, das Heim sei ein Epizentrum für Krankheiten und Kriminalität. Auch wird versucht, andere Vorschläge, wie die eigentlich sinnvolle Forderung nach Unterbringung in Wohnungen, aufzugreifen, wenn es darum geht, eine Unterkunft zu verhindern.

NPD und Freie Kameradschaften halten sich dabei bei Aktionen auffällig zurück, zum Beispiel wurden in Schneeberg NPD-Logos auf Transparenten überklebt. Durch diese Mimikry-Strategie soll verhindert werden, dass der Distanzierungsdruck auf die HeimgegnerInnen zu stark wird. Nichtsdestotrotz stellt die NPD Argumentationshilfen zur Verfügung und versucht, die Anwohner_innenproteste ideologisch zu rahmen. So hat der Rostocker NPD-Landtagsabgeordnete Michael Andrejewski einen »Leitfaden zum Umgang mit Asylanten in der Nachbarschaft« verfasst. Bereits 1992 hatte er die Stimmung im Vorfeld des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen mit einem Flugblatt in 100.000er Auflage angeheizt. Holger Apfel rief dazu auf, vor »Schaltzentren der Überfremdung Zeichen zu setzen: Also vor Moscheen und Asylantenheimen«,[1] und auch praktisch wurde im Rahmen ihrer »Deutschlandtour« Hetze betrieben.

Die NPD bemüht sich, im Rahmen ihrer Möglichkeiten in die laufenden Auseinandersetzungen einzugreifen. Und das partiell mit Erfolg: Bei den Wahlen gelang es ihr, in einigen Wahllokalen rund um die Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Hellersdorf mit zehn Prozent ihre besten Wahlergebnisse in Berlin einzufahren. Gleichzeitig stößt die NPD aber auch an ihre Grenzen. Durch eigenständige NPD-Kundgebungen wollte sie in Berlin-Hellersdorf und darüber hinaus bundesweit wahrnehmbar als »Speerspitze« der Proteste erscheinen. Diese Profilierung ging allerdings auf Kosten der »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf«. Deren Aktivitäten stagnierten parallel eher. Hier macht sich der Mangel an erfahrenen NPD-Kadern bemerkbar. Es hat aber auch mit den linken Gegenaktivitäten zu tun, durch die der Einfluss der »Bürgerinitative« eingedämmt werden konnte, wenn auch die BMH weiterhin aktiv ist. Zu beachten ist allerdings, dass die innere Zusammensetzung der rassistischen Mobilisierung in Schneeberg oder anderen Regionen mit einer relativ starken und stabilen Neonaziszene sich von der Situation in Berlin deutlich unterscheidet.

Trotz der von Antifas befürchteten und von den Neonazis beschworenen Parallelität zu der Pogromstimmung zu Beginn der 1990er Jahre unterscheidet sich die aktuelle Situation deutlich: Das politische Establishment der BRD hat aktuell kein Interesse an einer gewaltförmigen rassistischen Mobilisierung. Zwar beklagt Innenminister Friedrich den Anstieg der Flüchtlingszahlen und fordert den Aufenthalt derer, »die nur aus missbräuchlichen oder asylfremden Gründen zu uns kommen«, schnell zu beenden. Allerdings suchen die Konservativen momentan nicht das »Bündnis von Mob und Elite« (Arendt), sondern bedienen sich der kalten Instrumentarien bürgerlicher Rechtsnovellen und Verwaltungshandelns. »Gewalt, Hass und Rassismus haben keinen Platz in diesem Land«, verkündete Angela Merkel. Eine neuerliche Debatte um »No-go Areas« und Alltagsterror durch Neonazis soll vermieden werden, ohne an den Rahmenbedingungen von Dublin II und der alltäglichen Ausbeutung illegalisierter Arbeitskräfte zu rütteln. Während der Bundesinnenminister mit markigen Worten eine Abwanderung des rechtskonservativen Milieus zu verhindern versucht, bemüht sich die Kanzlerin, das Image des investitionsfreundlichen und weltoffenen Wirtschaftsstandorts zu wahren. In diesem aktuellen Staatskompromiss drückt sich der Versuch aus, die widersprüchlichen Fraktionen auszutarieren, um den »Erfolg« des deutschen Exportmodells zu sichern.

Dieser Kompromiss drückt sich auch in den Medien aus. Das Berliner Boulevardblatt BZ machte mit einem →

1| Deutsche Stimme, 09/2013

→ Porträtfoto eines Geflüchteten auf: »Was habt ihr bloß gegen mich« (BZ 20.8.2013) und BILD erschien mit der Schlagzeile »Nazi-Schande von Hellersdorf« (20.8.2013). In den Mainstreammedien sind kritische Berichte über die rassistische Stimmungsmache an der Tagesordnung. Auch wenn viele Medien im Alltag zur (Re-)Produktion von rassistischen Bildern beitragen, verstärken sie an diesem Punkt nicht die rassistische Stimmung. Auch das ist ein wesentlicher Unterschied zur Situation in den frühen 1990er Jahren. Ebenso wie die innerhalb der Zivilgesellschaft in den letzten 20 Jahren entstandenen Initiativen und aufgelegten staatlichen Programme, die nun an vielen Orten eine wirksame Gegenöffentlichkeit herstellen. Wie etwa das bürgerliche »Hellersdorf hilft«, das neben dem antifaschistischen Bündnis durch Spendensammlungen das gesellschaftliche Klima vor Ort beeinflusst hat.

Die rechte Stimmungsmache gegen Flüchtlingsunterkünfte sollte ein Warnsignal sein. Auch wenn momentan Mob und Elite (noch) nicht zusammenfinden, bleibt unter den Bedingungen der Krise die Gefahr einer rechten Formierung bestehen.[2] In vielen Ländern Europas ist ein Ansteigen von Nationalismus und rassistischer Gewalt zu verzeichnen und faschistische Parteien bekommen Zulauf. Vor diesem Hintergrund hat der europäische Erfahrungsaustausch unter Antifaschist_innen über Gegenstrategien eine große Bedeutung.

Unsere Aufmerksamkeit sollte deshalb nicht nur den Neonazis gelten, sondern auch rechtspopulistischen Bestrebungen. Vor allem die Themen Migration, Islam und Europa zeichnen sich durch eine diskursive Verbindungslinie zwischen konservativen und faschistischen Argumentationsmustern aus. Die sogenannte Sarrazin-Debatte und das gute Abschneiden der Alternative für Deutschland (AfD) sind ein Ausdruck davon. Die AfD bündelt momentan noch eine diffuse Melange aus ordoliberalen, europaskeptisch-nationalistischen, elitären und rechtskonservativen Kräften. In ihr sammeln sich mittelständische Angstbürger und proletarische Deklassierte, die von der gemeinsamen Angst zusammengehalten werden, in der Krise reale oder vermeintliche Privilegien zu verlieren.

Die AfD versucht, sich momentan deutlich von offenen »rechtsextremistischen« Übernahmeversuchen abzugrenzen. Denn nur so kann sie gewährleisten, weiterhin als wählbare Alternative zu erscheinen. Zwar mag es uns in Einzelfällen gelingen aufzuzeigen, welche Verbindungen einzelne AfD-Mitglieder in die organisierte rechte Szene haben und hatten, aber dennoch stellt die AfD uns mitsamt dem »klassischen« Arsenal der Antifapolitik vor große Herausforderungen. Uns erscheint eine intensive Beschäftigung mit dem Parteiaufbau der AfD notwendig: Deren Parteichef Bernd Lucke hat noch in der Nacht der Bundestagswahl klar gemacht, dass man fest mit einem Einzug in das Europaparlament bei den Wahlen im Mai 2014 rechnet. Zudem stehen im nächsten Jahr Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen an, wo die AfD bei den Bundestagswahlen überproportional gut abgeschnitten hat.

Dass die AfD nicht davor zurückschreckt, rechts außen auf WählerInnenfang zu gehen, hat selbst der elitär-blasierte Lucke deutlich gemacht. Das letzte Drittel seiner Reden handelte meist von den Themen Flüchtlingsheime und Zuwanderung. Insofern könnte die AfD durchaus zu einem wichtigen Resonanzboden für rassistische Stimmungen werden. Noch halten Galionsfiguren des »nationalliberalen« Lagers wie Thilo Sarrazin oder Arnulf Baring zur AfD Distanz, dennoch kann sie durchaus zum parteipolitischen Katalysator der mit diesen Namen verbundenen Themen werden. Sollte die parlamentarische Etablierung einer solchen »nationalliberalen« Partei gelingen, würden nationalistische und rassistische Themen einen parteiförmigen Ausdruck erhalten und die politische Tektonik der Bundesrepublik deutlich nach rechts verschieben. Diese Entwicklung würde auch den rechtskonservativen Kräften in der Union und FDP Aufwind geben. Entweder, weil sich durch die AfD perspektivisch eine Machtoption rechts der Union eröffnet, oder schon alleine deshalb, weil sich die Union in Konkurrenz zur AfD zu einer Kurskorrektur gezwungen sieht, um nicht weiter am rechten Rand an Zustimmung zu verlieren.

Die antifaschistische Bewegung steht vor zentralen Herausforderungen. Momentan sind wir mit einer Krise organisierter Antifagruppen konfrontiert. Die Koordinatensysteme antifaschistischer Arbeit haben sich seit dem »Antifasommer 2000« nachhaltig verschoben, die Antifabewegung hat darauf noch keine schlüssige Antwort geben können. Einerseits haben sich die politischen Rahmenbedingungen antifaschistischer und antirassistischer Arbeit verbessert, weil seitdem die »Bekämpfung des Rechtsextremismus« zur offiziellen Staatsdoktrin wurde. Dies wurde an vielen Orten von zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Initiativen genutzt, um den offenen Straßenterror der Neonazis zurückzudrängen. Durch die öffentliche Förderung von »Mobilen Beratungsteams« wurden diese Rahmenbedingungen verstetigt und politische Aufklärungsarbeit professionalisiert. Andererseits sind durch diese Entwicklung wichtige Aufgabenfelder der Antifaszene abhandengekommen und auf diese »zivilgesellschaftlichen« Einrichtungen übergegangen. Fundierte Einblicke in die Neonaziszene, ihr Umfeld und ihre politischen Strategien ist seitdem kein Alleinstellungsmerkmal der auto-

2| Vgl. Krise und Rassismus, http://avanti-projekt.de/publikation/krise-und-rassismus

nomen Antifa, sondern auch über öffentlich geförderte Stellen beziehbar. Gleichzeitig versuchte die CDU-FDP-Regierung mit der »Extremismusklausel« die Legitimität antifaschistischer Politik anzugreifen und die Trennung zwischen »Linksextremisten« und »demokratischen Initiativen« zu forcieren.

Als subkulturell präsente Szene und punktuell mobilisierungsfähige Bewegung funktioniert Antifa immer noch. In den Mühen der Ebenen der Alltagsarbeit zeigen sich jedoch deutlich Verschleißerscheinungen. Überregional relevante Demos und Blockaden werden von relativ wenigen Aktivist_innen organisiert, politisch handlungsfähig sind wenige Gruppen. Das auffällige Schweigen vieler Linker zu den NSU-Morden und die weitgehende Abstinenz der »Antifa« in der Debatte illustrieren diesen Zustand.

Nichtsdestotrotz hat die Antifabewegung viel erreicht. Mit den Erfolgen von Dresden 2010ff. und zahlreichen verhinderten Neonaziaufmärschen quer durch die Republik haben wir die Neonaziszene geschwächt. Durch die Zusammenarbeit von bürgerlichen und autonomen Kräften und Aktionsformen wurden in vielen Regionen alltäglicher Neonaziterror zurückgedrängt. Auch gegen die rassistische Kampagne gegen die Flüchtlingsunterkünfte blieben Interventionen nicht ohne Erfolge, wie zum Beispiel in Hellersdorf.

Aufgeschreckt durch die rassistische Stimmung beim »braunen Dienstag« engagierten sich einige wenige Berliner Gruppen zusammen mit einer aktiven und strategisch agierenden lokalen Antifagruppe intensiv bei der Vorbereitung des Bezugs der Unterkunft. Zentrale Kader der BMH wurden in diesem Rahmen geoutet, die Facebookseite der »Bürgerinitiative« durch kontinuierliche Beschwerden mehrfach abgeschaltet und mehrere niedrigschwellige Mitmachaktionen durchgeführt. Die Verbindungen zur NPD und militanten Kameradschafter-



[1] Am 16. November 2013 demonstrierten im sächsischen Schneeberg rund 1500 »besorgte Bürger« zusammen mit Neonazis gegen eine Flüchtlingsunterkunft.

Foto: Björn Kietzmann

Innen wurde aufgezeigt und von den Medien später aufgegriffen, eine gute Medienarbeit und FB-Seite flankierten dies. Insbesondere der »Hitlergruß« eines Anwohners wurde zum medialen GAU für die »Heimgegner« und verstärkte eine deutlich negative Stimmung gegenüber der Gruppe, deren offene Unterstützung in der Nachbarschaft danach deutlich schrumpfte. Durch die Schlagzeilen von BZ und BILD (s.o.) wurde das »Anti-Nazi-Klima« verstärkt und die Zahl der SympathisantInnen für die BMH sank. Der Raum des öffentlich Sagbaren wurde deutlich eingeengt. Letztendlich führte der Druck gegen führende Aktivisten der BMH zu internen Spannungen und einer Vereinsgründung, mit der das Neonaziimage abgestreift werden sollte.

Was als »Antifa-Feuerwehreinsatz« begann, entwickelte sich im Bündnis und durch Arbeitsteilung zwischen bürgerlichen Unterstützer_innen und Antifa zu einem Modell, das inzwischen nicht nur angewandt wird, wenn die Neonazis schon aktiv sind. So organisierte in Berlin-Britz die Initiative »Hufeisern gegen rechts« eine Versammlung, als bekannt wurde, dass vor Ort eine Flüchtlingsunterkunft eingerichtet werden soll. Durch eine gute Vorbereitung standen dann nicht die Flüchtlinge, sondern der Bezirk für seine Politik der Absonderung in der Kritik. Mittlerweile existiert ein berlinweites Treffen zur Vernetzung verschiedener lokaler Antifa- und Antiragruppen, in dem Aktivitäten koordiniert werden sollen.

An vielen Orten gibt es breite Solidarisierungen mit den Geflüchteten und ihren Kämpfen. In dem neuen Bewegungszyklus von Kämpfen von Refugees steckt ein großes Potenzial, das es zu nutzen gilt. In der gegenseitigen und solidarischen Bezugnahme von Kämpfen um Migration und Antifaschismus liegen Verbindungslinien, die unbedingt aufgenommen werden sollten. Diese müssen aber auch eine Perspektive beinhalten, die die Menschen einbezieht, in deren Familiengeschichte Migrationserfahrung eingeschrieben ist. Wir wollen bei unserem Kongress »Antifa in der Krise?!« vom 11.–13. April 2014 in Berlin viele der in diesem Text aufgeworfenen Fragen diskutieren, Einschätzungen abgleichen und Strategien entwickeln. Wir freuen uns auf eine produktive Debatte mit euch. ■

Anatomie des Faschismus

Der elfte Teil der Reihe »Faschismustheorie. Erklärungen des NS« wendet sich Robert O. Paxton zu. Vor knapp zehn Jahren erschien das Essay »Anatomy of Fascism«, mit dem Paxton ein mehrstufiges Erklärungsmodell erschuf, um der Vielschichtigkeit dessen, was den Namen Faschismus trägt, gerecht zu werden. Für Paxton ist Faschismus keine 1945 abgeschlossene Epoche, sondern eine aktuelle Gefahr, der es entgegenzutreten gilt. Er trat 1998 u.a. als Experte des Vichy-Regimes als Zeuge gegen Maurice Papon[1] auf. Er beschäftigt sich mit Westeuropa nach 1945 sowie Osteuropa nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und mit möglichen Faschismen außerhalb Europas.

Fabian Kunow

Paxton bezieht immer auch die gesellschaftliche Situation und spezifische nationale Kontexte mit ein, in denen sich der jeweilige Faschismus befand. Dabei erwähnt er einfache, logische, aber oft vernachlässigte Fakten und historische Gegebenheiten. Zum Beispiel: Faschismus ist eine Antwort auf liberale Demokratiemodelle, er setzt daher erst eine bürgerliche Demokratie voraus. Die Massendemokratie machte erst die Massengegenbewegung Faschismus möglich. Deshalb sieht er die ersten faschistischen Gedanken und Bewegungen in den USA ab 1860 als Reaktion auf Fehlleistungen der amerikanischen Demokratie.[2] Paxtons Modell gliedert sich in fünf Stufen und macht deutlich, dass Faschismus zugleich als Ideologie und Praxis und deshalb als nicht statisch dargestellt werden muss. In jeder Stufe ändern sich nicht nur das Erscheinungsbild des Faschismus, sondern auch die jeweiligen Träger. Sind diese zuerst einige sektiererische Intellektuelle, sind es später die Mittelschichten und beim Eintritt in die Machtausübung die jeweiligen nationalen Eliten, welche sich aus »alten Kämpfern«, den traditionellen Eliten und Karrieristen zusammensetzen. Paxton beschreibt hier Faschismus als einen Bus, in den immer wieder Menschen ein- und aussteigen.

Das Entstehen einer faschistischen Bewegung

In Europa entstanden faschistische Bewegungen als Folge des 1. Weltkriegs. Sie fanden günstige kulturelle, soziale und politische Bedingungen. Ohne »eine reife und expandierende sozialistische Linke«[3] ist nach Paxton Faschismus unvorstellbar. Er stelle eine Angstreaktion der Mittelschichten und Eliten dar, aber gleichzeitig auch eine Enttäuschung bei Personen aus der Linken. Wo die faschistische Ideologie bei Intellektuellen auf Resonanz stieß, geschah dies vor allem in den frühen Stadien[4]. Eine Ausbreitung faschistischer Ideen kann als erste Stufe des Modells beschrieben werden.

Wurzeln schlagen

In der zweiten Stufe stellt sich der Faschismus breiter auf. Das heißt, es werden Parteien gegründet, die über Klassen- und Konfessionsgrenzen hinweg, Aktivisten und Wähler rekrutieren. Die NSDAP gilt nicht zufällig als erste Volkspartei der Geschichte. Ihr »Antikapitalismus« war sehr selektiv. Dort, wo der Faschismus erfolgreich war, d.h. der Übergang vom ersten in das zweite Stadium gelang, bot sich als Gegnerin der Sozialismus an. Gleichzeitig mussten aber die staatlichen Institutionen der liberalen Demokratie als zu schwach gelten, um die sozialen Verhältnisse effektiv vor der Linken zu schützen.

Übernahme der Macht

In der »Übernahme der Macht« als dritte Stufe betrachtet Paxton die historische Situation bzw. die Motive der konservativen Komplizen, die die italienischen Faschisten und die deutschen Nazis an die Macht hievten. Eine »Machtergreifung« fand weder im Oktober 1922 beim »Marsch auf Rom« noch im Januar 1933 in Deutschland statt. Paxton verbannt dies in die Welt der Mythologie, welche eher Mussolini bzw. Hitler nutzte.

Was die Faschisten dem Establishment bieten konnten, waren eine Massenbasis, Gewalt gegen Linke, Jugendlichkeit und das Gefühl, die Unordentlichkeit der Verhältnisse überwinden zu können. Die konservativen Komplizen dachten, den »österreichischen Obergefreiten und den grünschnäbligen ex-sozialistischen Demagogen«[5] aus dem Hintergrund lenken zu können.[6]

In anderen Ländern konnten konservativ-autokratische Regime bzw.

ein funktionierender Rechtsstaat die jeweilige faschistische Bewegung durch Repression wieder in den Stand der Stufe zwei des Modells zurückschlagen, weil sie keine derartige Angst um ihre Macht und ihren Besitz hatten, dass sie das Bündnis mit den Faschisten suchten.

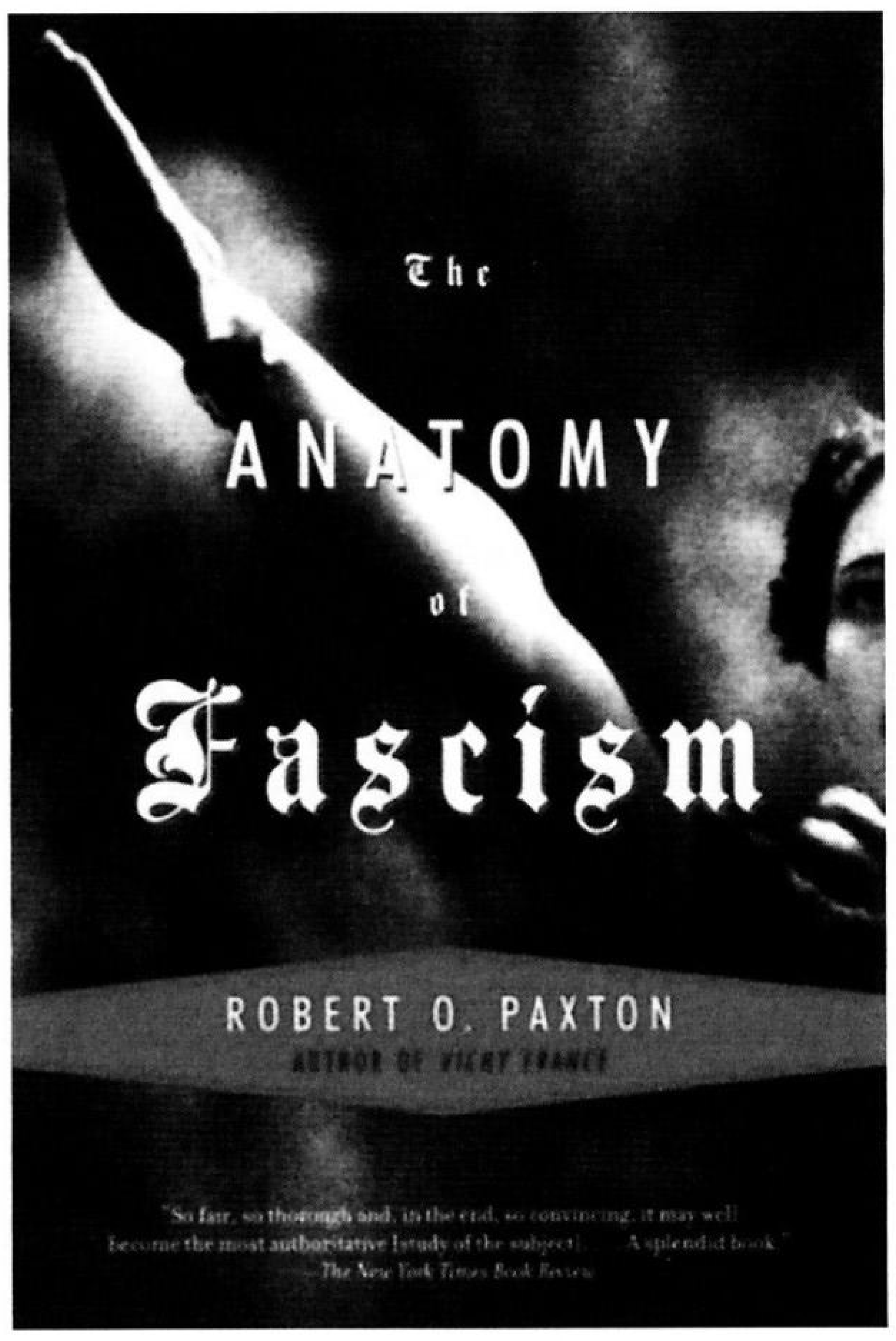
Als Mussolini und Hitler in Stufe drei des paxtonschen Modells in Koalitionsregierungen saßen, errichteten sie eine Diktatur, »indem sie ihr quasikonstitutionelles Amt in unbegrenzte persönliche Autorität umwandelten«.[7] In anderen Ländern mit faschistischem »Juniorpartner eines autoritären Regimes«[8] wie bspw. Rumänien, erwiesen sich diese Partnerschaften für die Faschisten als desaströs. In den erfolgreichen faschistischen Ländern Italien und Deutschland wurde in dieser Phase die parteiinterne Konkurrenz ausgeschaltet und eine »zweite Revolution« von vornherein unterbunden.

Anders als oft geglaubt exportierten die siegreichen Faschismen ihr Gesellschaftsmodell auch nicht militärisch in andere Länder. Als Nationalisten und Pragmatiker schauten sie eher, was ihnen das Regieren in den besetzten Ländern am einfachsten ermöglichte.[9]

In Stufe drei ist der »Weg der Faschisten zur Macht als Prozess zu betrachten: Allianzen werden geschmiedet, Entscheidungen getroffen, Alternativen ausgeschlossen.«[10] Weder Mussolini noch Hitler waren unvermeidlich, sondern nur eine Option.

An der Macht

Stufe vier des Faschismusmodells von Paxton trägt den Titel »An der Macht«. Er führt zahlreiche Faschismusforscher an, die faschistische Regime als nicht monolithisch und somit als nicht statisch beschreiben. Es werden verschiedene Machtzentren (Partei, Militär, alte Verwaltung, ökonomische Eliten) benannt, die zum Teil in Konkurrenz zueinander standen. Dadurch konnte sich erst die alles zusammenhaltende »Herrschaft des Führers« entfalten. Neben dem Machtkampf der verschiedenen Institutionen errichteten die deutschen und italienischen Faschisten erfolgreiche Parallelorganisationen, die den Be-



reich der Freizeitgestaltung übernahmen und so die gesamte Gesellschaft bis auf ein paar »Inseln der Abgetrenntheit«[11] durchzogen. Zum Problem für die faschistischen Parteien wurde, dass nun haufenweise Karrieristen und Opportunisten in die eigenen Reihen strömten. Die Konservativen verloren Stück für Stück ihre alte Macht an die neuen Institutionen der Faschisten bzw. deren Personal. Ganz ersetzt wurde die alte Bürokratie aber nie. Trotzdem soll nach Paxton auf dieser Stufe seines Modells nicht nur auf das Handeln des Führers und seiner Partei fokussiert werden, sondern die Spannungen innerhalb des faschistischen Regimes. Gleichzeitig gilt es festzuhalten, dass die faschistischen Regime auf breite Mehrheiten in der Bevölkerung zählen konnten. Die »faschistische Revolution« war lediglich eine kulturelle, die die Nation in den mentalen Kriegszustand heben sollte, denn Eigentum und soziale Hierarchien wurden nie grundsätzlich angetastet.

Radikalisierung oder Entropie

Die fünfte Stufe trägt die Bezeichnung »Radikalisierung oder Entropie[12]«. »Faschistische Regime konnten es sich an der Macht nicht einfach bequem machen«[13], sie hatten zu viel versprochen, um ganz unterschiedliche Interessen zu bedienen. Deshalb mussten sie den Eindruck erwecken, eine vorwärts stürmende Kraft zu sein. Es blieben zwei Auswege: Die Entwicklung beruhigen und zu einer autoritären Diktatur (Spanien, Portugal) transformieren oder sich weiter zu radikalisieren, wie dies in Deutschland der Fall war. Hier konnten die Nazis ihre Ideen von radikaler Umgestaltung und rassistischen Phantasien voll ausleben. Die Herrschaft Mussolinis wiederum zeichnete sich durch eine Wellenbewegung von Normalisierung und Radikalisierung aus. Im Radikalisierungsstadium zeigt sich für Paxton der Faschismus in seiner klarsten Form, »der Freisetzung zerstörerischer Gewalt«[14].

Fazit

Kein Faschismustheoretiker hat wie Paxton versucht, verschiedene Theorien sowie die unterschiedlichen Formen, in denen uns Faschismus begegnet, in ein Gebäude zusammenzubringen. Es wird gesagt, Marx habe Hegel vom Kopf auf die Füße gestellt. Damit ist gemeint, dass Gedanken nicht aus dem Nichts entstehen, sondern gesellschaftliche, also soziale und damit politische und ökonomische Voraussetzungen haben. Das kann auch über Paxton in Bezug auf die neuen Faschismustheorien gesagt werden. Sie untersuchen verschiedene Faschismen in der Bewegungsphase, in der sie noch keinen realpolitischen Einschränkungen unterlagen. Wegen der Einbeziehung des jeweils spezifischen sozialen und nationalen Kontextes, lohnt sich eine tiefergehende Auseinandersetzung mit Paxtons Ansatz. ■

5| Paxton (2006): S.154
6| Vgl. Paxton (2006): 151–154
7| Paxton (2006): S.157
8| Paxton (2006): S.164
9| Paxton (2006): S.167
10| Paxton (2006) S. 174
11| Paxton (2006): S. 181
12| Entropie kommt aus dem Griechischen und bedeutet Umkehr, Wendung oder Umwandlung – gemeint ist hier mit, dass sich Faschismen bzw. deren Bewegungen in »normale« autoritäre Diktaturen oder evtl. gar in bürgerlich verfasste Demokratien entwickeln können ohne einen totalen Zusammenbruch wie in Deutschland 1945 erlebt zu haben.
13| Paxton (2006): S. 218
14| Paxton (2006): S. 248

Lampedusa in Hamburg

Hamburger Unterstützer_innenkreis

Die Gruppe Lampedusa in Hamburg (LiHH) trat Anfang Mai 2013 beim evangelischen Kirchentag erstmals an die Öffentlichkeit. Sie beschreibt ihre Geschichte so: »Wir sind alle aus verschiedenen Ländern, zu verschiedenen Zeiten und aus verschiedenen existenziellen Gründen nach Libyen gegangen. Dort haben wir gelebt und gearbeitet – auch noch als bereits Kämpfe zwischen Rebellengruppen und Regierungskräften ausgebrochen waren. Mit dem Eintritt der NATO in den Konflikt eskalierte der Krieg im ganzen Land. Unter Verlust von allem, was wir besaßen, den Tod ständig an unserer Seite, erreichten wir Lampedusa. Wir wurden in verschiedene Regionen in Italien verteilt, untergebracht und minimal versorgt im Rahmen des EU-Programms 'Notstand Nordafrika' (emergenza nordafrica). Wir durchliefen den Prozess der Einzelverfahren und erhielten Aufenthalt und italienische Dokumente, die unseren Schutzstatus garantieren. Aber kurz danach wurde das Notprogramm beendet. Die italienischen Behörden setzten uns im Winter 2012 auf die Straße, erklärten, dass es keine Lebensperspektive dort für uns mehr gäbe. Sie forderten uns auf, in andere Länder der EU zu gehen.« In ganz Europa existiert »Lampedusa« – gerade ist eine Gruppe publik geworden, die in einer Frankfurter Kirche Unterschlupf fand.

Wir können aufgrund des beschränkten Platzes nicht auf alle notwendigen Details und Entwicklungen eingehen – beispielsweise auf die ganze Vielfalt der solidarischen Aktionen oder die teilweise problematische Haltung der Kirche.

Die in Hamburg Gestrandeten konnten im städtischen Erfrierungsschutzprogramm für obdachlose Menschen den letzten Winter notdürftig überstehen. Als dieses Mitte April 2013 schloss, begannen sich die nunmehr obdach- und mittellosen Menschen zu organisieren. Schnell fanden sie Unterstützung durch Gruppen und Einzelpersonen vor allem aus dem linken und antirassistischen Spektrum. Eine engagierte Kirchengemeinde bot dann Unterkunft für 80 Menschen an und wurde damit öffentlichkeitswirksamer Mittelpunkt der folgenden Auseinandersetzung.

Grundlage des sich in dieser Notlage bildenden Netzwerks von unterschiedlichsten Menschen und Organisationen war und bleibt die Selbstorganisation der Gruppe. Weil sie ihr Problem nicht nur als ein humanitäres, sondern eben als ein in erster Linie politisches artikuliert, konnte ihr Kampf einen Anknüpfungspunkt für alle bieten, die dem europäischen Migrationsregime kritisch gegenüberstehen.

Mit der Unterbringung von ca. 80 Gruppenmitgliedern in der St. Pauli-Kirche hat sich dort eine Form von Unterstützung etabliert, die dem Selbstverständnis des Stadtteils als alternativem bis linkem Kiez, geprägt vom Hafen und FC St. Pauli, entspricht. Ex-Türsteher Hotte, der die Tür zur Kirche wegen der Angst vor Überfällen nachts bewacht, die Kinder der benachbarten Stadtteilschule, die ihre Turnhalle als Unterkunft anbieten, von pensionierten Lehrer_innen organisierte Deutschkurse, Kultur- und Sportveranstaltungen sowie die engagierte Fanszene des FC St. Pauli standen der in Deutschland aufkommenden Pogromstimmung gegen Geflüchtete wie u.a. in Berlin-Hellersdorf entgegen und ermöglichten vielen Menschen eine Identifikation. Leider wird oft vergessen, dass Protest und Unterstützung deutlich dezentraler und auch uneinheitlicher sind als die übliche Darstellung der St. Pauli-Kirche. So war der Ausgangspunkt des Protestes nach dem verhinderten Aufbau einer Zeltstadt im Mai 2013 das Infozelt am Hamburger Hauptbahnhof, das bis heute als Treffpunkt für die Gruppe und ihre Unterstützer_innen besteht.

Von Anfang an war klar, dass die Hamburger SPD-Regierung die LiHH-Gruppe loswerden möchte. Nachdem sich die Kirche im Mai 2013 aus den Verhandlungen zurückgezogen hatte, da sie nicht als Erfüllungsgehilfin der Abschiebebestrebungen des Senats fungieren wollte, schien dieser zu hoffen, dass der Bewegung und Solidarität mit der Zeit die Luft ausgehen würde. Dies geschah allerdings nicht: Die Gruppe schaffte es, unter schwierigsten Bedingungen zu bestehen und geeint aufzutreten, wobei sie selbstbewusst immer wieder Forderungen artikulierte.

Die Solidarität aus der Hamburger Bevölkerung wuchs immer weiter und es gab ein steigendes Interesse für die

Hintergründe der Forderung nach einer Anerkennung als Kollektiv. Auch das Interesse der Medien riss nicht ab. Die im September 2013 durch die europäische Flüchtlingsabwehr hervorgerufene Katastrophe vor Lampedusa warf weiteres Licht auf die prekäre Situation der Überlebenden. Die Gruppe wies immer wieder auf die Rolle des NATO-Mitglieds Deutschland als Fluchtverursacher hin und benannte die Zusammenhänge zwischen kriegerischen Interventionen »im Namen der Menschenrechte«, der Ausbeutung des afrikanischen Kontinents und ihrer Flucht.

Im Herbst wurde die Notwendigkeit für den Senat stärker, zu beweisen, dass er die Situation unter Kontrolle habe. Die rassistische »Law and Order«-Politik passt sehr gut zur Hamburger SPD, da diese sich nie von ihrer diskriminierenden Politik der Schill-Ära gelöst hat und schon länger führende Persönlichkeiten des rechten SPD-Spektrums stellt. Es wurden polizeiliche Kontrollen durchgeführt, die dazu führten, dass mehrere Mitglieder der Gruppe als des »illegalen Aufenthalts« Verdächtige festgenommen und ED-Behandlungen unterzogen wurden. Jedoch rief diese Aktion eine unerwartet große Welle von Protesten hervor, befeuert durch eine Diskussion um »racial profiling«.

Die andauernden Proteste führten zu einer vorläufigen Aussetzung der Kontrollen, was als kleiner Erfolg zu werten ist. Dennoch gibt es keinen Anlass zur Hoffnung, dass der Hamburger Senat von seiner Haltung abrücken wird: Die Forderung nach einem Recht auf Aufenthalt wird stets mit dem Hinweis beantwortet, rechtsstaatliche Verfahren würden für alle gelten und eine Verfahrensgarantie für den Klageweg durch die Instanzen sei größtmögliches und auch außerordentlich großzügiges staatliches Entgegenkommen.

Kürzlich antwortete Innensenator Neumann auf die Frage, warum er nicht ein einziges Mal das Gespräch mit den Flüchtlingen gesucht habe: »Denken Sie etwa, dass es die Aufgabe eines Innensenators wäre, sich mit Kriminellen zu unterhalten?«



Foto: flickr.com; Rasande Tyskar-CC BY-NC 2.0

Abgesehen davon, dass dies selbstverständlich zu seinen Aufgaben gehören sollte, offenbart diese öffentlich demonstrierte markige Härte, dass die regierende SPD nicht an einer Lösung interessiert ist, die den Betroffenen den Status als gleichwertige, anzuerkennende Menschen zugesteht. Ergänzend vollbringt sie das Kunststück, Unterstützer_innen bis hin zur Kirche zu kriminalisieren und sich gleichzeitig mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement in der »weltoffenen Hansestadt« zu brüsten.

Daran ändert auch das Bekenntnis: »Ja, es muss sich (irgendwann) etwas an der europäischen Flüchtlingspolitik ändern« nichts, das die Hamburger SPD in einem Papier, unter dem Titel »Flüchtlingspolitik in Hamburg – humanitär und rechtsstaatlich«, gerade präsentierte.

Eine Demonstration am 2. November 2013 mit ca. 20.000 Teilnehmer_innen hat jedoch ein deutliches Zeichen gesetzt – seit langem sind in Hamburg nicht mehr so viele Menschen auf die Straße gegangen. Die Stärke der Bewegung ermöglicht der Gruppe, trotz der starren Haltung des Senats selbstbewusst zu agieren und an ihrer Forderung nach einer solidarischen Gruppenlösung nach §23 Aufenthaltsgesetz festzuhalten. Fast täglich ereignen sich Protestaktionen und wir hoffen, dass alle solidarisch Engagierten den langen Atem bewahren können, mit dem uns unsere Freunde der Gruppe »Lampedusa in Hamburg« so tief beeindrucken. Viel hängt auch davon ab, ob diese Menschen, die seit Jahren jeder Lebensperspektive beraubt sind, dem Druck weiter standhalten können. Sie haben jedoch auch kaum eine andere Wahl, als ihr Recht durchzusetzen, in Europa überhaupt existieren zu dürfen. ■

»Wir müssen die Ratten loswerden«

Antiziganismus in Duisburg

Michael Lausberg

Seit der EU-Osterweiterung 2007 kamen mehr als 6.500 Zuwander_innen aus Südosteuropa, vor allem aus Bulgarien und Rumänien, nach Duisburg. Die Migrant_innen werden fälschlicherweise alle als »Roma« oder in diskriminierender Weise als »Zigeuner« bezeichnet. Aufgrund von antiziganistischen[1] Stereotypen, die in der deutschen Mehrheitsgesellschaft stark verankert sind, werden sie Opfer von gesellschaftlicher Ausgrenzung.

Aus dem Porajmos im Nationalsozialismus, dem nach Schätzungen europaweit mehr als 500.000 Sinti und Roma zum Opfer gefallen sind, hat das postfaschistische Deutschland wenig gelernt. Antiziganistische Stereotype entstanden in den vergangenen Jahrhunderten und werden seitdem wie ein »kultureller Code« in der Gesellschaft von Generation zu Generation weiter tradiert. Wissenschaftliche Studien belegen, dass antiziganistische Einstellungsmuster nicht nur von der extremen Rechten vertreten werden, sondern in der deutschen Gesellschaft fest verankert sind. Aus einer 2011 durchgeführten Studie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geht hervor, dass über 40 Prozent der Bevölkerung antiziganistisch eingestellt ist.[2]

Antiziganistischer Hass von der alltäglichen Herabwürdigung bis zur physischen Bedrohung gehört zur bundesrepublikanischen Wirklichkeit. Hier wird nun speziell auf die Ereignisse in Duisburg bis zum Herbst 2013 eingegangen, die trotz spezieller lokaler Bedingungen in den gesellschaftspolitischen deutschen Kontext eingebettet werden müssen.

Antiziganistische Hetze in der »Mitte« der Gesellschaft

Die soziale Situation vieler Zuwander_innen in Duisburg ist als äußerst schwierig zu bezeichnen. Innerhalb einer Übergangszeit bis längstens 31. Dezember 2013 dürfen bulgarische und rumänische Staatsangehörige nur mit einer ausdrücklichen Genehmigung der Bundesagentur für Arbeit beschäftigt werden. Ein Anspruch auf soziale Leistungen mit Ausnahme von Wohn- und Kindergeld gibt es nicht.

Die Migration konzentriert sich auf bestimmte Duisburger Stadtteile, in denen bereits migrantische Strukturen vohanden sind und Wohnraum bezahlbar ist. Besonders in den Stadtteilen Hochfeld und Bergheim kam es zu Protesten mit teils rassistischem und wohlstandschauvinistischem Hintergrund gegen die Migrant_innen. Einige Immobilienbesitzer_innen aus Duisburg-Hochfeld, die auf eine »Aufwertung« des Stadtteils spekulierten, wollten mit einem offenen Brief vor allem »gegen den Zuzug von Bulgaren protestieren«, den sie im weiteren Verlauf als »Ströme problembeladener und bildungsferner Wanderungsbewegungen« bezeichneten. Im bürgerlichen Stadtteil Duisburg-Bergheim wohnen südosteuropäische Zuwander_innen, darunter auch Roma, in dem Hochhaus »In den Peschen«, das in der Presse in abwertender Weise »Problemhaus« oder »Roma-Haus« genannt wird. Dieses Haus wurde durch intensive Medienberichterstattung zum bundesweiten Symbol für die »Armutsmigration« aus Südosteuropa. Rassistische Anwohner_innen in Bergheim hetzen seit geraumer Zeit gegen die Migrant_innen und versuchen, dies als legitimen Protest gegen die »Zustände« im bürgerlich geprägten Stadtteil darzustellen. Ihre Strategie besteht darin, in der Öffentlichkeit als Vertretung der politischen »Mitte« wahrgenommen zu werden und sich von jeglicher rassistischen Gesinnung offiziell zu distanzieren. 300 Anwohner_innen im Stadtteil unterschrieben eine Petition zur »Umsiedlung« der Zuwander_innen. Diese »Umsiedlung« sollte erfolgen, »da unsere Wohn- und Umfeldqualität, welche in Jahrzehnten gewachsen ist, durch diese Zuwanderer zerstört wird und wir das als Bürger nicht hinnehmen werden«.[3] In einem essenzialisierenden Sinne wurde argumentiert, dass die Migrant_innen aufgrund ihrer Mentalität und Lebensart nicht integrierbar seien. Damit wurden alle

1| Bei der Definition von Antiziganismus beziehe ich mich auf End, M.: Antiziganismus. Zur Verteidigung eines wissenschaftlichen Begriffs in kritischer Absicht, in: Bartels, A./Ders./von Borcke, T./Friedrich, A. (Hg.): Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse, Münster 2013, S. 39-72, hier S. 47

2| Heitmeyer, W.: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt, in: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Frankfurt/Main 2012, S. 15-41, hier S. 38f

3| www.duisburgweb.de/2012/Bilder/Politik/2012.09/Protest_OB.pdf



[1] Lokale und überregionale Medien dienten als Motoren und Multiplikatoren einer Ethnisierung des Sozialen. (Faksimile aus der BILD-Zeitung vom 6. März 2013)

Zuwander_innen ohne Ansehen des Individuums homogenisiert und ihnen unveränderliche deviante Merkmale zugeschrieben, die nicht mit einer wie auch immer gearteten bürgerlichen »deutschen Kultur« vereinbar wären und eine Separierung von der Mehrheitsbevölkerung notwendig mache. Bei einem »politischen Abendgebet«, das der Pfarrer Heiner Augustin organisiert und mit dem Thema Zuwanderung verknüpft hatte, äußerte ein Anwohner: »Das sind keine Menschen, das sind Untermenschen«[4]. Einige Anwohner_innen verteilten vor dem Duisburger Rathaus rassistische Flugblätter mit der Überschrift »Raus mit den Zigeunern!«[5].

Zuspitzung durch die extreme Rechte

Die extreme Rechte brauchte nur noch die rassistische Stimmung in der »Mitte« der Gesellschaft aufzunehmen und zuzuspitzen. Die NPD verteilte mehrmals Flugblätter in Bergheim und hielt dort am 18. Mai 2013 eine Kundgebung ab. Auch Pro NRW veranstaltete am 12. März 2013 im Stadtteil eine Demonstration und hetzte auf ihrer Internetseite gegen »Zigeuner«.

Im April 2013 wurden Roma in Facebookgruppen als »Menschenmüll« beschimpft. Rassistische Parolen und Mordaufrufe von NutzerInnen der Facebook-»Diskussionsgruppe« »In den Peschen 3–5« wie »Abbrennen soll mann die bude«, »Wir müssen die Ratten loswerden«, »Alles schreit abbrennen aber warum macht es denn keiner?« um den 10. August 2013 bildeten eine neue Qualität der Hetze. Am 29. August kam es zu einer Kundgebung der rechten Partei Pro Deutschland in der Nähe des Hauses »In den Peschen«, der sich ca. 900 Antifaschist_innen entgegenstellten. Bei einer Veranstaltung von Gegendemonstrant_innen aus dem bürgerlichen Spektrum durfte ein in der Vergangenheit wegen antiziganistischer Äußerungen aufgefallener Anwohner sprechen. Auch der Duisburger Oberbürgermeister Sören Link unterschied in seinem Redebeitrag zwischen »guten« integrations- und arbeitswilligen und »schlechten« angeblich kriminellen und auf Sozialmissbrauch spekulierenden Zuwander_innen.

Im Bundestagswahlkampf nutzte die NPD u.a. antiziganistische Plakate um auf sich aufmerksam zu machen. Diese Hetzkampagne fand offensichtlich Resonanz, erhielt sie doch 4,2 Prozent der Erst- und 2,8 Prozent der Zweitstimmen im gesamten Duisburger Stadtgebiet. Bei einer Demonstration von Bergheimer Anwohner_innen gegen die »Zustände« in ihrem Stadtteil am 5. Oktober 2013 zeigte sich das wahre Gesicht der sich selbst in der »Mitte« der Gesellschaft verortenden Bürger_innen. Die Redebeiträge waren voll von rassistischer Hetze, Gegendemonstrant_innen wurden gewaltsam entfernt. Einige der Teilnehmende der bürgerlichen Versammlung solidarisierten sich später mit den Parolen von Pro NRW, die am selben Tag auch eine Kundgebung in Bergheim abhalten durfte. Am 9. Oktober 2013 wurde ein zum großen Teil von Roma bewohntes Haus in Duisburg-Hochheide in Brand gesetzt, wobei 17 Personen verletzt wurden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es sich dabei um einen antiziganistisch motivierten Anschlag handelt.

Ethnisierung des Sozialen in Medien und der Politik

Die Hetze gegen Migrant_innen aus Südosteuropa hat ihren Ursprung nicht am »rechtsextremen« Rand, sondern in der sich als demokratisch bezeichnenden »Mitte der Gesellschaft«. Lokale und überregionale Medien dienen als Motoren und Multiplikatoren der Ethnisierung des Sozia- →

4| http://taz.de/Osteuropaeische-Roma-im-Ruhrgebiet/!105347/
5| www.derwesten.de/staedte/duisburg/duisburger-fuehlen-sich-in-der-einwanderungsdebatte-von-der-politik-allein-gelassen-id7158128.html
6| Bild vom 4.3.2013
7| Focus 10/2013, S. 46ff
8| www.welt.de/kultur/article114753394/Wer-ist-schuld-am-Elend-der-Zigeuner.html
9|www.derwesten.de/staedte/duisburg/streit-ueber-zuwanderung-was-minister-friedrich-auf-links-kritik-antwortet-id8051194.html?ciuac=true
10| Ebd.
11| Ebd.
12| Siehe dazu: www.glasgow.gov.uk/NR/rdonlyres/864C47EO-473B-A6C5-72326E929374/0/MigrantWorkersEnglishpack.pdf



Foto: Michael Lausberg

[1] Duisburg: Ein von »Stimme der Migranten e.V.« umfunktionierter Gemeindesaal, in dem nun Deutschunterricht stattfindet.

len; Zuwanderung wird in einer Semantik der Gefahren präsentiert und altbekannte Stereotype über Roma transportiert. Die Bild-Zeitung mit dem Schwerpunkt Ruhrgebiet bemerkte: »Politiker befürchten: Zehntausende kommen und kosten Millionen.«[6] Das Nachrichtenmagazin Focus titelte »Die Armut kommt« und stellte undifferenziert alle Zuwander_innen als Kriminelle dar: »Ein Flüchtlingstreck hat sich gen Westen aufgemacht. (...) Aus Notquartieren in Köln oder Duisburg starten Kinderbanden ihre Raubzüge durch das Land. Das Elend wird exportiert.«[7] Die Welt entwarf das Schreckensszenario von einer »Masseneinwanderung« ab 2014, wenn Arbeitnehmer_innen aus Bulgarien und Rumänien überall in der EU und somit auch in der BRD leben und arbeiten dürfen.[8]

Bundesdeutsche Politiker wie der Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) heizten die Stimmung noch mit populistischen Statements an. Friedrich hatte bei einem Treffen der EU-Innenminister einen härteren Kurs gegen »betrügerische Armutseinwanderer« angekündigt: »Wer Sozialleistungen missbraucht, soll ausgewiesen werden.«[9] Zudem wolle er Ausgewiesenen, obwohl sie EU-Bürger sind, »eine Einreisesperre für eine bestimmte Zeit auferlegen, damit sie am nächsten Tag nicht wiederkommen können.«[10] Der Duisburger CDU-Ratsfraktionschef Rainer Enzweiler begrüßte die Forderungen Friedrichs: »Der Bundesinnenminister tut gut daran, jetzt zügig entgegenzusteuern und die genannten Maßnahmen wie Ausweisung und Einreisesperre durchzusetzen. Wir dürfen auf keinen Fall den Eindruck entstehen lassen, es gebe in Deutschland oder in der EU in einigen Bereichen rechtsfreie Räume, in denen offensichtlichem Sozialbetrug tatenlos zugesehen wird.«[11]

Das Fazit fällt leider ernüchternd aus. Dass sich das gesellschaftspolitische Klima in der BRD Richtung konsequenter Ächtung des Antiziganismus in nächster Zeit wandelt, ist nicht zu erwarten. Eine schnelle Patentlösung zur Bekämpfung des Antiziganismus gibt es nicht; jahrhundertelang tradierte Stereotype lassen sich nicht in kurzer Zeit überwinden. In Duisburg und anderen Städten können nur multiperspektivische auf die lokale Struktur zugeschnittene Ansätze helfen, zu einer Versachlichung der Situation zu gelangen. Die Reduzierung der Beschreibung von Zuwanderung in einer Semantik der Gefahren und die öffentlich proklamierte Grundausrichtung einer Willkommenskultur in Anlehnung an die schottische Stadt Glasgow[12] wären ein Anfang. ■

Neues Gutachten im Fall Oury Jalloh

Scheinheilige Überraschung bei der Dessauer Staatsanwaltschaft

Der Dessauer Oberstaatsanwalt Folker Bittmann klang, als sei plötzlich ein lange verschollenes Beweisstück aufgetaucht. »Das sind sehr ernste, überraschende und zum Teil erschreckende Informationen«. Man müsse »jetzt sehr genau prüfen, wie man weiter vorgeht. Das kann nicht einfach weggewischt werden«. Er stellte neue Ermittlungen in Aussicht.

30.000 Euro hatten Aktivist_innen für ein unabhängiges Brandgutachten bei Unterstützer_innen gesammelt. Es war die letzte Chance, die sie sahen, den Feuertod Oury Jallohs in einer Dessauer Polizeizelle am 7. Januar 2005 aufzuklären. Mit dem Geld bezahlten sie den britischen Brandgutachter Maksim Smirnou. Er sollte eine Antwort auf die Frage finden, wie Oury Jalloh trotz Fesselung an Armen und Beinen auf einer feuerfesten Matratze vollständig verkohlen konnte. Er kommt zu dem Schluss: Die schnelle und völlige Zerstörung der feuerfesten Matratze, auf der Oury Jalloh fixiert war, das Ausmaß und die Intensität der Verkohlung des Körpers bis in tiefe Hautschichten sei nur durch fünf Liter eines Brandbeschleunigers, etwa Benzin, möglich.

Die Ergebnisse des Gutachtens sind in einem Video festgehalten. Die Aktivist_innen haben darin auch Bilder geschnitten, die das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt direkt nach dem Brand in der Zelle mit der noch gefesselten Leiche gemacht hat. »Wir haben diese Bilder seit acht Jahren und sie bislang nicht gezeigt. Wir haben das aber jetzt für notwendig gehalten«, sagt Nadine Saeed von der »Initiative in Gedenken an Oury Jalloh«. Dies sei nicht geschehen, »um Schockeffekte zu erhaschen und Druck aufzubauen, sondern um sie den Bildern aus den neuen Brandversuchen gegenüberzustellen. Nur so kann man verstehen, was geschehen sein muss, damit ein solches Brandbild entsteht wie in der Dessauer Polizeizelle.« In dem Video wird auch deutlich, dass die Justiz von Beginn an nur in eine Richtung ermittelt hat: Noch bevor er den Gewahrsamstrakt betritt, ist ein Polizist mit den Worten zu hören: »Ich begebe mich jetzt in den Keller, in dem sich ein schwarzafrikanischer Bürger in einer Arrestzelle selbst angezündet hat.«

Als die verstörenden Bilder von Oury Jallohs Leiche zeitgleich mit der Präsentation des Brandgutachtens ins Netz gestellt wurden, war der Erklärungsdruck groß. Medien von Berlin über London bis nach New York interessierten sich wieder für den Fall. Der Oberstaatsanwalt Folker Bittmann sagte »Spiegel Online«: »Von Anfang an stand natürlich die Frage im Raum, ob vielleicht ein Dritter die Finger im Spiel hatte.« Es habe dazu bislang aber keine Anhaltspunkte gegeben. »Wenn es jetzt etwas ganz Neues gibt, werden wir das natürlich aufgreifen.«

»Eine Unverschämtheit«, sagt Saeed zur Einlassung der Anklagebehörde. »Die Staatsanwaltschaft in Dessau tut jetzt so, als ob es ihr nicht möglich gewesen wäre, das herauszufinden, was wir herausgefunden haben. Dabei haben wir jahrelang im Prozess auf genau so ein Gutachten gedrängt und sie haben das immer abgelehnt.« Am 11. November hat die Initiative beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe »Strafanzeige wegen Totschlag oder Mord gegen unbekannte Polizeibeamte« erstattet. Sie begründete die Anrufung der obersten Strafverfolger damit, dass es sich um eine »besonders schwere Straftat mit Bezug zur inneren Sicherheit und Verfasstheit der Bundesrepublik handle und die Täter notwendigerweise Polizisten sein müssen«. Die Justiz in Sachsen-Anhalt habe »acht Jahre Zeit« gehabt, sagt Saeed. »Sie hat bewiesen, dass sie nicht gewillt ist, Oury Jallohs Tod aufzuklären. Der Rechtsstaat hat da versagt. Wir wollen, dass das jetzt außerhalb von Sachsen-Anhalt gemacht wird.« ■

Eine Demonstration in Gedenken an Oury Jallohs 9. Todestag findet am 7. Januar 2014 um 14 Uhr am Hauptbahnhof Dessau-Roßlau.

Mehr Informationen: initiativeouryjalloh.wordpress.com

Nicht verfolgt genug?

Zur Situation lesbischer Frauen im NS

Seit April 2012 hängt in der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Ravensbrück eine Gedenktafel für die als homosexuell verfolgten inhaftierten Männer dieses Lagers. Eine für die lesbischen Gefangenen sollte folgen. Dies wurde jedoch Anfang des Jahres von der zuständigen Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten abgewiesen, mit der Begründung, dass Lesbisch-Sein, im Gegensatz zur männlichen Homosexualität, kein spezifischer Verfolgungsgrund im Nationalsozialismus war.[1] Die Argumentation erinnert stark an die Auseinandersetzungen zur Gestaltung des Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen in Berlin[2] und verdeutlicht den Umgang mit der Problematik des Themenfeldes Lesbisches Leben im deutschen Faschismus.



Die letzte Ausgabe des AIB beschäftigte sich mit Homophobie in der rechten Szene und im Nationalsozialismus und stellt fest: »Lesbische Frauen standen dagegen weniger stark im Fokus der Verfolgungsbehörden als schwule Männer. Da sie zudem im Konzentrationslagersystem meistens das schwarze Dreieck für ›Asoziale‹ erhielten, fiel ihre Präsenz dort im Vergleich zu den homosexuellen männlichen Gefangenen weniger auf – was ihre Nichtbeachtung in der historischen Forschung nach sich zog.«

Tatsächlich behandelte der §175 StGB, der die Kriminalisierung und Verfolgung »widernatürlicher« sexueller Handlungen regelte, nur Männer als potentielle Straftätige für dieses Vergehen. Daraus aber eine Nicht-Verfolgung von Lesben in Nazi-Deutschland zu schlussfolgern, wie es teilweise in der öffentlichen Debatte geschieht, ist ein kurzsichtiger Fehlschluss. Hier werden die sexistischen Denkmuster reproduziert, aus denen die unterschiedliche Verfolgungsrealität von männlichen und weiblichen Homosexuellen resultierte.

Versuche der expliziten Kriminalisierung

Tatsächlich gab es durchaus Verhandlungen darüber, §175 StGB auch auf lesbische Handlungen auszudehnen. Der Jurist Rudolf Klare und der NS-Philosoph und Pädagoge Ernst Bergmann plädierten z.B. stark dafür und

1| siehe z.B.: www.queer.de/detail.php?article_id=18253
2| sie z.B.: www.lesben-geschichte.de/ns_mahnmal_berlin_d.html
3| Begriff für weibliche Homosexualität, aus dem griechischen Begriff für Reibung, bezieht sich auf nicht-penetrative Sexualpraktiken
4| Schoppmann, Claudia, S.37. In: Grau, G.: »Homosexualität in der NS-Zeit. Dokumente einer Diskriminierung und Verfolgung«
5| Zitat aus Verhandlungen von 1937: »...ein Mann der dauerhaft homosexuell tätig ist, verliert allmählich überhaupt die innere Fähigkeit, mit einer Frau zu verkehren. Dasselbe kann man aber von der Frau nicht behaupten. Praktisch ist es ohne Bedeutung, ob die Frau frigide geblieben ist oder für sie der Geschlechtsverkehr ein Erlebnis ist.« siehe Schoppmann, S.104

argumentierten, dass von veranlagt »tribadischen«[3] Frauen eine Verführungsgefahr für heterosexuelle potentielle Mütter und Ehefrauen ausgehe. Sie sprachen sich daher z.T. gar für eine »kurierende Zwangsbegattung« von »Mannsweibern« aus, müsste nicht »leider« befürchtet werden, dass aus diesen Vergewaltigungen »entartete« (weil homosexuell veranlagte) Nachkommen entstehen könnten.[4]

In diesen Argumentationen finden sich bis heute vorhandene allgemein homo-, sowie speziell lesbophobe Elemente, die einem biologistisch nationalsozialistischen Menschenbild entsprechen: die Vorstellung einer angeborenen und weitervererbbaren »Entartung«, die Angst vor der Verführung wertvoller Humankapitalsträger_innen; aber auch die Aberkennung der Weiblichkeit lesbischer Frauen und die Vorstellung der »kurierenden Vergewaltigung«.

Letztendlich fiel die Entscheidung des Reichsjustizministeriums 1935 aber so aus, dass Frauen vom §175 StGB ausgenommen waren. Entscheidend war die Einschätzung, dass die Zeugungsbereitschaft der Frauen durch homosexuelle Handlungen bedeutend weniger gefährdet sei, als die Zeugungskraft des Mannes. Homosexuelle Frauen seien, anders als Männer, »trotzdem fortpflanzungsfähig« und »stets geschlechtsbereit«. Dahinter steckt ein althergebrachtes Bild vom Mann als aktivem Part der Zeugung, welcher auf keinen Fall seine wertvolle Zeugungskraft fehlgeleitet verschwenden sollte, während der weibliche Körper ein immer verfügbares passives Mittel zur Nachkommensproduktion sei, wofür allerdings das Wohlgefallen an der Aktion nicht vonnöten sei.[5]

Eine weitere Begründung für die Ablehnung der Ausdehnung des §175 StGB auf lesbische Liebe war die Befürchtung, dass es zu einer Welle von Fehldenunziationen kommen würde, da Frauen generell eine zärtlichere Umgangsweise untereinander pflegten und darin auch eine »Neigung zu Überschwänglichkeit« hätten.[6]

Allerdings zeigt diese ausführliche Debatte, dass es keine Akzeptanz oder Toleranz gegenüber lesbischen Lebens und Liebens war, die eine explizite Kriminalisierung ausbleiben lies. Vielmehr war es ein Übergewicht an patriarchalem Sexismus, der sich die Anerkennung einer weiblichen Sexualität und Lebensweise als politisch relevant nicht abringen konnte. Anders sah es z.B. im annektierten Österreich aus, dort galt der §129 für Männer und Frauen, auch wenn statistisch weit weniger Frauen dafür sanktioniert wurden, was wieder mit der allgemeinen Unsichtbarkeit weiblicher Sexualität erklärbar ist.

Verschleierte Verfolgung

Schließlich heißt die Nicht-Ausdehnung des deutschen §175 auf Frauen nicht, dass lesbisches Leben im Nationalsozialismus unverfolgt und sicher möglich gewesen wäre. Zwar gab es keinen rosa Winkel für lesbische Frauen, doch konnte wie oben erwähnt das dehnbare Stigma der »Asozialität« leicht über sie verhängt werden und ebenso zur Einweisung ins Konzentrationslager führen. Ein Großteil der Insass_innen des Jugend-KZ für Mädchen und junge Frauen in der Uckermark[7] z.B. wurde genau aus diesem Grunde oder aus dem verwandten Grund der »sexuellen Verwahrlosung« interniert. Es ist im Nachhinein schwer nachzuvollziehen, wie oft hierunter lesbische Handlungen fielen, doch ist durch Aussagen von Überlebenden belegt, dass dies vorkam und es gibt einzelne Häftlingsunterlagen aus Ravensbrück, in denen »Lesbisch« als Haftgrund angeführt wird.[8]

Ferner mussten lesbische Frauen ebenso die Zerstörung homosexueller, also auch lesbischer, Infrastruktur erleiden. Die Zerstörung von Hirschfelds Institut für Sexualwissenschaft traf nicht nur Schwule, sondern auch Lesben und Trans*menschen, der Bücherverbrennung fielen ebenso Werke explizit lesbischer Frauen, wie Johanna Elberskirchen zum Opfer. Lesbische Medien, wie die Zeitschrift »Die Freundin« wurden verboten, Lokale überwacht und geschlossen, was zur einer Quasi-Verunmöglichung lesbischen Lebens außerhalb von schon bestehenden Freundinnenkreisen führte, da es keine Möglichkeiten öffentlicher Kontaktaufnahme und Treffpunkte mehr gab.[9] Die nationalsozialistischen Familienideale und damit verbundene Politik machten es zudem Frauen schwer ohne einen Ehemann zu leben, was viele in Scheinehen trieb.

Kein Verfolgungs-Wettrechnen

So ist bei den Debatten um das Gedenken an homosexuelle Opfer der Nationalsozialisten die These der Nicht-Verfolgung von Lesben zurückzuweisen, ohne die geschlechtsspezifische Auswirkung der Homophobie im NS zu verleugnen. »Der Begriff der Verfolgung darf nicht an der Quantität oder der Qualität der Verfolgungshandlung festgemacht werden [...]. Sonst müssen wir beginnen die Toten, Inhaftierten, Geschlagenen oder in den Suizid Getriebenen gegenseitig aufzurechnen.«[10] Das kann nicht Ziel emanzipativer Faschismusanalyse und Gedenkarbeit sein. Vielmehr gilt es Kontinuitäten homophober Politik und Denkmuster in verschiedenen politischen Parteien und gesellschaftlichen Debatten zu suchen und aufzuzeigen und dabei ganz besonders auf die unreflektierte Ignoranz gegenüber lesbischen Lebensrealitäten gestern wie heute zu achten.[11] ■

6| Dr. Schäfer, zitiert nach Schoppmann, S. 102
7| http://gedenkort-kz-uckermark.de
8| Schoppmann, S.40
9| vgl. Ansprache von Prof. Dr. Corinna Tomberger bei einer Gedenkveranstaltung am Mahnmal für die verfolgten Homosexuellen; www.spinnboden.de/gedenken-erinnern/lesbische-frauen-im-ns.html
10| Historiker Jens Dobler, zitiert nach Tomberger, ebd.
11| So sei hier nur als kurzes Anschauungsbeispiel auf das Zitat der »Pro Deutschland«-Jugend verwiesen: »Wir, als Patrioten wollen ein gesundes Miteinander zwischen Männern und Frauen, egal ob diese heterosexuell oder schwul veranlagt sind; (...)« (siehe AIB 100), in dem deutlich wird, dass in der Kontrastierung von heterosexuell vs. schwul weibliche Homosexualität scheinbar nicht einmal mitgedacht wird.

Markieren als Sanktionieren

Der VS geht gegen linke Strukturen in Mecklenburg Vorpommern vor.

Als im Herbst 2012 der mecklenburg-vorpommerische Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2011 veröffentlicht wurde, überraschte dessen Stoßrichtung. Im November 2011 war der ›Nationalsozialistische Untergrund‹ (NSU) aufgeflogen und bekannt geworden, dass auch der Mord an Mehmet Turgut in Rostock und mindestens zwei Banküberfälle in Stralsund auf dessen Konto gehen. Trotzdem nahm das Innenministerium die antifaschistische Punkband »Feine Sahne Fischfilet« und insgesamt sechs linke Vereine ins Visier. Stellvertretend für den Rest wehrten sich drei der Vereine und die Band gerichtlich gegen ihre Erwähnung. Die Vereine mittlerweile mit Erfolg, »Feine Sahne Fischfilet« befinden sich mit ihrem Verfahren derzeit vor dem Bundesverwaltungsgericht.

Für die linke Szene in Mecklenburg-Vorpommern (M-V) war es neu, dass der Verfassungsschutz (VS) Kneipen und Kulturzentren konkret benannte und als Treffpunkte »gewalttätiger Linksextremisten« bezeichnete. Dabei wollten die Verantwortlichen im Innenministerium offenbar von den Fehlern ihrer Kolleg_innen aus Brandenburg lernen: Diese hatten 2011 verschiedene linke Vereine als »linksextrem« bezeichnet, mussten jedoch, nachdem die Projekte sich vor Gericht wehrten, die entsprechenden Stellen im Bericht schwärzen. Die mecklenburgischen VSler versuchten es auf etwas andere Weise. Die betroffenen Vereine wurden nicht konkret benannt, sondern die von ihnen betriebenen Räume, Kneipen und Begegnungsstätten als Treffpunkte »gewalttätiger Linksextremisten« bezeichnet. Die Wirkung ist indes die gleiche. Dies stellte den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung dar, die seit mindestens 2009 in den VS-Berichten zu beobachten ist: Die zunehmende Konzentration auf linke Strukturen in M-V.

Gegen die Nennung ihrer Räumlichkeiten klagten im Herbst 2012 vorerst drei Vereine vor dem Verwaltungsgericht Schwerin. Der VS wollte die Vereine lediglich als »Raum-zur-Verfügung-Steller« für linke Gruppen und Veranstaltungen benannt wissen, ihnen selbst wurden zunächst »keine extremistische Bestrebungen« unterstellt. Die Behörde konnte gegenüber dem Gericht jedoch nicht glaubhaft machen, dass für diesen Zweck nicht auch eine allgemeine Ortsangabe (z.B. »eine Kneipe im Stadtviertel XY«) ausgereicht hätte. Außerdem sind einige Vereine namensgleich mit ihren Lokalitäten, so dass die VS-Argumentation, die Vereine seien ja nicht namentlich benannt und daher nicht betroffen, die Kammer des Gerichts nicht überzeugte. Anfang 2013 entschied es, dass die Nennung der Räumlichkeiten rechtswidrig war und der Bericht geschwärzt werden müsse.

Putsch im Jugendclub

Doch das Innenministerium unter Lorenz Caffier (CDU) legte Beschwerde ein und holte sich juristische Verstärkung. Während in der ersten Instanz mehrere Hausjustitiare und ein Medizinrechtler offenbar nicht überzeugen konnten, durfte nun die internationale Großkanzlei Latham & Watkins (L&W) das Ministerium vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) vertreten. Eine nicht ganz unproblematische Wahl, denn zu L&Ws Mandanten gehörte in den USA auch die Scientology-Sekte, die jedoch in Deutschland vom Bundesverfassungsschutz beobachtet wird. Auch nach Medienberichten und Anfragen im Parlament gab man sich im Ministerium zunächst ahnungslos. Im Februar hieß es in der Ostsee-Zeitung noch, man habe »keine Kenntnis« von der Verbindung der Kanzlei zu Scientology. In der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage (Drs. 6/1703) im April klang das dann schon anders: »Dem Ministerium [...] war bekannt, dass die weltweit tätige Kanzlei [...] in einem Fall die Scientology-Organisation vertreten hat.«

In »Geheimakten«, die zwar Bewertungen des VS zu den klagenden Vereinen beinhalteten, ansonsten aber lediglich durch einen Aufdruck des Faxgerätes (»Innenministerium«) ihre Herkunft offenbarten, versuchte der VS dem OVG plausibel zu machen, warum es sich um Linksextremisten handeln würde. Aufgeführt waren Veranstaltungen wie eine Vorführung von Bini Adamczaks Hörspiel »Kleine Geschichte, wie endlich alles anders wird« und Prozess- und Verhörtrainings, bei denen nach VS-Auffassung



[1]

[1] Nachhilfestunde: Am 13. November 2012 besuchten »Feine Sahne Fischfilet« und »Audiolith Records« in Schwerin das Innenministerium M-V, um sich für die »gute Promo für Feine Sahne Fischfilet zu bedanken, die der Verfassungsschutz geleistet hat«. Der Präsentkorb für den Pressereferenten des Innenministeriums (mitte) enthielt auch das AIB Nr. 96 mit dem Titelthema »V-Leute und Aktenvernichter – Die Sicherheitsbehörden und der rechte Terrorismus«.

Zu sehen unter: http://www.youtube.com/watch?v=f-Ho2B9Ojol

»widerständiges Verhalten gegen den Justizapparat« trainiert werden sollte. Auch ein Plakat, gefördert und vertrieben durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, war eine Erwähnung wert. Von der ursprünglichen Einschränkung, die Vereine seien nicht linksextremistisch, war kein Wort mehr zu lesen.

Dafür bediente sich L&W einer im Hinblick auf eine bundesweite Diskussion zum Umbau des VS bemerkenswerten Argumentation. Die Anwälte schlussfolgerten, der VS hätte ein öffentliches Informationsinteresse über extremistische Bestrebungen bedient, da diese im Verborgenen stattfänden. Die Öffentlichkeit hätte über sie informiert werden müssen, damit sie sich selbst ein Bild von ihnen machen und ihnen den Schutz der Anonymität entziehen könne. Als Beispiel zogen sie ausgerechnet den Hitlerputsch von 1923 heran, der seinen Ausgang im Münchener Bürgerbräukeller nahm und im Selbstbild des VS offenbar von ihm verhindert worden wäre, hätte es den VS damals schon gegeben. Auch der neonazistische »Club 88« in Neumünster wurde zur Unterfütterung herangezogen. Nur durch die Unterrichtung der Öffentlichkeit mittels VS-Berichten hätte genügend Druck aufgebaut werden können, um die Schließung des Clubs zu erreichen, so die Anwälte.

Der VS als »Demokratiedienstleister«

Diese Argumentation erinnert nicht zufällig an das von Armin Pfahl-Traughber, VS-Ausbilder und »Endstation-Rechts«-Autor sowie Thomas Grumke entwickelte Konzept des »Offenen Demokratieschutzes«. Es soll den VS dazu legitimieren, bereits im Vorfeld, also bevor es zu extremistischen Straf- und Gewalttaten gekommen ist, über vermeintlich extremistische Motive von Personen und Gruppen zu informieren, auch wenn diese keine extremistischen Methoden anwenden. Der »Offene Demokratieschutz« ist damit Teil eines angestrebten Umbaus und Imagewandels der Behörde Verfassungsschutz, dessen Ziel es ist, den VS als »Demokratiedienstleister« und einen demokratischen Akteur unter Vielen zu etablieren. Auch die verstärkten Bemühungen des VS, mittels (kostenfreien) Vorträgen und Projekttagen Einfluss auf die politische Bildungsarbeit zu nehmen sind in diesem Kontext zu lesen. Die Ausführungen der L&W-Anwälte sind damit direkter Ausfluss des von Pfahl-Traugbher und Grumke postulierten Strategiewechsels.

Ausblick

Erfolg hatte dieses Vorgehen vor dem OVG nicht. Im Juni 2013 wies es die Beschwerden des Innenministeriums zurück und ließ keine weiteren Rechtsmittel zu. Jetzt wurden auch die restlichen Vereine tätig und ließen sich aus dem Bericht schwärzen. Im wenige Wochen darauf erschienenen Bericht 2012 erwähnt der VS keine linken Treffpunkte mehr. In den betroffenen Vereinen möchte man jedoch nicht ausschließen, dass sich der VS auf diese Weise lediglich genügend Zeit für einen neuen Anlauf verschaffen will. Der nächste Bericht wird es zeigen. Der Erfolg der Vereine in M-V zeigt jedoch, dass Klagen gegen den VS wirksam sein können. ■

Alte Stereotype neu aufgelegt

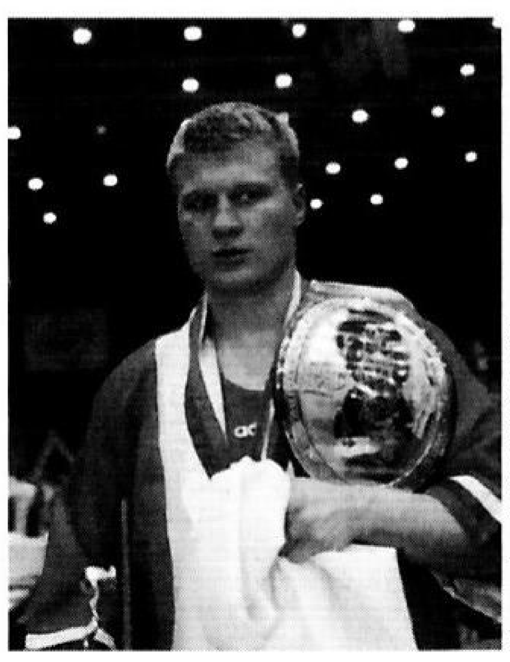
In Griechenland entdeckten Behörden im Oktober 2013 ein blondes Mädchen in einer Roma-Siedlung und nahmen es aus der Familie, weil es sich augenscheinlich zu sehr von den Eltern unterscheide. Nachdem ein DNA-Test bestätigte, dass das Mädchen nicht das leibliche Kind des Roma-Paares ist, war der Tenor in der europäischen Medienlandschaft eindeutig: Das Kind sei vermutlich entführt worden.

Doch nicht nur die Presse war mit ihren Vermutungen und Vorverurteilungen schnell. Auch in Irland reagierte die Polizei daraufhin prompt, und nahm ebenfalls zwei Kinder aus ihren Familien. Der Grund: Die Kinder seien zu blond, als dass sie die leiblichen Kinder der Roma-Familie sein könnten. Die Behörden trauten erst den DNA-Tests, die die Zusammengehörigkeit bestätigten und gaben die Kinder in ihre Familien zurück. Im serbischen Novi Sad versuchte eine Gruppe von Männern gar, einem Vater sein 2-jähriges Kind vor dem selben Hintergrund zu entreißen. Innerhalb weniger Tage war so das antiziganistische Stereotyp des Kindesraubes neu aufgelegt und mit einer rassistischen Argumentation verschränkt: Die Vorstellung, dass Roma weder blond noch blauäugig sein könnten. Inzwischen hat sich auch die Herkunft des Mädchens in Griechenland geklärt. Das Kind wurde von seiner Mutter, einer bulgarischen Romni, die sich zur Saisonarbeit in Griechenland aufgehalten hatte, bei ihren damaligen Arbeitgebern gelassen, da sie weder gültige Papiere noch ausreichend Geld hatte, um für das Kind zu sorgen.

Ein Teil der Medien reagierte abermals und griff das Thema Antiziganismus auf. Die Armut vieler Roma in Europa, die als ursächlich dafür angesehen werden muss, dass das Mädchen von seiner Mutter zurückgelassen wurde, spielt jedoch in der medialen Berichterstattung nach wie vor kaum eine Rolle. Der Vorsitzende des Zentralrates deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, kritisierte die Medienberichterstattung und äußerte sich tief besorgt ob der Auswirkungen der Medienkampagne. Wer wissen will, wie es um antiziganistische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung bestellt ist, braucht sich nur die Kommentarspalten durchzulesen. ■

Sauerland-Boxer als Werbeträger für russische Neonazis

Björn Resener



[1] Alexander Powetkin werden Verbindungen in die extreme Rechte vorgeworfen.

Anfang Oktober 2013 fand in Moskau der bis dato teuerste Boxkampf der Geschichte statt. 23 Millionen Dollar hatte der Immobilien-Milliardär Andrej Ryabinsky ausgegeben, um die Pflichtverteidigung von Wladimir Klitschko nach Russland zu holen. Herausforderer war der ehemalige Olympiasieger und Boxweltmeister Alexander Powetkin. Der russische Schwergewichts-Boxer ist ein bekennender Patriot und Mitglied von Putins Staatspartei »Einiges Russland«.

Verbindungen in die rechte Szene hatte Powetkin stets bestritten. Und doch hat er vor dem Kampf mit Symbolen kokettiert, die eine Zugehörigkeit zu dieser codieren. Beim öffentlichen Wiegen trug er einen Kettenanhänger mit Peruns Axt. Als er für die Kameras posierte, kam auf der Innenseite seines Arms ein tätowiertes Swarog-Quadrat zum Vorschein. Beide Symbole dienen russischen Neonazis als Erkennungszeichen.

Peruns Axt (»Sokyra Peruna«) ist ein slawischer Mythos, aber auch der Name einer ukrainischen Rechsrock-Band. Und das Swarog-Quadrat war das Gruppenlogo der »Nordischen Bruderschaft«, die als Teil der seit 2011 verbotenen »Bewegung gegen illegale Immigration« (DPNI) fungierte.

In der Vorberichterstattung – die weltweit auf Millionen Fernsehgeräte übertragen wurde – präsentierte Powetkin sogar ein T-Shirt Motiv, das im Hintergrund ein Kolowrat zeigt. Dieses slawische Hakenkreuz ist nicht nur Namensgeber der bekannten russischen Rechtsrock Band »Kolowrat«. In einem Interview mit dem neonazistischen Online-Fanzine »Revolt NS« geben die Musiker zu verstehen, dass es »heute eins der wichtigsten Symbole des nationalen Widerstands ist.«

Doch Alexander Powetkin pflegt auch persönliche Kontakte in die Szene. Auf russischen Websites finden sich verschiedene Fotos, auf denen er in freundschaftlicher Verbundenheit mit Roman Zentsov posiert. Der ehemalige Kampfsport-Profi, der in den Jahren 2005 und 2006 beim international renommierten »Pride Fight Club« unter Vertrag stand, tritt mittlerweile als Sprecher der Neonazi-Organisation »Soprotivlenie« auf. Auf ihrer Website erklärt diese Gruppe, dass sie »gegen Wellen von Migranten, insbesondere gegen die kaukasische Diaspora« kämpft und bezeichnet »das internationale spekulative Finanzkapital« als ihren Hauptgegner. Das gilt auch in Russland als Chiffre für das Judentum.

In russischen Internet-Foren kursiert zudem ein Foto, das Powetkin mit einer Jogginghose zeigt, auf der das Logo von »Soprotivlenie« prangt. Die Hose entstammt der Kollektion der Marke »Rusycz«, von der Powetkin auf dem Foto außerdem ein T-Shirt mit Runenschrift trägt. Der Boxprofi scheint gezielt für die Neonazi-Marke zu werben, denn online finden sich mindestens drei Fotos, auf denen Powetkin mit jeweils verschiedenen T-Shirts von »Rusycz« zu sehen ist.

Der deutsche Boxstall »Sauerland Events« wollte zur möglichen Verbindung des bei ihnen unter Vertrag stehenden Powetkin zur rechten »Soprotivlenie« kein Statement abgeben. Sportlich fügte ihm Wladimir Klitschko jedenfalls eine deutliche Niederlage zu. ■

»Strafaktion« gegen Migranten_innen in Moskau

Ulrich Heyden, Moskau

Nach einem Mord an dem 25-jährigen Russen Jegor Stscherbakow in dem am südlichen Stadtrand von Moskau gelegenen Stadtteil Birjuljowa, kam es am 13. Oktober 2013 zu einem Pogrom gegen Migrant_innen. An der »Strafaktion« beteiligten sich mehrere hundert Anwohner_innen und Neonazis, die zuvor an einer Protestkundgebung mit 4.000 Menschen teilgenommen hatten.

Derartige »Strafaktionen«, nach von Kaukasiern ausgeführten Morden an Russen, gab es bereits im karelischen Kondopoga (September 2006), auf dem Moskauer Manege-Platz (Dezember 2010) und im Städtchen Pugatschjowa im Wolga-Gebiet (Juli 2013). In allen Fällen entzündeten sich die Auseinandersetzungen, die schließlich zum Mord führten, an Alltagskonflikten. In Birjuljowa griffen die Demonstrant_innen zunächst einen Gemüsegroßmarkt und dann ein Einkaufszentrum an, in dem viele Kaukasier arbeiten und verwüsteten dieses. Die Polizei verhaftete 380 Teilnehmer_innen der Aktion. Ein wegen Mordes an dem Russen Stscherbakow verhafteter Aserbaidschaner zog sein Geständnis inzwischen wieder zurück. Die Freundin des getöteten Russen, Kseina Popowa, die von dem Aserbaidschaner beleidigt worden sein soll, rief über den Fernsehkanal Moskwa 24 dazu auf, den Tod ihres russischen Freundes nicht zum Anlass für Auseinandersetzungen zwischen den Nationalitäten zu missbrauchen. Der Moskauer Polizeichef Wladimir Kolokolzew ordnete nach dem Pogrom an, die Moskauer Gemüse-Großmärkte verstärkt zu kontrollieren, da sie wegen der vielen nichtlegalen Migrant_innen »Unruheherde« seien. In den folgenden Wochen kam es auf Moskauer Märkten zu Massenfestnahmen von nicht-legalen Migrant_innen. Der Gemüse-Großmarkt im Stadtteil Birjuljowa wurde wegen der Nichteinhaltung der Sanitär-Bestimmungen für drei Monate geschlossen. Wladimir Putin lehnt – trotz der von den Medien aufgeheizten Anti-Migrant_innen-Stimmung die von Nationalist_innen geforderte Einführung der Visa-Pflicht für Usbeken, Tadschiken und Kirgisen ab. Doch die russischen Nationalist_innen sehen sich mit ihrer Strategie, Anwohner_innen-Kundgebungen und Pogrome zu unterstützen, bestätigt, weil die Polizei meist erst nach solchen Aktionen aktiv gegen nicht legale Migrant_innen vorgeht. ■

Neonazi-Angriff auf linkes Zentrum in Oslo

Am 6. September 2013 wurde das linksautonome Jugendzentrum »Blitz« in Oslo (Norwegen) von zwei Neonazis angegriffen. Das »Blitz« existiert seit 1982, dient als Treffpunkt antifaschistischer Gruppen, hat einen Infoladen und in seinen Räumen befindet sich das weltweit älteste linke Frauenradioprojekt »Radiorakel«. Das »Blitz« bezeichnet sich selbst als Zentrum für linksradikale Politik in Oslo und ist als Schwesterprojekt des dänischen Ungdomshuset bekannt.

Seit den 1990er Jahren sind Aktivist_innen des »Blitz« in Protesten gegen rechte Parteien aktiv. Der drohende Verkauf des Hauses durch die Stadt im Jahr 2002 konnte durch massiven Protest gestoppt werden.

Am 6. September tauchten zwei Personen vor dem Zentrum auf und riefen zunächst rechte Parolen wie »Sieg Heil« und »Vaterlandsverräter«. Als sie das Haus betraten griffen sie einen Aktivisten mit einem Messer an. Der 16-jährige musste in Folge der Messerstiche mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Mittlerweile ist er wieder genesen.

Die beiden Täter flüchteten zunächst, konnten jedoch von Aktivist_innen aus dem »Blitz« gestellt werden und mussten infolge der anschließenden Auseinandersetzung schwer verletzt ins Krankenhaus ingeliefert werden. Die Polizei geht in ihrer Darstellung nicht von einer politisch motivierten Tat aus. Beide Täter seien im Zusammenhang mit Gewalt- und Drogendelikten bekannt und evtl. in organisierte Kriminalität verwickelt. Ein politischer Hintergrund der Tat wird auch in den Medien bagatellisiert, die Auseinandersetzung wird als Straßenschlägerei dargestellt. Ob geplant oder Zufall, die Aktivist_innen des »Blitz« weisen darauf hin, dass durch die gerufenen Parolen und die Tatsache, dass einer der beiden Beteiligten Unterstützer der Gruppierung »Stoppt die Islamisierung Norwegens« (Stiop Islamisieringen af Norge, SIAD) ist, eine rechte Motivation des Angriffs offensichtlich sei. Gerade im



Hinblick auf die rechtsmotivierte Tat von A. Breivik fordern die »Blitz« Aktivist_innen Polizei und Medien auf, rechte Gewalt auch als solche zu benennen. »Rassismus wird nicht durch Ignorieren verschwinden. [...] Wir ermutigen jeden, sich zu verteidigen und [...] gegen Rassismus aufzustehen, ohne Leben und Gesundheit zu riskieren.« Der Haupttäter ist mittlerweile für diese und andere Straftaten zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. ■

Antifa in Spanien

Zwischen Aufarbeitung des Franco-Faschismus und Neonazigewalt

Florian Osuch

Jeden Herbst mobilisieren die antifaschistischen Bewegungen in Spanien gegen Versammlungen von Neonazis und Altfaschisten. Sowohl zum 12. Oktober, in Erinnerung an die Landung von Christoph Columbus in Lateinamerika, als auch am 20. November, dem Todestag Francisco Francos und Primo de Riveras, sammeln sich Rechte verschiedenster Couleur (vgl. Kasten).

In Barcelona veranstaltete in diesem Jahr das Bündnis Plataforma Antifeixista zusammen mit Migrant_innenverbänden eine Kundgebung. Schwerpunkt war allerdings ein internationaler Antifa-Kongress am Vorabend des 12. Oktober 2013. Neben Vertreter_innen antifaschistischer Gruppen aus Spanien waren Gäste aus Italien und Russland sowie Aktive aus Deutschland von der Antifaschistischen Linken Berlin und dem Antifaschistischen Infoblatt anwesend. Die Teilnehmenden debattierten über antifaschistische Strategien, Erinnerungspolitik, Bündnisarbeit und antifaschistische Selbsthilfe.

In Spanien existiert keine Antifa-Bewegung, wie sie aus Deutschland bekannt ist. Es gibt jedoch landesweit Antifagruppen und auch regionale Zusammenschlüsse. Die sozialen Bewegungen, Parteien, und Gewerkschaften beteiligen sich temporär an antifaschistischen Kampagnen, gemeinsame Massenmobilisierungen sind selten. Starke Bewegungen gibt es insbesondere in Madrid sowie in der Region Valencia, beides auch Hochburgen der Neonazis.

Antifa-Offensive in Madrid ...

In Madrid marschieren Neonazis regelmäßig rund um den 20. November auf und erinnern an den Tod des Diktator Francos. Es gibt konspirativ organisierte Konzerte und Attacken auf linke Läden. Trotzdem konnte die Rechte in Madrid zurückgedrängt werden. Die antifaschistische Offensive begann nach dem Mord an dem jungen



[1] Alt- und Neofranquisten bei ihrer alljährlichen Kundgebung am 12. Oktober 2013 auf dem Berg Montjuic in Barcelona.

Aktivisten Carlos Palomino am 11. November 2007. Der 16-Jährige gehörte zu einer Gruppe Antifaschist_innen, die auf dem Weg zu einer Demonstration in der U-Bahn auf einen Neonazi traf. Nach einem Wortgefecht zog Josue Estebanez ein Messer und erstach Palomino.[1]

Der Mord war der Höhepunkt sich häufender Angriffe von Neonazis zu Beginn und Mitte der 2000er Jahre in Madrid. Die sonst zerstrittenen linken Bewegungen der Stadt waren nach dem Mord allesamt schockiert. Man reagierte offensiv und die Antifa-Bewegung erstarkte. Sie behauptete sich auch gegen verunglimpfende Berichterstattung, wonach der junge Antifaschist einer unpolitischen Auseinandersetzung zum Opfer gefallen sei. Seit dem versammeln sich jährlich am Todestag Carlos Palominos tausende Antifaschist_innen zu Gedenkveranstaltungen.

... und Abwehrkämpfe in Valencia

Während in Madrid die Neonazis zumindest zeitweise zurückgedrängt werden konnten, leisten linke Gruppen im Großraum Valencia vor allem Abwehrkämpfe. Die Region ist Hochburg der rechten Volkspartei Partido Popular (PP). Auch Neonazis und die rechte Formation »España 2000« sind dort stark. Schon deutsche Altnazis zog es nach dem Zweiten Weltkrieg an die Mittelmeerküste.[2]

Immer wieder kommt es zu Angriffen auf soziale Zentren, alternative Kneipen, Büros linker Parteien und Lokale der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung. Teile der Neonaziszene sind eng mit dem privaten Sicherheitsgewerbe verknüpft und haben Verbindungen ins Geschäft mit Prostitution.[3]

Aufarbeitung der Franco-Diktatur

Seit einigen Jahren steigt das Interesse an der Aufklärung der Verbrechen aus der Franco-Ära (1936–1977)[4]. Fast 30 Jahre galt die Geschichte als abgeschlossen. Da es keinerlei politische oder juristische Aufarbeitung des Spanienkrieges und der Franco-Diktatur gab, war beides ein Tabu. 2006 wurde mit dem »Ley de la memoria historica« ein Gesetz zur Geschichtsaufarbeitung verabschiedet. In diesem wurden politische und juristische Fragen zum spanischen Bürgerkrieg und zur Franco-Diktatur geregelt. So sollten etwa faschistische Denkmäler demontiert und Menschen, die weiterhin nach vermissten Angehörigen suchen, unterstützt werden. Juan Luis Porcar Orihuela, Historiker aus Castelló, äußerte sich 2008 zu dem Gesetz: »Es ist ein Schritt nach vorn, aber da es sich um einen politischen Kompromiss handelt, kann das Gesetz nicht alle Wünsche erfüllen. Manche sind gegen das Gesetz. Andere denken (...), dass es so wenigstens zu einer öffentlichen Anerkennung der Opfer des Franquismus kommt.«

Insbesondere die Exhumierungen sorgen für Debatten. Landesweit suchen Menschen nach ihren Vorfahren und Familienmitgliedern. Es sind meist Verschwundene, die während der Franco-Diktatur ermordet und zumeist auf dem Land verscharrt wurden. Die Bergung ist kostspielig und bei Konservativen unbeliebt, auch weil mit ihr immer die Frage nach den Tätern gestellt werden kann. ■

Zum 12. Oktober und 20. November

Der 12. Oktober ist der spanische Nationalfeiertag, jahrzehntelang als »Dia de la Raza« (Tag der Rasse) zelebriert. Er erinnert an spanische Kolonialisten um Christopher Columbus, die im Jahr 1492 in Lateinamerika landeten und einen Raubzug gegen die dortigen Bewohner_innen führten.

In Barcelona versammelten sich dieses Jahr rund 300 Neonazis, die Mehrzahl war mit Bussen aus Madrid gekommen. Veranstalter war das Bündnis »España en Marcha«, bestehend aus den Gruppierungen »Democracia Nacional«, Democracia Nacional Joven«, »Falange«, »Alianza Nacional« und der katholischen Bewegung »Movimiento Católico Español«. »España en Marcha« wurde erst im Juli gegründet und ist für den Überfall auf eine Pressekonferenz der Katalanischen Regierung im katalanischen Kulturinstitut in Madrid am 11. September 2013 mit mehreren Verletzten verantwortlich.

Zeitgleich zu den Neonazis versammelten sich auf dem zentralen Plaza Catalunya zehntausende Anhänger der regierenden postfranquistischen Volkspartei Partido Popular (PP) zu einem ultranationalistischen Volksfest. Es wurde die untrennbare Einheit von Spanien beschworen, als Abgrenzung zu linken Autonomiebestrebungen in Katalonien und dem Baskenland.

Ende November marschierten einige hundert Anhänger von »España en Marcha« durch Madrid. Zum Todestag von Franco am 20. November pilgern Jahr für Jahr Rechte zum Valle de los Caídos (»Tal der Gefallenen«), einer monumentalen Anlage rund 60 Kilometer vor Madrid. Das Mausoleum gehört zu den größten der Welt. Es ist die Grabstätte des Gründers der faschistischen spanischen Bewegung José Antonio Primo de Rivera sowie des Diktators Francisco Franco. Auch 30.000 Tote des spanischen Bürgerkrieges, mehrheitlich Anhänger von Franco sind dort begraben. Eine riesige Höhle wurde ab 1940 von Zwangsarbeiter_innen errichtet. 19 Jahre zogen sich die Arbeiten hin, zahlreiche Häftlinge starben bei den Arbeitseinsätzen. ■

Berichte über Neonazigewalt in Spanien
Die »Bewegung gegen Intoleranz« dokumentiert Neonazismus und Rassismus in Spanien und unterstützt Opfer von Neonazigewalt. Die 1991 gegründete und von der EU geförderte NGO gibt dazu Hefte mit umfangreichen Chroniken heraus.

Info:
www.movimientocontralaintolerancia.com

1| Ausführlich zum Mord an Carlos Palomino in AIB Nr. 78; Artikel zum Urteil gegen den Mörder in AIB Nr. 85
2| Vgl. dazu von Florian Osuch: »Paradies für Kriegsverbrecher« (junge Welt, 17.3.2010)
3| Ausführlicher in: Joan Cantarero »Amos de la prostitucion en España« (Herren der Prostitution in Spanien)
4| Mehr zum Thema u.a. von Georg Pichler »Umkämpfte Erinnerung« (junge Welt, 3.8.2011)

Trotz oder wegen Breivik?

Rechtsruck in Norwegen

Am 9. November 2013 wurde in Norwegen ein neues Parlament gewählt. Es war die erste Parlamentswahl seit dem Massaker des extrem rechten Attentäter Anders Behring Breivik am 22. Juli 2011. Für die RechtspopulistInnen der »Fortschrittspartei« (Fremskrittspartiet) sollte die Wahl ein denkwürdiges Ereignis werden. Schon am Wahlabend stand fest: Die Fremskrittspartiet – kurz FrP – wird ein Teil der kommenden norwegischen Regierung. Ein Szenario, das kurz nach dem Massaker wohl niemand für möglich gehalten hätte.

Bei der Parlamentswahl konnte die FrP 16,3 Prozent der Stimmen für sich verbuchen. Dies ist ein Rückgang von 6,6 Prozent gegenüber der Wahl von 2009, reichte aber aus für eine Koalition mit der konservativen Partei Høјre. Die christliche Volkspartei und die liberale Partei Venstre erteilten einer möglichen Regierungskoalition mit der FrP eine Absage, stellten aber ihre Stimmen bereit, um eine Minderheitsregierung aus FrP und Høјre zu ermöglichen.

1| Die sozialdemokratische Arbeiterpartei (AP) und deren Jugendorganisation AUF waren das Hauptangriffsziel von Anders Behring Breivik.

Für die FrP-Vorsitzende Siv Jensen ist das Zustandekommen einer Regierungskoalition der Höhepunkt ihrer Karriere. Es wurde nicht nur eine Regierungsbeteiligung erreicht, sondern auch sehr wichtige MinisterInnenposten, wie zum Beispiel das Finanzministerium, besetzt. Der Ursprung dieses Erfolges liegt in der Übernahme des Parteivorsitzes durch Siv Jensen im Jahr 2006, als FrP-Gründer und absolutes Aushängeschild der Partei, Carl Iver Hagen, seinen Platz räumen musste. Trotz ausreichendem Rückhalt und guten Wahlresultaten war es Hagen nie gelungen, die FrP zur Regierungspartei zu machen. Die starke populistische Ausrichtung unter Hagen stellte für die übrigen Parteien eine Barriere für eine potentielle Regierungskoalition dar, auch wenn es vereinzelt zu kommunaler Zusammenarbeit und zur Unterstützung der Regierungsbildung im Jahr 2001 kam: Die Zustimmung der FrP, »Unterstützerpartei« zu sein, ermöglichte eine Minderheitsregierung aus Konservativen, Liberalen und der christlichen Volkspartei. Mit dieser Rolle sehr unzufrieden, verweigerte die FrP bei der Parlamentswahl 2005 jedoch ihre Stimme für eine Minderheitsregierung und die Koalition zerbrach.

Siv Jensen, die dem liberalen Flügel der FrP angehört, setzte nach ihrem Amtsantritt eine Koalitionsfähigkeit ihrer Partei von Anfang an auf die Tagesordnung. Der populistische Stil sollte entschärft und ökonomischen Fragestellungen mehr Gewicht verliehen werden. Dieser »Kurswechsel« lief schleppend, zeigte jedoch erste kleinere Erfolge: Im Jahr 2011 dachten die Konservativen erstmalig über eine Koalition mit der FrP nach.

Der 22. Juli 2011

Das Massaker vom 22. Juli ließ jedoch alle Bemühungen in diese Richtung zerplatzen. Mit seiner unfassbaren Grausamkeit sorgte das Massaker für Bestürzung im Land. Es musste sich die Frage gestellt werden, wie ein Anders Behring Breivik in der Mitte der norwegischen Gesellschaft heran wachsen konnte. Eine Gesellschaft, die von den meisten Norweger_innen als vorbildlich und gut funktionierend angesehen wird.

Die Argumentationen Breiviks ähnelten denen der FrP in Integrationsdebatten zu sehr, als dass dieser Umstand hätte ignoriert werden können. Die Kritik an der ausländerfeindlichen Linie wuchs und die Partei ging in die Defensive. Offensive Mitleidsbekundungen für die Opfer sollten der starken Kritik Wind aus den Segeln nehmen. »Heute sind wir alle von der AP«[1], äußerte Jensen wenige Stunden nach dem Massaker. Diese Strategie ging aber nicht auf. Das Bekanntwerden der ehemaligen FrP-Mitgliedschaft Breiviks erhöhte den Druck sogar. So ließ sich Jensen auch zu der Aussage hinreißen, »dass die FrP einen Teil ihrer getätigten Aussagen zur Ausländerpolitik bereuen würde«. Es half nichts und in Umfragewerten stürzten die RechtspopulistInnen ab.

Die landesweiten Kommunalwahlen nur zwei Monate später offenbarten aber eine Überraschung. Die FrP verlor erwartungsgemäß stark an Zustimmung. Jedoch waren nicht die Sozialdemokraten Gewinner des Tages, sondern die Konservative Partei. Ehema-



[1]

Foto: flickr.com; Fremskrittpartiet – CC BY-ND 2.0

[1] Die Vorsitzende der rechtspopulistischen Fortschrittspartei (FrP), Siv Jensen, bei einem Parteitag am 24. Mai 2013.

lige FrP-WählerInnen blieben zuhause oder machten ihr Kreuz bei den Konservativen. Der erwartete Linksruck blieb aus.

Die FrP erholt sich

In der Folgezeit versuchten FrP-PolitikerInnen vorsichtig zu agieren und von ihrem eigentlichen Kernthema, Integration, abzulenken. Das verabschiedete Parteiprogramm vom November 2011 ist ein Ausdruck davon. Integrations-, Asyl- und Sicherheitsfragen waren selbstverständlich zugegen, lagen aber in der Gewichtung weit hinter ökonomischen Themen. Diese Zurückhaltung schien zu funktionieren und die FrP erholte sich langsam. Im August 2012 wurde Breivik zu lebenslanger Haft verurteilt. Es hat den Anschein, als bedeutete die Verurteilung für viele Norweger_innen ein Schlussstrich unter dem Kapitel »22. Juli 2011«. Der Versuch vieler Norweger_innen, den 22. Juli hinter sich zu lassen, verhalf auch der FrP zu mehr Ruhe und Normalität. Die Partei stabilisierte sich weiter und im November sahen Umfragen die FrP bei 20,4 Prozent. Kurzzeitig verlor die Partei im Mai 2013 in den Umfragen, da einige WählerInnen ihr die Zurückhaltung in Ausländerfragen und Asyldebatten übel nahmen. Das ist insofern interessant, da sich die eigentliche Politik mitnichten verändert hatte, sondern nur Rhetorik und Auftreten andere waren. Die FrP-Spitze analysierte die Situation ähnlich und reagierte prompt. Die Schärfe in den Debatten wurde angezogen und eine drastische Verschärfung der jetzigen Ausländerpolitik als Grundvoraussetzung für eine Regierungsbeteiligung gemacht. Das Resultat ist bekannt. Die FrP ist zum ersten Mal in ihrer Geschichte an der norwegischen Regierung beteiligt.

Wieso denn bloss?

Die zentrale Fragestellung muss heißen, wie es sein kann, dass in Norwegen nur zwei Jahre nach einem extrem rechten Massaker eine rechtspopulistische und rassistische Partei in die Regierung gewählt wird. Deutlich zu erkennen ist, dass der »Kurswechsel zu moderaterem Auftreten« von Jensens FrP durch die massive Kritik nach dem 22. Juli stark beschleunigt wurde. In ihrer Amtszeit bis zum 22. Juli musste Jensen die moderate Linie immer wieder gegen Widerstand von großen Teilen der Parteibasis und Hagen-AnhängerInnen verteidigen und durchsetzen. In den ersten eineinhalb Jahren nach dem Massaker kam dieser Widerstand fast vollständig zum Erliegen. Gerade lang genug, um die FrP als stubenrein genug und tragbare Koalitionspartnerin erscheinen zu lassen. Ein Ergebnis, das wohl nur die wenigsten FrP-AnhängerInnen in den Julitagen 2011 zu träumen gewagt haben dürften.

Festgestellt werden muss, dass trotz des großen Schocks und der grundlegenden Ablehnung des Massakers, viele Menschen an ihren rechten und reaktionären Grundeinstellungen festgehalten haben. Das zeigten bereits – dem rassistischem Hintergrund des Massakers zum Trotz – öffentliche Diskussionen kurz nach dem 22. Juli über geschlossene Asylbewerber_innenheime und bettelnde Sinti und Roma, in welchen sich eindeutig rassistischer Argumentationen bedient wurde. Es zeigte sich ebenso, dass die Reaktion auf den 22. Juli vom damaligen Ministerpräsident Jens Stoltenberg, nicht überall so gut angekommen war, wie es vermittelt wurde. Er hatte klassischen Reaktionsmustern, wie dem Ruf nach mehr Polizei, strengeren Gesetzen und den Ausbau von Überwachung, eine Absage erteilt. Viele Menschen im Land, darunter auch Wähler_innen der AP, hätten sich aber eben solche Maßnahmen gewünscht und haben deshalb der politisch Rechten bei der Wahl ihre Stimme gegeben. Die Schlussfolgerung muss lauten, dass es die politische Rechte ist, die in Norwegen seit dem 22. Juli 2011 an Stärke und Macht gewonnen hat. Der menschenverachtende Hintergrund des Attentäter Breivik wurde nicht ausreichend zum Anlass genommen, um rassistische Strukturen und Denkweisen im Land aufzugreifen und zu bekämpfen. In einigen Medien wurden richtige und gute Fragen gestellt. Diese Diskussionen haben aber offenbar weite Teile der Bevölkerung nicht erreicht. ■



Polnisches Gewaltritual

Jedes Jahr versammeln sich Zehntausende am polnischen Nationalfeiertag in Warschau zu einem nationalistischen Aufmarsch rechter Gruppen. Auch Ausschreitungen und Übergriffe gehören dabei zum alljährlichen Ritual in der polnischen Hauptstadt. Dieses Jahr griffen Nationalisten und Hooligans zwei linke Hausprojekte und LGBT-Einrichtungen an und lieferten sich stundenlange Straßenschlachten mit der Polizei.

Der 11. November ist in Polen offizieller Nationalfeiertag: Im Gedenken an die Unabhängigkeit von 1918 wird der Tag von offizieller Seite jedes Jahr mit Gedenkveranstaltungen, Zeremonien und Paraden in vielen Städten des Landes begangen. Aber auch extrem rechte Gruppen nutzen den Tag für nationalistische Aufmärsche. Federführend sind dabei die Gruppen »Allpolnische Jugend« (MW) und das »Nationalradikale Lager« (ONR), die ihren größten Aufmarsch jedes Jahr in Warschau veranstalten. Dieser endet traditionell am Denkmal von Roman Dmowski, einem der Väter des polnischen Nationalismus und überzeugten Antisemiten, der 1911 einen Boykott jüdischer Unternehmen organisierte.

Erschreckend ist dabei vor allem die breite gesellschaftliche Akzeptanz, die dieses rechte Großevent in Warschau besitzt. Nicht nur militante Nationalisten und andere Radikale sondern auch politisch nicht weiter organisierte AnwohnerInnen und Familien mit Kindern beteiligen sich an dem Aufmarsch mit bis zu 30.000 TeilnehmerInnen. Was die doch sehr unterschiedlichen Beteiligten eint, sind die in Polen weit verbreitete Homophobie und der Antikommunismus. Beide ermöglichen es extrem rechten Gruppen im Land immer wieder, Menschen außerhalb des eigenen Milieus für Kundgebungen und Demonstrationen zu gewinnen. Auch zahlreiche Hooligans unterschiedlichster Fußballvereine legen am 11. November ihre traditionellen Fan-Feindschaften beiseite, um gemeinsam unter Losungen wie »Polen, das sind wir!« und »Gott, Ehre, Vaterland« bei dem Aufmarsch durch die Innenstadt zu ziehen.

Seit einigen Jahren erfreut sich der »Unabhängigkeitsmarsch« auch international zunehmender Beliebtheit. In diesem Jahr beteiligten sich unter anderem Delegationen aus den Niederlanden, Italien (Forza Nuova), Ungarn (Jobbik), Slowakei und Spanien mit eigenen Fahnen oder Transparenten an dem Aufmarsch und bauten ihre Vernetzung aus.

Deeskalatives Polizeikonzept ermöglicht rechte Randale

Besonders prägend sind allerdings die genauso traditionellen Gewaltausbrüche durch randalierende TeilnehmerInnen. Die Schuld dafür wird jedoch immer Anderen gegeben: 2011 galt noch eine antifaschistische Blockade als Vorwand für die Krawalle. Vergangenes Jahr hieß es dann von den Rechten, die Polizei hätte mit vermummten Provokateuren die Ausschreitungen begonnen, um den Aufmarsch in einem negativen Licht darzustellen. Auch in Polen inszenieren sich die Rechten gerne in der Opferrolle. Deswegen versuchte in diesem Jahr die Polizei ein deeskalatives Konzept, um keine Angriffsfläche für die Randalierer zu bieten, schuf damit aber lediglich einen Freiraum für rechte Gewalt.

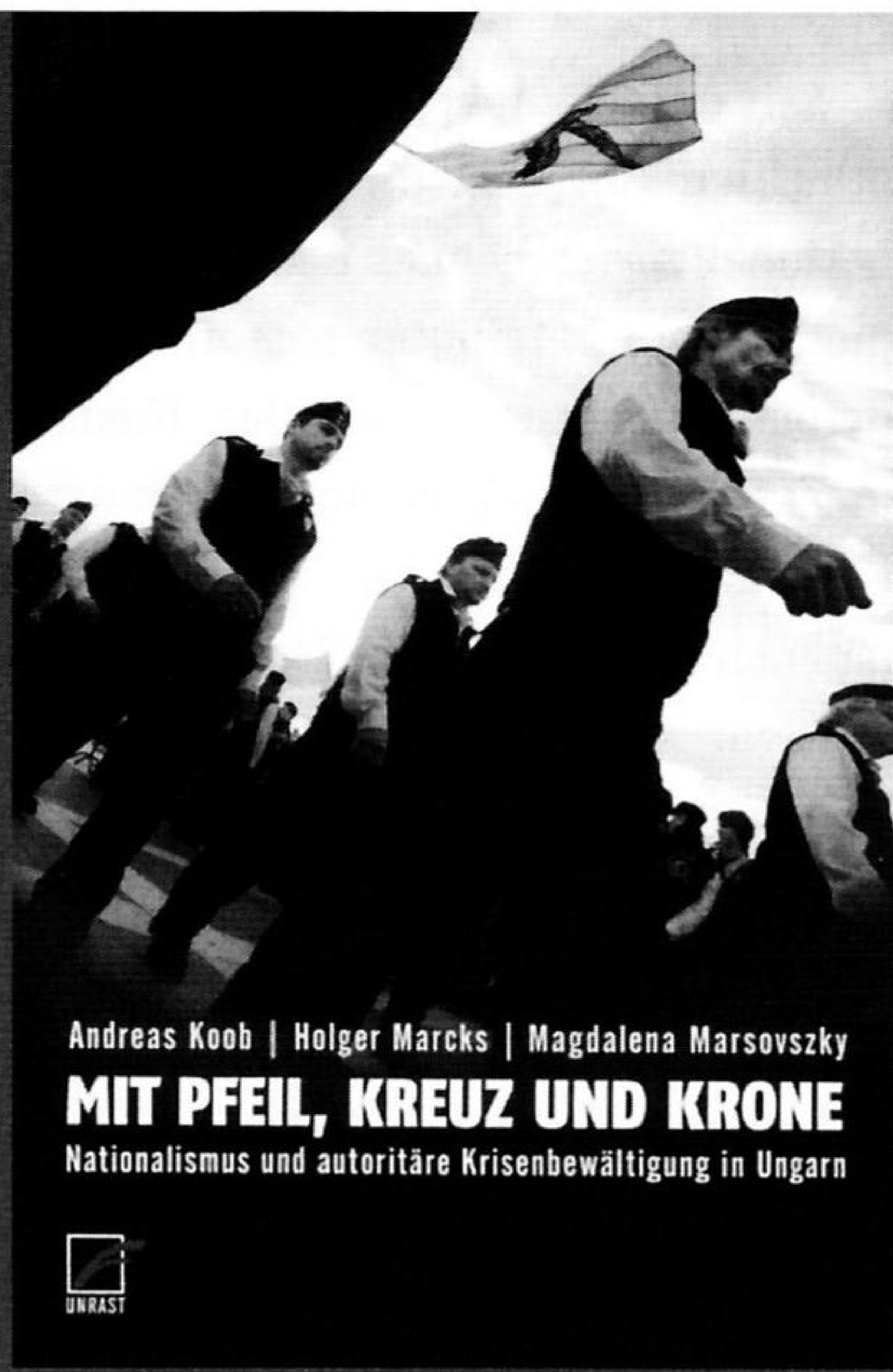
Offensichtlich geplant und ermutigt durch die mangelnde Polizeipräsenz, griff die Mischung aus Hooligans und Ultranationalisten das alternative Hausprojekt »Przychodnia« in einer benachbarten Seitenstraße an. Fast eine halbe Stunde konnten sich die bewaffneten Rechten an dem Objekt austoben, warfen Steine und Feuerwerkskörper auf das Gebäude, schlugen mit Hämmern die Scheiben ein und versuchten ins Innere zu gelangen. Dort hatten sich die Hausbewohner_innen verbarrikadiert und verteidigten sich vom Dach aus mit Flaschenwürfen und Molotow-Cocktails, wodurch ein Eindringen der Angreifer verhindert werden konnte. Die Schäden am Haus allerdings sind





hoch: Alle Fensterscheiben gingen zu Bruch, zwei auf dem Hof geparkte Autos wurden demoliert, eins davon angezündet. Hausbewohner_innen betonten, dass Polizeieinheiten nur wenige hundert Meter entfernt in Bereitschaft standen, aber trotzdem über 20 Minuten brauchten um einzuschreiten. Auch als die Polizei mit einem Großaufgebot am Haus eintraf, gingen die Attacken weiter. Einen weiteren Angriff auf ein anderes Hausprojekt konnte die Polizei durch den Einsatz von Gummigeschossen und Tränengas unterbinden. Daraufhin zog der Mob wenige hundert Meter weiter und steckte ein LGBT-Mahnmal in Form eines Regenbogens aus Kunstblumen in Brand. Gröhlend und johlend beklatschte der Mob den brennenden Schweif oder posierte für Fotos vor dem verhassten Homosexuellen-Mahnmal. Stundenlang bekam die Polizei den Mob nicht unter Kontrolle, bis in die Nacht kam es zu Straßenschlachten.

Bilanz des diesjährigen »Unabhängigkeitsmarsches« sind 72 festgenommene Randalierer und zwölf verletzte Polizisten. Der Versuch der rechten Medien, die Attacken auf die linken Hausprojekte als Verteidigungshandlungen gegen Angriffe aus den Häusern umzudeuten, liefen schnell ins Leere. Stattdessen gab es nach Angaben der Bewohner_innen eine unerwartet breite Solidarität: Viel positiver Zuspruch aus der Nachbarschaft, solidarische Hackerangriffe auf polnische Neonazi-Internetseiten und eine kraftvolle Demonstration nur wenige Tage später in Warschau. ■

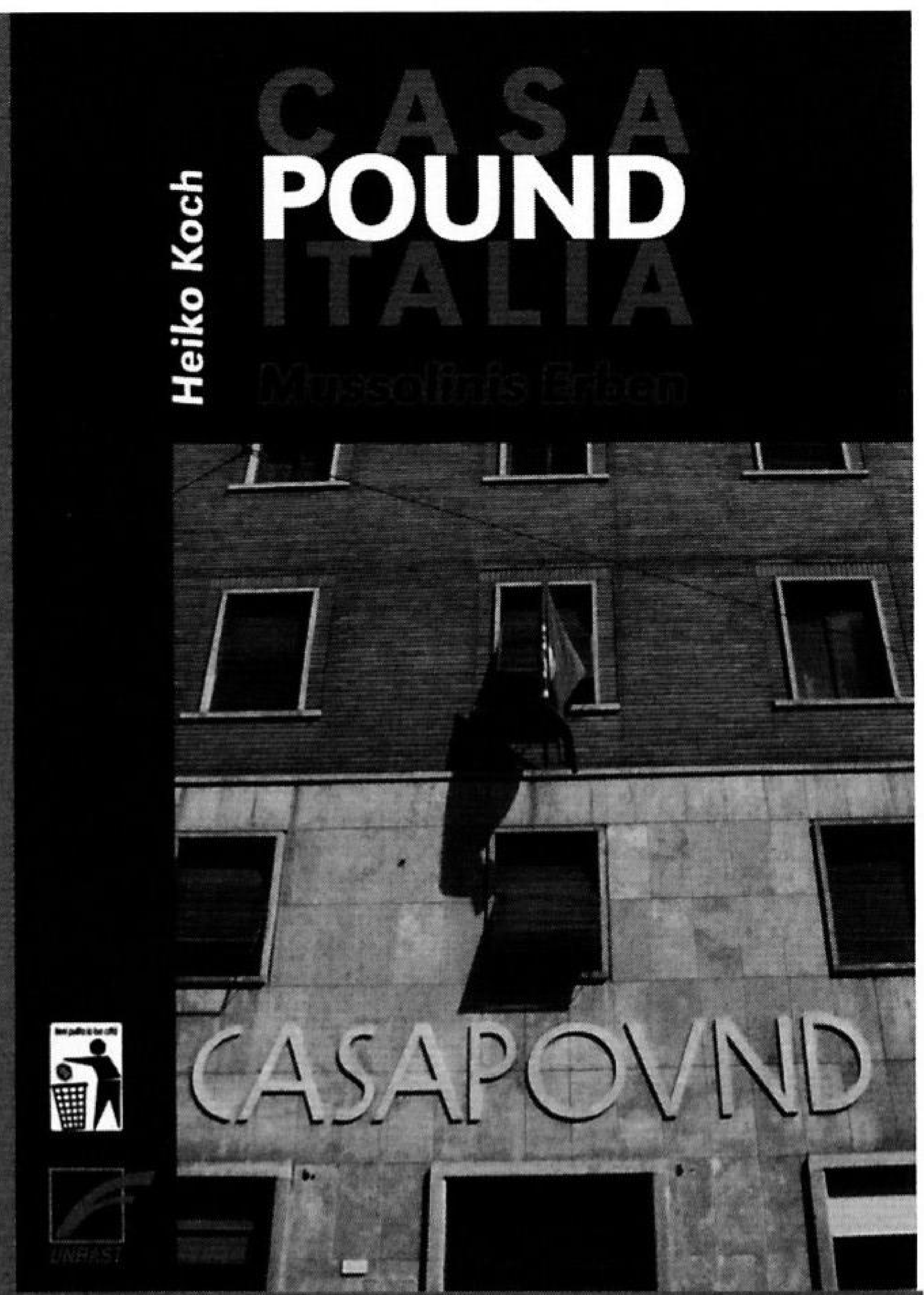


Mit Pfeil, Kreuz und Krone
Andreas Koob, Holger Marcks, Magdalena Marsovszky
UNRAST-Verlag, Münster 2013, 208 Seiten

Dass die politische Entwicklung in Ungarn großen Unmut in Europa auslöse oder etwa zu einer politischen Isolierung führe – erwartet hat das wohl niemand. Zu lang ist die Liste des Arrangierens der EU und insbesondere der Bundesrepublik mit eindeutig faschistischen Regierungen. Und dass die politische Entwicklung Ungarns in Richtung Faschismus kein Tsunami von »Protestwähler_innen«, sondern eine von großen Teilen der Bevölkerung getragene Normalisierung und Integration faschistischer Elemente in die Politik und den Alltag ist, das zu zeigen, ist der Anspruch des Buches. Und diesen erfüllt es. Ausführlich wird auf die völkische Ideologie mit ihrer Geschichte eingegangen, die inzwischen bestimmendes Element der ungarischen Politik geworden ist und auf Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus gründet. Der Einwand, dass diese Elemente doch die »Normalität« nationalstaatlicher Gebilde wären und von daher keine ungarische Spezialität, verneint das Ausmaß und Tempo dieser »Transformation der Demokratie«, die auf breiter politischer und gesellschaftlicher Front abläuft. Auch handelt es sich nicht um eine kleine gesellschaftliche Randgruppe, die durch irgendwelche Umstände begünstigt, einen als vorübergehend einzustufenden Einfluss gewonnen hat. Im Gegenteil. Der Anteil der ungarischen Bevölkerung, der sich dem Chauvinismus und der Etablierung von Volksgemeinschaft als Staatsräson auch nur halbwegs konsequent widersetzt, ist klein.
Mit drastischer Deutlichkeit untersucht das Buch die politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge – von den ideologischen Hintergründen über die diskriminierende Politik, die Nationalisierung der Ökonomie bis zur internationalen Einbettung – hier wird auch auf die speziellen deutsch-ungarischen Beziehungen eingegangen. Dieses - leicht wie ein Reiseführer zu lesende Buch - ist keine Tourismusförderung, denn Tourismus lebt zum Großteil von Ignoranz und die fällt sehr schwer nach dieser Lektüre. ■

Mauern 2.0 – Migrantische und anti-rassistische Perspektiven auf den Mauerfall
Jana König, Elisabeth Steffen, Inga Turczyn
Der Film ist unter http://mauern.wordpress.com online verfügbar

Um es gleich vorweg zu nehmen: Der Film »Mauern 2.0« bietet keinen umfassenden Eindruck von migrantischen und anti-rassistischen Perspektiven auf den Mauerfall. Dieser stellt sich erst mit den online verfügbaren Fragmenten aus »Duvarlar/Mauern/Walls« des Regisseurs Can Candan ein, auf dessen 1990 und 1991 geführten Interviews das Projekt aufbaut. So werden in »Mauern 2.0« Protagonist_innen aus »Duvarlar« erneut zu Rassismus, Ausbeutung und ihren Analysen zur rassistischen Gewalt, die auf den Mauerfall folgte, befragt. »Diese Mauer fällt auf die Köpfe der MigrantInnen«. Hinter dieser Erkenntnis Anfang der 1990er, wie sie ein Protagonist zusammenfasst, steht die Tatsache, dass die »Wiedervereinigung« für viele Menschen vor allem eine Vereinigung gegen ihre Leben und Existenzen in Deutschland bedeutete.
Beide Filme verdeutlichen, wie sehr gute Erklärungen auf den Einbezug unterschiedlicher Blickwinkel und Analysen angewiesen sind, will man sich der Wahrheit annähern.
»Mauern 2.0« beginnt mit einer Collage von gleichzeitig sprechenden Stimmen, die die darauffolgende Vielschichtigkeit der Themen und Heterogenität der Perspektiven bereits vorweg nehmen. Für diese Vielfalt lassen die Filmemacher_innen Raum und so betont eine Person den Widerstand von Migrant_innen in den 1990er Jahren, ein anderer kontrastiert diesen mit der offensiveren Haltung vor dem Mauerfall und eine dritte sieht den damals geführten Kampf mit der faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl als verloren an. Mittels der Kommentierung des älteren Films werden rassistische Kontinuitäten, aber auch alte und neue Phänomene deutlich: Von einer ostdeutschen Migrationserfahrung, der Lebenslüge Rückkehr, der Konjunktur des antimuslimischen Rassismus bis hin zum Gefühl von »verlorener Zeit«, weil die ganz realen, aber unsichtbaren Mauern des Rassismus nur langsam bröckeln. Differenziert, aber parteiisch wird im Film auch danach gefragt, wie rassistische Diskriminierung die von ihr Betroffenen spaltet – ohne die neuralgischen Punkte des Rassismus, seine Schwachstellen, Inkonsistenzen und Ansatzpunkte für Solidarität aus dem Blick zu verlieren. ■

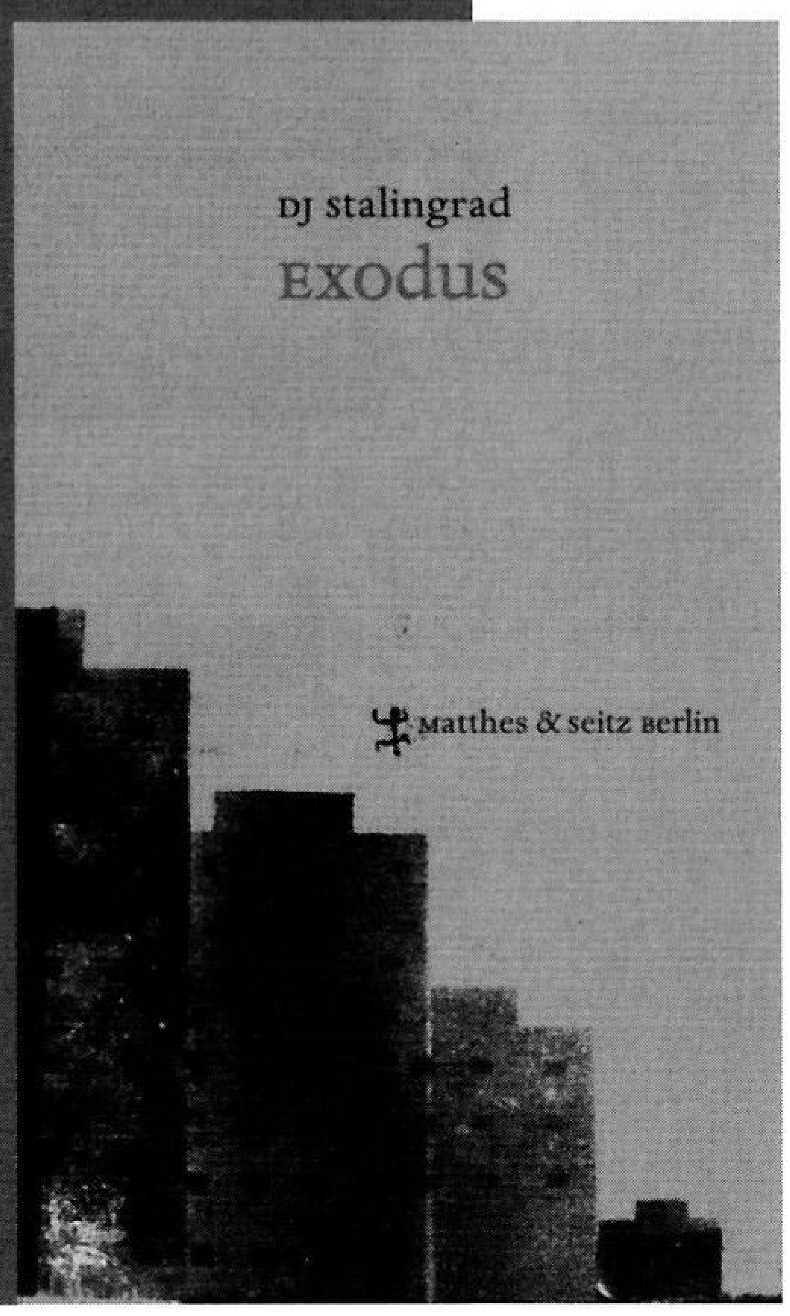


Heiko Koch: Casa Pound Italia – Mussolinis Erben
UNRAST-Verlag, Münster 2013, 152 Seiten

Die faschistischen Hausbesetzer der Casa Pound Italia (CPI) besitzen Strahlkraft weit über die Landesgrenzen hinaus. Auch bundesdeutsche Neonazis schauen immer wieder in ihren Publikationen bewundernd nach Italien, pilgerten mehrfach in das besetzte Haus in Rom, das als »Centri Sociali« von Rechts über die Jahre mehrere Zweigstellen auch in anderen italienischen Orten eröffnete. In seinem Buch analysiert der Autor Heiko Koch erstmals ausführlich dieses faschistische Netzwerk, welches 2003 entstand, seit Februar 2013 offiziell als Partei eingetragen ist und europaweit Modellcharakter für die extreme Rechte besitzt. Er schaut in seinem Buch auf die unterschiedlichen Strukturen und Organisationen, ihre Inhalte und die Strategien.
Dabei untersucht er sowohl die theoretischen Wurzeln der CPI, diese sind vor allem der frühe Faschismus Italiens in den 1920er Jahren ergänzt durch Debatten der »Neuen Rechten« und nationalrevolutionärer Strömungen, als auch die Strategien und Aktionsformen. Er beschreibt eine Camouflage-Strategie, bei der sich Casa Pound an populären, popkulturellen und politischen Symbolen bedient, diese ihrer eigentlichen Inhalte entledigt und umzudeuten versucht. Die faschistischen Hausbesetzer wollen sich als rebellisch und massenkompatibel gerieren und geben vor – ganz klassisch in der Rhetorik der »Neuen Rechten« – weder Rechte noch Linke, sondern »nonconforme« zu sein. Dennoch wird auf eine positive Bezugnahme zum historischen Faschismus keineswegs verzichtet: Sich selbst bezeichnen sie stolz als die »Faschisten des dritten Jahrtausends«. Heiko Koch zeigt informativ, mit vielen Bildern und in leichter Sprache auf, dass die Gefährlichkeit Casa Pounds in der erfolgreichen popkulturellen Annäherung an die Jugend liegt, sei es durch diverse Freizeit-, Sport- und Kulturangebote, jugendnahe Kampagnen der eigenen Studentenorganisation »Blocco Studentesco« oder dem Anknüpfen an bestehende soziale Proteste. ■

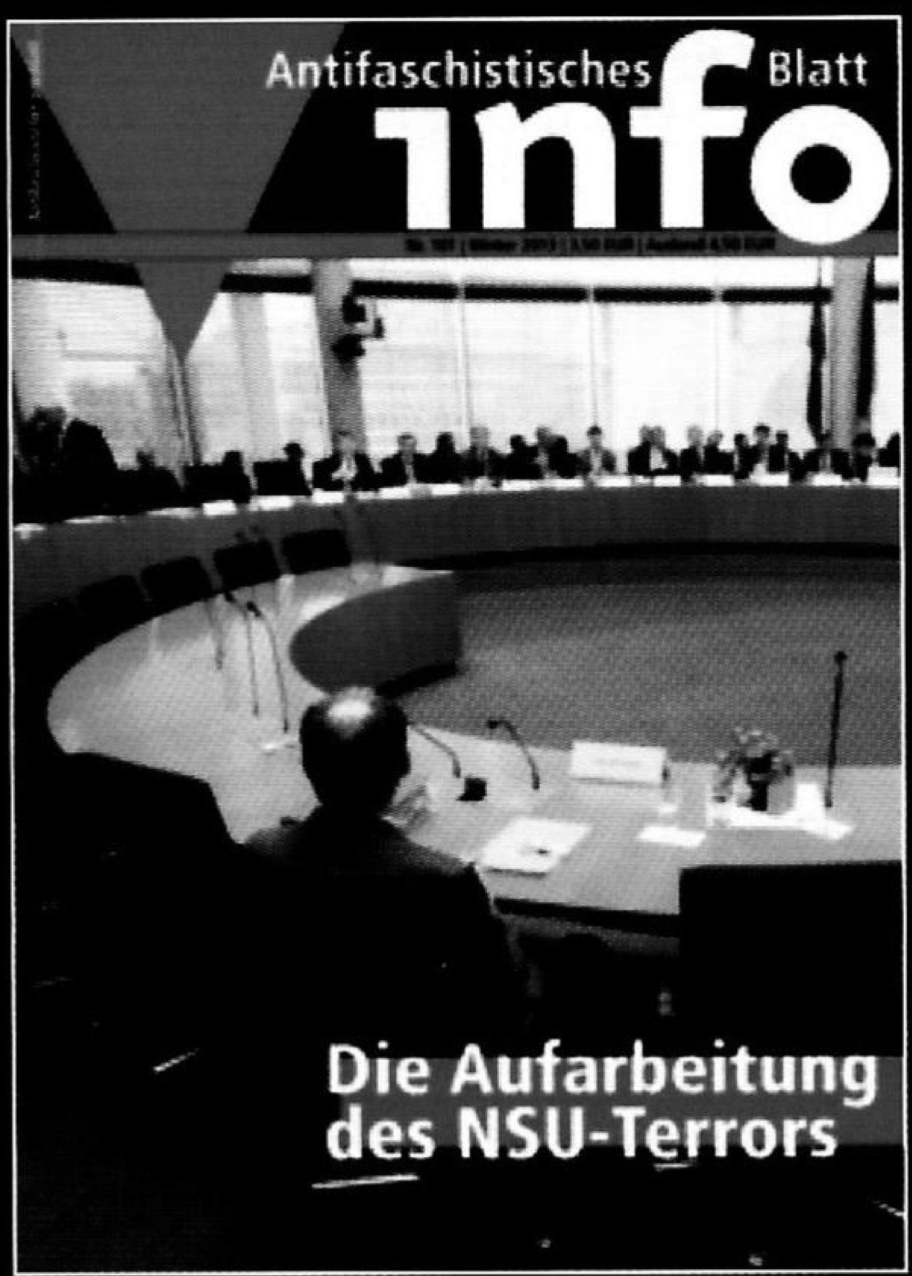
DJ Stalingrad: Exodus
MSB Matthes & Seitz Berlin Verlagsgesellschaft mbH, Berlin 2013
136 Seiten

Piotr Silaev, der seine bruchstückhaft aneinandergereihten Erzählungen aus seinem Leben in der Moskauer Antifa-Szene der 2000er Jahre bereits 2010 unter dem Pseudonym »DJ Stalingrad« in der russischen Monatszeitschrift »Snamja« veröffentlichte, lebt zur Zeit in Spanien. Die drohende Repression veranlasste ihn bereits 2008 zur kurzzeitigen Flucht nach Griechenland. 2010 verließ er Russland endgültig und erhielt im April 2012 in Finnland Asyl.
»Gefickt« ist das wohl am häufigsten vorkommende Wort dieses Buches. Mit »Verdreschen« wäre wohl eine bessere Übersetzung des russischen **отпиздить** gefunden und gleichzeitig wäre das Buch zumindest ein bisschen um seine ordinäre, hin und wieder auch sehr unreflektierte Sprache erleichtert worden. Ansonsten gewöhnt man sich erstaunlich schnell an die Schreibe des Autors, die hervorragend zur Beschreibung der Brutalität russischer Realitäten taugt. Das Buch ist in doppelter Hinsicht aufschlussreich: Es bietet Einblick in eine Subkulturszene, über die realistische Informationen und Innenansichten sonst beinahe nicht zugänglich sind. Und es ermöglicht eine Annäherung an die Funktionsweise der russischen Gesellschaft in den Metropolen, die selbst die besten Dokumentationen nicht leisten. Es ist kein Buch über Gewalt oder Exzesse wie oft geurteilt wurde, sondern eher ein Dokument über die Auswirkungen der postsowjetischen Transformation auf die Gesellschaft. In keinem anderen Staat lassen sich die Auswirkungen des Übergangs und die Spaltung der Bevölkerung in Gewinner und Verlierer so deutlich ausmachen, wie in Russland. Silaevs Erzählungen sind unvollständige Einblicke in bestimmte Aspekte des Lebens eines russischen Antifaschisten. Über die russische Antifaszene erfährt man zwar nichts wirklich Faktisches, bekommt aber eine vage Vorstellung davon, warum nicht alle Antifaschist_innen wegrennen bei der Menge und Qualität der Neonazis in Moskau und St. Petersburg. ■



Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt



Abokonditionen

Preise*

- für 5 Ausgaben im Abonnement 17,50 Euro
- für 10 Ausgaben im Abonnement 35,- Euro

Weiterverkauf

- ab 3 Exemplaren je 3,50 Euro
- ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
- ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

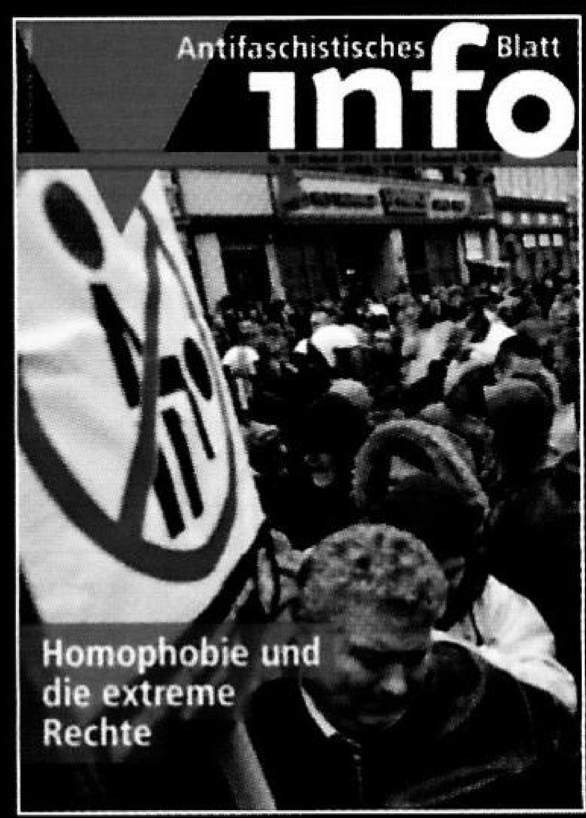
* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

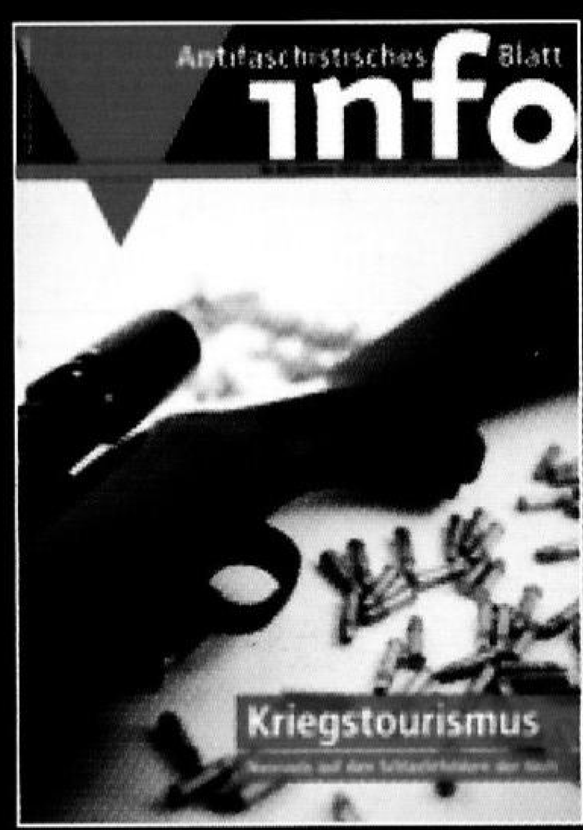
Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 100
Homophobie und die extreme Rechte; Vom Kamerad zum Member; Serbien: Von Kollaboration und Rehabilitierung



AIB 99
Kriegstourismus – Neonazis auf den Schlachtfeldern der Welt; Alternative für Deutschland (AfD); Der 20. Transport

Impressum

Antifaschistisches Infoblatt
26. Jahrgang
Nummer 101 | 4.2013

Preis 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48 1002 0500 0003 2518 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin
SEPA Gläubiger-ID:
DE92ZZZ00000663054

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe [ ]
für 5 ○ 10 ○ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle [ ] Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

[ ]

Datum, Unterschrift

Empfänger_innen

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin


Die Toten
Hosen
Der Krach
Der Republik
Das Live Album
34 Lieder auf CD/LP/Download
WARNER MUSIC